

UKRAINISCHE FREIE UNIVERSITÄT

(Varia, Nr. 12)

Andor Hencke

**Erinnerungen als Deutscher Konsul
in Kiew in den Jahren 1933-1936**

Mit einer Vorbemerkung von Georg Stadtmüller



München 1979

UKRAINISCHE FREIE UNIVERSITÄT

(Varia, Nr. 12)

Andor Hencke

**Erinnerungen als Deutscher Konsul
in Kiew in den Jahren 1933-1936**

Mit einer Vorbemerkung von Georg Stadtmüller



München 1979

I N H A L T

Vorbemerkung	5
Der Posten	6
Die Aufgaben des Deutschen Konsulats in Kiew	12
Die Hungersnot	18
Die ukrainische Frage	31
Die Einstellung der Ukrainer gegenüber Deutschland	38
Bemühungen um Entgiftung des politischen Klimas	41
Ein ungewöhnlicher Abend im Konsulat	44
Unrealistische ukrainische Erwartungen von Deutschland	46
Privatleben unter politischen Sonderbedingungen	48
Konsularische Betreuung deutscher Spezialisten	51
Gäste im Konsulat	54
Erschütterndes Wiedersehen eines Gastes mit seiner Heimat	60
Ein Glücksfall für unsere Familie —	
Eine Sternstunde für „Eva“	62
Sowjetischer Tourismus Mitte der dreißiger Jahre	63
Graf Parma	65
Ein Gefängnisbesuch in der Provinz	68
Versetzung nach Berlin	72

Sonderdruck aus:
Mitteilungen der Arbeits- und Förderungsgemeinschaft
der Ukrainischen Wissenschaften e.V.
(Nr. 14, München 1977 und Nr. 15, München 1978)

VORBEMERKUNG

Die folgenden im Jahre 1974 niedergeschriebenen Erinnerungen eines deutschen Konsuls in Kiew aus den Jahren 1933—1936 werden sicherlich das besondere Interesse der Historiker finden. Während wir aus jenen Jahren der Stalin-Zeit eine Anzahl von Memoirenwerken und memoirenartigen Aufzeichnungen haben, in denen die großen politischen Ereignisse sowie das Leben in der Hauptstadt Moskau geschildert werden, haben wir in den Kiewer Aufzeichnungen von Andor Hencke die wohl bisher einzige Schilderung eines westlichen Diplomaten über seine amtliche Tätigkeit sowie über Alltagsleben und politische Wirklichkeit in der sowjetischen „Provinz“. Damals war ja Kiew noch eine „Provinzstadt“.

Aus dem Lebensweg des heute 82-jährigen Verfassers seien einige Tatsachen angeführt: Der Vater war Petersburger Deutscher, dies mag in dem Sohn schon das frühe Interesse für Rußland angeregt und ihn bereits auf dem Kadettenkorps zum Erlernen der russischen Sprache bestimmt haben. Nach dem I. Weltkrieg trat er in den diplomatischen Dienst ein. 1922—1929 war er an der Deutschen Botschaft in Moskau tätig, als persönlicher Referent des Botschafters Graf Brockdorff-Rantzau, der ihm ein Lehrmeister und väterlicher Freund wurde. 1929—1933 war er im Auswärtigen Amt in Berlin, zunächst in der Rußland-Abteilung, dann in der Kultur-Abteilung. Dazwischen wurde er für einige Monate als Geschäftsträger nach Kowno entsandt, wo er es auch mit dem litauisch-deutschen Memel-Konflikt zu tun hatte.

Vom April 1933 bis Februar 1936 wirkte er als Konsul in Kiew. Von 1936—1939 war er dann an der Deutschen Gesandtschaft in Prag als erster Gesandtschaftsrat und damit Stellvertreter des damaligen Gesandten Dr. Eisenlohr tätig.

Diese Prager Jahre, in denen er sich um eine vernünftige und gerechte Lösung der tschechisch-deutschen Streitfragen mit zäher Geduld, aber schließlich erfolglos mitbemühte, hat er in einer 1977 erschienenen memoirenartigen Darstellung geschildert:

Andor Hencke, *Augenzeuge einer Tragödie*. Diplomatenjahre in Prag 1936—1939. München: Fides-Verlagsgesellschaft 1977. (349 Seiten).

Bei dieser Darstellung einer ereignisreichen und tragischen Zeit handelt es sich um eine wertvolle Bereicherung unserer zeitgeschichtlichen Memoirenliteratur. Den nun hier veröffentlichten Erinnerungen aus der Zeit als Konsul in Kiew muß man einen ähnlichen Rang zusprechen.

Nach 1939 war Andor Hencke mit verschiedenen Aufgaben im In- und Auslande betraut. Zuletzt war er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Heute lebt er in Oberbayern (Mühlbachweg 21, D - 8183 Weissach, Post Rottach-Egern).

Georg Stadtmüller
München

ERINNERUNGEN ALS DEUTSCHER KONSUL IN KIEW IN DEN JAHREN 1933—1936

Der Posten

Eines Tages, im Sommer 1932, suchte mich der Leiter des Referats für die Sowjetunion, Legationsrat Werner von Tippelskirch, ein alter Kollege aus Moskau, in meinem Büro auf, um mir zu sagen, daß im Frühjahr das Konsulat in Kiew frei würde. Er solle der Personalabteilung schon in den nächsten Tagen Vorschläge für die Neubesetzung machen und wüßte nun gern, ob ich an dem Posten interessiert sei. Ich würde nur knapp drei Jahre in Kiew bleiben, da ich schon seit längerer Zeit als sein Nachfolger in der Leitung des Sowjetreferats vorgesehen wäre. Kiew reizte mich, auch schien mir eine Tätigkeit in der mir unbekanntem Ukraine für die in Aussicht genommene spätere Verwendung in der Zentrale nützlich zu sein. Deshalb bat ich Tippelskirch, meine Kandidatur anzumelden.

Bei der Personalabteilung gab es keine Schwierigkeiten, zumal auch unser Moskauer Botschafter, Herr von Dirksen, sofort zustimmte. Als der Versetzungserlaß dem mir wohlgesonnenen Staatssekretär Dr. Bernhard von Bülow vorgelegt wurde, ließ dieser mich kommen und fragte, ob der Posten meinen Wünschen entspräche, andernfalls würde er meine Entsendung nach einem angenehmeren Ort veranlassen. Er könne sich denken, daß für einen Beamten mit Familie das Leben in der Sowjetukraine wegen der dort besonders großen Ernährungsschwierigkeiten jetzt recht schwierig sei. Als ich aber mein Interesse an Kiew begründet und erklärt hatte, daß die ausreichende Versorgung unserer Dienststellen in der Sowjetunion gesichert sei, da die Moskauer Regierung die praktisch unbeschränkte Einfuhr für die ausländischen Vertretungen gestatte, meinte Herr von Bülow, er wolle „meinem Glück dann nicht im Wege stehen“.

Der 20. April 1933 war der erste Geburtstag, den Hitler — fast drei Monate nach der „Machtergreifung“ — als diktatorischer Reichskanzler beging. Mehr unter dem Druck der noch allmächtigen SA und der Parteifunktionäre als freiwillig, hatten nicht nur öffentliche Gebäude, sondern auch viele Wohnungsinhaber Hakenkreuz- und schwarz-weiß-rote Fahnen — beide jetzt Staatsflaggen — herausgehängt. Offiziell wurde der 20. April allerdings noch nicht gefeiert, zu einer Art von „Kaisers Geburtstag“ machte man ihn erst später. Am Abend dieses Tages verließen wir Berlin. Meine Frau begleitete mich, um sich unsere Dienstwohnung im Kiewer Konsulatsgebäude anzusehen und mit den örtlichen Verhältnissen ein wenig vertraut zu machen. Dann wollte sie in Berlin den Umzug vorbereiten. Am 22. April trafen wir nach einer ganztägigen Unterbrechung in War-

schau, die wir zum Besuch unserer Freunde bei der dortigen Gesandtschaft benutzten, in Kiew ein.

Da der Haushalt meines Vorgängers, des als Generalkonsul nach Leningrad versetzten Herrn Sommer — er hatte sehr kollegial meine Ankunft abgewartet — noch nicht aufgelöst war, und ein Fremdenzimmer für uns beide nicht zur Verfügung stand, wohnten wir zunächst im Hotel Continental. Um die Jahrhundertwende erbaut, war es — natürlich verstaatlicht — die „Prominentenunterkunft“ in Kiew. Über die Größe und prunkvolle Ausstattung unseres Appartements konnten wir uns nicht beklagen, das ganze Gebäude und seine Innenausstattung bedurften aber einer vollständigen Renovierung. Auch in unseren Zimmern waren die ursprünglich kostbaren Brokat- und Seidenstoffe an den auch sonst rampolierten Möbeln stark zerschissen und die Wasserversorgung des Badezimmers reichlich problematisch. Es war aber verständlich, daß die Sowjetbehörden angesichts ihrer erdrückenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten jetzt andere Sorgen hatten, als sich intensiv um ein Hotel zu kümmern, in welchem zudem nur wenige Ausländer, im übrigen aber höhere Regierungs- und Parteifunktionäre untergebracht wurden. Die letzteren waren damals in dieser Beziehung noch sehr anspruchslos. Daß auch wir es sein mußten, merkten wir nach der Besichtigung des Konsulats.

Das Gebäude war eine architektonisch recht ansprechende, palaisartige kleine Villa in der Oberstadt, die aus der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts stammte. Seit ihrem Übergang in den Besitz des Sowjetstaates war aber nicht viel in sie investiert worden, auch nicht, nachdem sie der Reichsregierung für ihr Konsulat zur Verfügung gestellt worden war. Dementsprechend waren die für das tägliche Leben sehr wichtigen Einrichtungen nicht nur völlig veraltet, sondern geradezu primitiv. Das galt auch für die zwar sehr geräumige, technisch jedoch recht rückständige Küche. Das Gebäude hatte zwei normale Stockwerke und eine ausgebaute Mansarde. Im Parterre befanden sich fünf Büroräume einschließlich des Arbeitsraumes des Behördenleiters, von denen wir später ein Zimmer, in dem es auch ein Bad gab, als ein von uns dringend benötigtes Fremdenzimmer für zwei Personen abzweigten. Außerdem gab es eine kleine Wohnung für den Hausmeister, einen sowjetischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität, und einen weiteren ziemlich kleinen Raum, mit dem sich in dankenswert verständnisvoller Weise der Hauslehrer unseres Jungen, Herr Hans Schumann, begnügte. Er war Osthistoriker und benutzte die Jahre in Kiew auch dazu, um an seiner Doktorarbeit über ein ukrainisches Thema zu arbeiten. Nach dem Kriege wurde er als Stadtdirektor Leiter des Kulturreferates der Stadt Stuttgart. Dieses verantwortungsvolle Amt, in dem er sich in besonderem Maße auch den kulturellen Auslandsbeziehungen widmet, bekleidet er jetzt 27 Jahre. Seit Kiew sind wir mit ihm, und später mit seiner Familie, freundschaftlich verbunden geblieben. Der ausgezeichnete Mentor meines Sohnes ist jetzt der Patenonkel seiner Tochter.

Die erste Etage und das Obergeschoß bildeten die Wohnung des Konsuls. Sie bestand aus drei größeren Räumen für Wohn- und Repräsentationszwecke, einem kleinen Schlafzimmer, einem auch als Ersatz-Fremdenzimmer dienenden

Schulzimmer für unseren Jungen und den gleichaltrigen Sohn eines Konsulatsbeamten, sowie einem Nebenraum. Im Obergeschoß befanden sich das Schlafzimmer unserer beiden Kinder, die Räume für die Hausangestellten und die Küche. Für den Leiter einer deutschen Auslandsbehörde, auch wenn sie nur ein Konsulat war, hielt sich diese Unterkunft in einem wirklich sehr bescheidenen Rahmen. Reizvoll war jedoch die erhöhte Lage des Gebäudes, zu dem auch ein größerer Garten mit dem Blick auf das Dnjepr-Tal gehörte.

Der Personalbestand des Konsulats war klein. An Beamten waren ihm neben dem Behördenleiter nur ein Konsulatssekretär und ein Verwaltungsassistent zugeeignet. Hauptamtlich wurden ferner zwei reichsdeutsche Stenotypistinnen, der deutschstämmige Hauswart sowjetischer Staatsangehörigkeit und zwei Ukrainer für Hausarbeiten, Botengänge und ähnliche Dienstleistungen beschäftigt. Halbtags arbeitete bei uns außerdem ein ukrainischer Rechtsanwalt, der das Konsulat bei der Bearbeitung der zahlreichen Rechtsfälle beriet, in welche die im Amtsbezirk lebenden Reichsangehörigen — zum großen Teil ohne eigene Schuld — ständig verwickelt waren. Diese Besetzung hätte unter normalen Verhältnissen ausgereicht, für die im Jahre 1933 auf uns zukommenden — später noch zu schildernden — außergewöhnlichen Aufgaben war sie indessen zu schwach. Wir mußten daher auf deutschstämmige Hilfskräfte und unsere privaten Angestellten zurückgreifen, die mehr oder weniger ehrenamtlich arbeiteten.

Der Amtsbezirk des Konsulats umfaßte die *damalige* sowjetische Westukraine mit den — ausdehnungsmäßig etwa zaristischen Gouvernements vergleichbaren — Gebieten Tschernigow, Kiew und Winniza. Für die Ostukraine war das Generalkonsulat in Charkow und für den südlichen Teil das Konsulat in Odessa zuständig. Obwohl im Bewußtsein der Ukrainer immer das historische Kiew die Hauptstadt geblieben war, hatte die Ukrainische Sowjetregierung ihren Sitz in Charkow. Die Verlegung des Verwaltungszentrums — von der Masse der Ukrainer nur als solches angesehen — von Kiew nach dem rund 400 km östlich gelegenen Charkow erklärte sich aus der geringen Entfernung Kiews von der damaligen Grenze zu dem feindlich eingestellten Polen. Die Sowjets hatten nicht vergessen, daß polnische Truppen im Mai 1920 Kiew erobert und vorübergehend besetzt hatten. Als sich die Sowjetunion stärker und sicherer fühlte, ging die ukrainische kommunistische Regierung im Herbst 1934 von Charkow nach Kiew zurück. Die Reichsvertretung in Charkow, die ihren Rang als Generalkonsulat dem Sitz in der Stadt des Verwaltungszentrums verdankte, blieb vorläufig dort. Erst 1936, also im zweiten Jahre nach der Rückkehr der Ukrainischen Regierung, wurde das Kiewer Konsulat zum Generalkonsulat erhoben.

Theoretisch bestand ein gewisses Unterstellungsverhältnis der Konsulate in Kiew und Odessa unter das Generalkonsulat in Charkow, etwa im Sinne eines „*primus inter pares*“. In der Praxis ist es niemals in Erscheinung getreten. Wir berichteten direkt an die Botschaft in Moskau und das Auswärtige Amt; es lag in unserem Ermessen, von welchen Berichten wir Abschriften nach Charkow schicken wollten. Es hat niemals auch nur die geringste Reibung gegeben, schon deshalb nicht, weil wir in dem Generalkonsul Dr. Walter einen sehr lebens-

würdigen Kollegen hatten, dem nichts ferner lag, als uns etwa Weisungen zu geben. Sein Vertreter war der Konsul Ehrhart, dessen Schwiegertochter mir bei der Anfertigung dieses Manuskripts wertvolle Hilfe geleistet hat. Wir Konsularvertreter in der Ukraine besuchten uns von Zeit zu Zeit zum Austausch von Erfahrungen und trafen uns außerdem zweimal im Jahr auf den immer besonders instruktiven Konferenzen aller deutschen Generalkonsuln und Konsuln in der Sowjetunion bei der Botschaft in Moskau.

Auf sowjetischer Seite waren für die ausländischen Konsuln die einzigen offiziellen Gesprächspartner die sogenannten „Agenten“ des Moskauer Außenkommissariats. Am Sitz des Verwaltungszentrums bzw. der ukrainischen Hauptstadt führten sie die Bezeichnung „Bevollmächtigter“. Über die Vertretungen des Außenkommissariats liefen grundsätzlich alle Wünsche und Beschwerden der Konsuln und nur von ihnen erhielten sie die Antworten. Nach dem deutsch-sowjetischen Handels- und Konsularvertrag hatten die Konsuln zwar das Recht, sich direkt an die örtlichen Behörden zu wenden, in der Praxis erwies sich das jedoch als ein sinnloses Unterfangen. Unter dem Einfluß der GPU wünschte die Sowjetregierung im Widerspruch zu der Vertragslage keine unkontrollierten Kontakte zwischen fremden Konsularvertretern und innersowjetischen Stellen. Den Organen des Außenkommissariats, ohne deren Vermittlung eine Verbindungsaufnahme ohnehin nicht möglich war, lag daher daran, sie zu verhindern oder so zu verzögern, daß der angestrebte Zweck nicht erreicht wurde. Wiederum durften die inneren Behörden ohne „außenpolitische“ Zustimmung und noch weniger ohne die Genehmigung der GPU von den Konsulaten direkt geäußerten Wünschen, etwa nach einer Unterhaltung mit einem hohen Funktionär oder einer schriftlichen Stellungnahme in konkreten Fällen nicht entsprechen oder mußten sie hinhaltend behandeln. Die Erfahrung zeigte, daß Versuche, die „Agenten“ auszuschalten, sachliche Erledigungen nicht nur verzögerten, sondern auch ungünstig beeinflussten. Im Sinne der vertraglichen Abmachungen wurde allerdings die Form einigermaßen gewahrt. In Kiew erhielt ich die Möglichkeit, den höchsten Verwaltungsfunktionär des Gebiets, den Präsidenten des Exekutiv-Komitees und den Präsidenten des Stadtsowjets (Oberbürgermeister) bei Besuchen in ihren Büros, zu denen mich der „Agent“ begleitete, kennenzulernen. Einladungen zu Empfängen bei dem Vertreter des Außenkommissariats — höchstens zweimal im Jahr — boten Gelegenheit, die Kontakte dann auf gesellschaftlicher Ebene zu erneuern. Zu sachlichen Gesprächen kam es bei solchen Begegnungen jedoch kaum. Nach der Wiederinstallation der Ukrainischen Regierung in der Hauptstadt Kiew galt das auch für deren Mitglieder.

Aus besonderen Anlässen, wie sie etwa durch die Besuche namhafter Persönlichkeiten aus Berlin oder wichtiger Vertreter der Moskauer Botschaft gegeben waren, kamen prominente Sowjetfunktionäre und Offiziere, einmal sogar auch der durch seine Forschungen auf dem Gebiet der Zellentherapie weltberühmt gewordene Präsident der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, Professor Bogomoletz, in unser Haus. Das war aber stets eine sehr komplizierte Angelegenheit. Wenn man keinen totalen Fehlschlag riskieren wollte, mußten die

beabsichtigten Einladungen vorher mit dem Vertreter des Außenkommissariats besprochen werden, der — wie wir wußten — zunächst einmal die GPU befragte. Über ihn wurden die Einladungen an die Betroffenen weitergeleitet und die Zu- oder Absagen erteilt. Es kam vor — wie in den zwanziger Jahren auch schon in Moskau — daß ohne unser Vorwissen nicht die Eingeladenen selbst, sondern „Ersatzmänner“ als unsere Gäste erschienen.

Für dienstliche Reisen des Konsuls oder seiner Mitarbeiter innerhalb des Amtsbezirks, zu dem ja auch die Gebiete Tschernigow und Winniza gehörten, und die fast nur im Kraftwagen unternommen wurden, war es zwar nicht direkt vorgeschrieben, aber einfach unerläßlich, dem „Agenten“ frühzeitig die genaue Fahrstrecke mitzuteilen und über ihn die Anmeldungen zu formellen Besuchen und Besprechungen bei den Präsidenten der Exekutivkomitees der Gebiete und „rayons“ (größere Landkreise) vorzunehmen. Das war schon deshalb erforderlich, weil man sonst vor verschlossenen Türen gestanden hätte, zum mindesten aber zu keinen sachlichen Gesprächen gekommen wäre. Da es nur staatliche Benzin- ausgabestellen gab, hätte man auch keinen Tropfen Kraftstoff erhalten. Das konnte allerdings auch trotz vorheriger Anmeldung passieren, da der bürokratische Apparat bei den innersowjetischen Provinzstellen nicht immer funktionierte. So habe ich einmal in einem kleinen ukrainischen Dorf zwei Tage auf eine Benzin- zuteilung warten müssen, weil bei den örtlichen Stellen keine Weisung vorlag. Telegramme an höhere Dienststellen, auch über das Konsulat, blieben entweder unbeantwortet oder haben den Adressaten erst viel später erreicht. Zu meinem Glück hatte in dem Ort zufällig der Stellvertretende Parteisekretär des Gebiets zu tun. Ich konnte ihm meine Not klagen und er sorgte dafür, daß innerhalb einer Stunde ein sowjetisches Dienstfahrzeug einige Benzinkanister herbeischaffte.

Unbeschadet der immer wieder auftretenden Schwierigkeiten erwiesen sich für unsere Schutzbefohlenen die von dem „Agenten“ vermittelten Besuche bei den Vorsitzenden des Rayon-Exekutiv-Komitees und des Stadtsovjets — auf sowjetischer Seite immer in Gegenwart eines meist schweigenden Zeugen — im großen und ganzen als nützlich. In einer Reihe von Fällen wurde die Bearbeitung beschleunigt. Auch ließ sich durch die örtlichen Informationen ein klareres Bild gewinnen als durch die Auskünfte der Vertretung des Außenkommissariats, die sich ihrerseits auf oft etwas frisierte Berichte der innersowjetischen Stellen stützen mußten. In meiner Kiewer Zeit habe ich zwei „Agenten“ und einen Bevollmächtigten des Außenkommissariats erlebt. Den ersten, Herrn Schenschew kannte ich schon aus Moskau. Obwohl wir sachlich viel miteinander streiten mußten, war unser menschliches Verhältnis durchaus angenehm. Mit dem zweiten, Herrn Bredenko, waren nicht nur die dienstlichen, sondern auch die persönlichen Beziehungen schwieriger. Er beschränkte die Kontakte auf das unbedingt notwendige Maß. Umso besser war es bei dem dritten, Herrn Petrowski, der schon den Rang eines Bevollmächtigten des Außenkommissariats bei der Ukrainischen Regierung hatte. In den zwanziger Jahren leitete Petrowski das von mir oft aufgesuchte Sekretariat des Außenkommissars Tschitscherin. Im Jahre 1930 war er Sowjetischer Gesandter in Kowno, mit dem ich als Deutscher Geschäfts-

träger gute kollegiale Beziehungen unterhielt. Schenschew und Petrowski waren nach meiner Überzeugung daran interessiert und auch darum bemüht, Streitfragen schnell und korrekt zu bereinigen. Für eigene Einwirkungen hatten sie gegenüber der allmächtigen GPU aber nur geringen Spielraum. Es kam darauf an, welche Positionen sie bei der Partei hatten. Bei Petrowski war sie 1935 wohl noch einigermaßen stabil, was die Arbeit mit ihm erleichterte. Als Stalin später neue Verfolgungs- und Säuberungsaktionen vornehmen ließ, war auch Petrowski von heute auf morgen verschwunden. Es mag offen bleiben, ob dabei auch die Tatsache eine Rolle gespielt hat, daß er Jude und als solcher leicht dem Verdacht trotzkistischer Neigungen ausgesetzt war.

Im April 1933 war in Kiew außer Deutschland nur noch Polen konsularisch vertreten. Später kam noch Italien hinzu. Mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft hatten sich zwischen Berlin und Warschau die ohnehin vorhandenen Spannungen zunächst noch verschärft. Es war bezeichnend, daß die Kollegen an der Warschauer Gesandtschaft meiner Frau und mir rieten, während unseres Aufenthalts in der polnischen Hauptstadt am 21. April den Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit möglichst zu vermeiden, weil man sonst auf unangenehme Reaktionen gefaßt sein müsse. Umso bemerkenswerter war es für mich, daß sich das schlechte Verhältnis zwischen den beiden Regierungen in keiner Weise auf die dienstlichen und persönlichen Beziehungen zwischen ihren Konsularvertretungen in Kiew auswirkte. Im Urteil der Sowjets bestand zwischen Polen und Hitler-Deutschland, was ihre antisowjetische Einstellung anlangte, kein großer Unterschied. So begegneten auch die beiden Konsulate bei der Vertretung der Interessen ihrer Staatsangehörigen etwa den gleichen Schwierigkeiten — die Polen wegen der Grenznähe eher noch größeren als wir. Eine weitgehende Parallelität der konsularischen Arbeitsbedingungen ohne Konflikte und Rivalitäten an Ort und Stelle führte ganz von selbst zu gegenseitigen Konsultationen und Informationen. Man war gewissermaßen aufeinander angewiesen. Das wurde auch von den Außenministerien in Berlin und Warschau trotz der noch aktuellen Gegensätze in der großen Politik anerkannt. Was sich zwischen dem kleinen deutschen und dem größeren polnischen Konsulat in Kiew abspielte, war ein unbewußter Vorgriff auf die durch den deutsch-polnischen Freundschafts- und Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934 bewirkte Verbesserung des zwischenstaatlichen Klimas.

Der Polnische Konsul, Herr Karszo-Sedlewsky, war ein aktiver, politisch interessierter und gut informierter Vertreter seines Landes. Es lohnte sich immer, mit ihm zu diskutieren, gerade auch wenn es um heikle Fragen ging. Zudem war er ein angenehmer und besonders hilfsbereiter Kollege. Während des Zweiten Weltkrieges vertrat er als Gesandter die Londoner Exilregierung in Teheran. Sein Vertreter, Vizekonsul Kurnitzky, zeichnete sich durch detaillierte Kenntnisse der lokalen Verhältnisse aus. 1940 hatte er unter der deutschen Okkupation Schwierigkeiten mit den Besatzungsbehörden und wurde verhaftet. Seiner Frau gelang es, mir auf verschlungenen Wegen eine Nachricht über das Schicksal ihres Mannes zukommen zu lassen und um meine Intervention zu bitten. Ich wandte

mich an einen Freund, der als Vertreter des Auswärtigen Amts dem Generalgouvernement zugeteilt war. Nach einiger Zeit erhielt ich die Nachricht, daß Kurnitzky frei gelassen worden sei.

Der Italienische Kollege war Graf Serpi, ein liebenswürdiger Junggeselle, der sich in Kiew aber nicht am richtigen Platz fühlte. Für die politisch an der Sowjetunion immer sehr interessierten Italiener war Kiew eigentlich nur ein Beobachtungsposten. Sehr viel konsularische Arbeit konnte bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von italienischen Staatsangehörigen im Amtsbezirk kaum anfallen. Trotzdem war auch ihm ein Vizekonsul zugeteilt. Der offizielle Verkehr der ausländischen Vertretungen blieb auf die beiden anderen Konsulate und den „Agenten“ oder „Bevollmächtigten“ des Außenkommissariats beschränkt. Von anderen Sowjetfunktionären wurden wir nicht eingeladen und — wie bereits ausgeführt — waren es nur Ausnahmefälle, in denen sie die Erlaubnis erhielten, unsere Gäste zu sein. Einen privaten gesellschaftlichen Verkehr mit Sowjetbürgern gab es nicht; er wäre für diese viel zu gefährlich gewesen. Mit den Mitgliedern der kleinen reichsdeutschen Kolonie konnte er aus wirtschaftlicher Gründen ausschließlich von unserer Seite gepflegt werden. Trotzdem war unser Leben in Kiew für uns aber keineswegs ungesellig, nur lag der Schwerpunkt anders, als es sonst bei den Auslandsbehörden der Fall war. Darüber werde ich mich noch an anderer Stelle äußern.

Die Aufgaben des Deutschen Konsulats in Kiew

Bevor ich im April 1933 ausreiste, erhielt ich von dem Staatssekretär von Bülow und den Abteilungsleitern, vor allem dem Chef der Ost-Abteilung, Ministerialdirektor Dr. Richard Meyer, einem besonders aktiven außenpolitischen Beamten, Instruktionen für den neuen Posten. Leider fiel Dr. Meyer im Jahre 1935 den Nürnberger Rassegesetzen zum Opfer und emigrierte nach Schweden. Mit ihm verlor das Auswärtige Amt eine Persönlichkeit von überdurchschnittlichen Fähigkeiten, der von seinen Mitarbeitern sehr viel verlangte und auch nicht gerade zart mit ihnen umging. Soweit die mir erteilten Weisungen politischer Natur waren, lag ihr Sinn darin, alles zu tun, um in meinem kleinen Rahmen gute persönliche Beziehungen mit den sowjetischen Funktionären herzustellen, und zwar gerade wegen der nach der Machtübernahme durch Hitler eingetretenen progressiven Verschlechterung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Der Staatssekretär sprach sich sehr offen darüber aus, daß er die gegenwärtige Situation im Reich — leider in einer zu optimistischen Beurteilung der Lage — nur für einen Übergangszustand halte, der durchgestanden werden müsse. Früher oder später werde es mit Sicherheit wieder zu einer Zusammenarbeit mit Moskau kommen. Durch eine flexible persönliche Haltung unserer Vertreter könnten dafür gute Voraussetzungen geschaffen werden. Wir hätten es in der Sowjetunion in dieser Beziehung leichter als jetzt unsere Kollegen in Berlin. Dieser Meinung sei auch Botschafter von Dirksen, bei dem ich mich bald in Moskau melden sollte. Von mir

würden Berichte über die „ukrainische Frage“, über die nationalen Tendenzen im Lande und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der zweitgrößten Teilrepublik und der Unionsregierung erwartet.

Der Schwerpunkt meiner Aufgaben als Konsul lag jedoch auf wirtschaftlichem und konsularischem Gebiet. Der Amtsbezirk, die damalige sowjetische Westukraine, war vornehmlich von landwirtschaftlicher Bedeutung. Die wichtigen Industriebezirke lagen in der Ostukraine, teilweise auch im Süden des Landes. Die Beobachtung ihrer Entwicklung im Rahmen der Fünfjahrespläne gehörte in erster Linie zur Zuständigkeit des Generalkonsulats in Charkow und des Konsulats in Odessa. Auf dem Agrarsektor, mit dem Kiew sich vornehmlich zu befassen hatte, war es nicht nur von schicksalhafter wirtschaftlicher, sondern auch von großer politischer Bedeutung, wie die von Stalin seit zwei Jahren forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft vor sich gehen und ob sie überhaupt gelingen würde. Sicher galt das ebenso für alle anderen Teile der Sowjetunion. Durch Mentalität und Tradition bedingt, vollzog sich diese Art von Vergesellschaftung aber in der Ukraine in einem spezifischen Rhythmus, dem auch eine spezielle Aufmerksamkeit zugewandt werden mußte. Hierbei spielte es keine geringe Rolle, daß die Ukraine immer als die „Kornkammer“ des Zarenreiches galt. Im Amtsbezirk Kiew befand sich ferner eines der wichtigsten Zuckerrübengebiete der Sowjetunion. Wegen seiner Bedeutung auch für den internationalen Zuckermarkt wurde von den interessierten deutschen Wirtschaftskreisen großer Wert auf eingehende Berichte über den Anbau und die Ernte von Zuckerrüben sowie die Kapazität der meist veralteten Raffinerien gelegt.

Konsularisch waren etwa 1400 Reichsangehörige im Amtsbezirk zu betreuen. Viele von ihnen lebten schon seit zwei bis drei Generationen in der Westukraine. Ihre Vorfäter hatten sich im Zuge ihrer Auswanderung nach Osteuropa zunächst zum Teil in Polen angesiedelt, waren dann aber aus politischen und wirtschaftlichen Gründen weiter nach Osten gezogen. In der überwiegenden Mehrzahl handelte es sich um selbständige Bauern, von denen manche auch ein Handwerk erlernt hatten. In unserem Amtsbezirk war es im wesentlichen die Wolhynische Polesje mit dem Zentrum Shitomir, in deren ausgedehnten Waldgebieten sie im Laufe des 19. Jahrhunderts eine neue Heimat gefunden hatten. Die Zarenregierungen schätzten ihre politische Loyalität und ihren Fleiß; sie legten ihnen deshalb nahe, russische Staatsbürger zu werden. Die meisten folgten dieser Aufforderung, eine Minderheit wollte jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit behalten und schickte deshalb auch ihre jungen Männer zur Ableistung der allgemeinen Wehrpflicht nach Deutschland. Nach dem Ersten Weltkriege war das nicht mehr möglich. Aber auch jetzt lehnte es eine Anzahl der im Lande verbliebenen Reichsdeutschen — dazu gehörten die 1400 im Amtsbezirk Kiew — ab, den Forderungen der bolschewistischen Machthaber nachzugeben, auf die deutsche Staatsangehörigkeit zugunsten der sowjetischen zu verzichten. Dabei nahmen sie zunehmend größer werdende Nachteile bewußt in Kauf, die ihnen aus dieser Weigerung erwuchsen.

So klein die Zahl der Reichsdeutschen im Amtsbezirk auch war, so bedurfte doch fast jede Familie des Schutzes des Konsulats. Über alle anerkannten Reichsdeutschen gab es besondere Akten, von denen bestimmt die Mehrzahl jährlich einmal, manchmal jedoch auch öfter, auf den Schreibtisch des Konsuls gelangten. Dabei handelte es sich zu meiner Zeit fast immer um Schwierigkeiten, die ihre Ursache darin hatten, daß unsere Schutzbefohlenen nicht bereit waren, sich mit ihrem Land sowie dem lebenden und toten Inventar den Kollektivwirtschaften, den sogenannten „Kolchosen“, anzuschließen. Wie auch viele *sowjetische* Staatsangehörige ukrainischer, deutscher und polnischer Nationalität wollten sie den gesetzlich gerade noch geduldeten, politisch aber stark bekämpften Status als „Einzelbauern“ nicht aufgeben. Die kommunistischen Parteistellen und Behörden sahen in dieser Haltung eine sowjetfeindliche Einstellung, eine Sabotage der Stalinschen Politik der Sozialisierung der Landwirtschaft, die sie einstweilen formell aber noch hinnehmen mußten.

Um die Einzelbauern in die Kolchose hineinzuzwingen, wurden sie ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit mit stark überhöhten Geld- und Naturalsteuern belegt, die sie in der Regel nicht aufbringen konnten. Die Folge war die Beschlagnahme der einzigen Kuh oder eines über das feste Abgabeng quantum hinausgehenden Teiles der Ernte. Damit verloren sie meistens nicht nur die Basis ihrer wirtschaftlichen Existenz, sondern oft auch das Letzte zur Ernährung der eigenen Familie. Wenn sie nicht verhungern wollten, blieb kaum eine andere Wahl als der Eintritt an die Kollektivwirtschaften und damit der Verzicht auf den Rest ihrer Selbständigkeit. Ob sie sich damit nun aber auch wirklich vor dem Hungertode retten konnten, war — wie eine furchtbare Bilanz zeigte — höchst zweifelhaft. Während sich die sowjetischen Einzelbauern schließlich mit dem „Unvermeidlichen“ abfinden mußten, hatten die Reichsdeutschen die Möglichkeit, sich an ihr Konsulat zu wenden. Zum Teil taten sie es auf dem Postwege, wobei sie das Risiko einer lokalen Zensur mit dann noch größeren Schwierigkeiten eingingen, zum größeren Teil schickten sie von Zeit zu Zeit Vertrauensleute mit einer ganzen Sammlung von Beschwerdebriefen. Das war garnicht so einfach; denn von abgelegenen und dem Verkehr noch schwach erschlossenen Gebieten war Kiew nur durch umständliche Reisen zu erreichen. Auch mußten die Sendboten darauf bedacht sein, sich den häufigen polizeilichen Kontrollen in den Zügen zu entziehen. Leider nicht in allen, immerhin aber in zahlreichen Fällen erreichte das Konsulat, daß willkürliche, vertrags- und gesetzwidrige Maßnahmen örtlicher Stellen rückgängig gemacht wurden, und die Betroffenen ihr Dasein noch eine Weile weiter fristen konnten. Diese „Steuerfälle“ mit stets notwendigen Mahnungen und Rückfragen beanspruchten uns weitaus am stärksten.

An nächster Stelle stand der konsularische Einsatz für die wachsende Anzahl derjenigen Reichsdeutschen, die, nachdem sie im Lande keine Möglichkeiten mehr sahen, ihren ohnehin auf das bescheidenste Maß reduzierten Lebensunterhalt zu bestreiten, in ihre Urheimat Deutschland zurückkehren wollten. Sie beantragten

bei den Sowjetbehörden für sich und ihre Familien Ausreisegenehmigungen. Selbstverständlich hatten die Reichsdeutschen das Recht, die Sowjetunion jederzeit zu verlassen. In der Praxis war dies aber, zumal bei denjenigen, die ihren Wohnsitz schon immer im Lande hatten, eine recht komplizierte Angelegenheit. Nicht selten wurde die bis dahin nicht bestrittene Reichsbürgerschaft jetzt von den Sowjets angezweifelt. In einem zeitraubenden Verfahren mußten von uns dann Beweise für die deutsche Staatsangehörigkeit beigebracht und ihre Anerkennung durchgesetzt werden. Dazu waren nicht nur mehrfache Interventionen des Konsuls, sondern häufig auch der Botschaft notwendig. Die Antragssteller mußten als Vorbedingung für die Erteilung der Ausreisevisen Bescheinigungen der zuständigen Sowjetstellen darüber beibringen, daß sie allen Steuer- und sonstigen Abgabeverpflichtungen nachgekommen waren. Das erforderte stets eine Menge Zeit, wenn nicht gar neue Forderungen erhoben wurden, mit denen sich dann die Rücksiedler und das Konsulat erst auseinanderzusetzen hatten.

Bei unbestrittener Staatsangehörigkeit wurde seit der zweiten Jahreshälfte 1934 das Visum-Verfahren beschleunigt, weil jetzt die Sowjets selbst daran interessiert waren, die unbequemen Gegner der Kollektivierungspolitik loszuwerden. In jedem Falle entstand aber noch das Problem der Liquidation des privaten Eigentums, insbesondere an Inventar, das nicht mitgenommen werden konnte. Als Käufer kam nur die Kolchose in Frage, die aber nicht mehr als die äußerst niedrig gehaltenen Schätzpreise bezahlte. Der Erlös reichte im allgemeinen kaum zur Deckung der Ausgaben für die Ausreise, wie Gebühren, Fahrkarten und dergleichen. Soweit möglich, half das Konsulat. In der Heimat kamen fast alle Rückwanderer mittellos an. Ein weiterer Punkt betraf die Ehefrauen. Die meisten Reichsdeutschen hatten auf dem Lande volksdeutsche Mädchen sowjetischer Staatsangehörigkeit geheiratet, die sie nach sowjetischem Recht auch nach der Eheschließung beibehielten. Die Entlassung mußte vom Präsidium des Obersten Sowjets in Moskau ausgesprochen werden. Schon wegen des langen Instanzenweges vergingen Monate, bis es so weit war. Durch terminierte Interventionen waren das Konsulat und die Botschaft bemüht, administrativen Verzögerungen entgegenzuwirken.

Wie überall in der Welt, so hatten sich auch die Auslandsvertretungen des Reiches für das Schicksal der in ihrem Amtsbezirk lebenden Volksdeutschen mit der Staatsangehörigkeit des Gastlandes zu interessieren. Im Amtsbezirk Kiew waren es rund 70.000 Volksdeutsche, hauptsächlich in geschlossenen Siedlungen, für die dem Konsulat diese Aufgabe gestellt war. Das hieß nicht, daß es sich dabei in sowjetische Angelegenheiten einmischen durfte. Wir waren im Gegenteil strikt angewiesen, alles zu vermeiden, was auf einen derartigen Versuch auch nur hindeuten könnte. Unsere Tätigkeit hatte sich vielmehr ausschließlich auf humanitäre Fragen zu beschränken und sollte mit Wissen und im Einvernehmen mit den Sowjetorganen ausgeübt werden. Es handelte sich da vor allem um eine direkte und indirekte Zusammenarbeit des Konsulats mit dem von Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche getragenen und international geförderten Hilfswerk „Brüder in Not“.

Aus Gründen, die noch zu erklären sein werden, gab es fast überall in der Sowjetunion in den Jahren 1932 und 1933 erhebliche Ernährungsschwierigkeiten, die in der Ukraine den Charakter einer Hungersnot angenommen hatten. Davon waren auch die Wolhyniendeutschen unseres Amtsbezirks schwer betroffen. „Brüder in Not“ hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den im größten Elend lebenden deutschen Menschen wenigstens in bescheidenem Maße zu helfen. Nun wandten sich mit der Bitte um Unterstützung nicht nur die bedrängten Reichsdeutschen an das Konsulat, sondern auch Tausende und Abertausende von Volksdeutschen. Dies geschah in der ersten Phase durch Briefe, die uns aber vielfach nicht erreichten, dann aber durch einen von Tag zu Tag anschwellenden Strom von Besuchern.

Wir hatten den Auftrag, die Hilfesuchenden in Listen aufzunehmen und diese zur Weitergabe an „Brüder in Not“ dem Auswärtigen Amt einzureichen. Von evangelischer Seite war es dann das „Außenamt des Evangelischen Oberkirchenrats“ und von katholischer der „Caritas-Verband“, die auf Grund der Listen — und zwar ohne Unterscheidung nach Konfessionen — Spenden auf den Weg brachten. Dies erfolgte in den meisten Fällen durch Reichsmark-Gutschriften zu Gunsten der Bedachten bei der sowjetischen „Torgsin“-Organisation. „Torgsin“, die Abkürzung für „Torgowlja s inostranzami“ = „Handel mit Ausländern“, unterhielt Läden, in denen Waren gegen fremde Währung gekauft werden konnten, die in den normalen staatlichen Geschäften und Verteilungsstellen entweder überhaupt nicht oder nur in beschränkten Kontingenten erhältlich waren. Ursprünglich nur für Ausländer bestimmt, wurde es später auch Sowjetbürgern gestattet, Geldspenden aus dem Auslande zu Käufen in den „Torgsin“-Läden zu verwenden.

Die Einstellung der Sowjetführung gegenüber der Aktion „Brüder in Not“ war zwiespältig. Sie gab zwar Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu, wollte aber von einer „Not“, geschweige denn „Hungersnot“ trotz ihrer erschütternden und nur zu offensichtlichen Auswirkungen nichts wissen. Die darüber in der Welt verbreiteten Nachrichten wurden als bössartige antisowjetische Propaganda abgetan. Da die Sowjets eine karitative Hilfe aus dem Ausland als Schlag gegen das Prestige ihres sozialistischen Staates empfanden, waren sie im Grunde gegen die Aktion. Sie waren sich dabei auch des innenpolitischen Schadens bewußt, der dadurch entstand, daß ein Sowjetbürger mit Verbindungen zu kapitalistischen Ländern für fremde Valuta Dinge kaufen konnte, die für seinen nur über Rubel verfügenden Nachbarn ein Traum bleiben mußten. Andererseits war aber Moskau in einer Zeit großen Devisenmangels jeder Geldzufluß aus dem Auslande erwünscht. Dieses Interesse drängte kurzfristig die politischen Bedenken etwas in den Hintergrund, so daß sie die Spenden widerwillig zuließen und auch das Konsulat in seiner vermittelnden Tätigkeit zunächst nicht behinderten. Wie gesagt, war das aber nur ein vorübergehender Zustand.

Nachdem sich, vorwiegend im XIX. Jahrhundert, deutsche Kolonisten in Wolhynien und anderen Teilen des Amtsbezirks angesiedelt hatten, spielte für ihren Zusammenhalt, ihre seelische und kulturelle Betreuung die Evangelische Kirche eine hervorragende Rolle. Nach der Oktober-Revolution von 1917 wurde eine

religiöse Betätigung zwar nicht ausdrücklich verboten, aber den Angehörigen aller Konfessionen außerordentlich erschwert. Nach den Richtlinien der allein herrschenden bolschewistischen Partei wurde unter dem Motto: „Religion ist Opium für das Volk“ eine zerstörende antireligiöse Propaganda betrieben. Durch administrative Maßnahmen der verschiedensten Art, die Verfolgung oder anderweitige Ausschaltung zahlloser Geistlicher unter der Beschuldigung einer sowjetfeindlichen Einstellung, die Reduzierung der Seminare zur Ausbildung orthodoxer Popen, evangelischer Pastoren und katholischer Priester auf ein Minimum wurde innerhalb weniger Jahre erreicht, daß nur noch in einer verschwindend kleinen Anzahl von Kirchen in den Städten und auf dem Lande Gottesdienst gehalten werden konnte.

Als ich im April 1933 nach Kiew kam, amtierten im Konsulatsbezirk nur drei deutschstämmige evangelische Pastoren, die natürlich sowjetische Staatsangehörige waren.

Einer von ihnen wurde bald darauf verhaftet. Die noch verbliebenen zwei hatten Zehntausende von Deutschen zu betreuen, die sich noch zu ihrer Kirche bekannten. Demgegenüber war der Prozentsatz der deutschen Katholiken sowie christlicher Sekten, die im Amtsbezirk lebten, sehr gering. Die evangelischen Seelsorger standen vor einer unlösbaren Aufgabe, nicht nur wegen der räumlichen Entfernungen, sondern auch, weil für jede öffentliche Amtshandlung außerhalb des ständigen Wohnsitzes eine spezielle behördliche Genehmigung eingeholt werden mußte, die oft gar nicht oder nur verspätet erteilt wurde. Da alle organisatorischen Zusammenschlüsse in der Sowjetunion — ob nun politischer, wirtschaftlicher, kultureller oder sonstiger Art — nur im Rahmen der allgemeinen sozialistischen Planung möglich waren, boten die evangelischen Gemeinden den Volksdeutschen eine, ja wohl die einzige Möglichkeit für einen vom Staat geduldeten, politisch wertfreien Zusammenhalt. Zudem pflegten sie mit der religiösen auch die volkstümliche Tradition zur deutschen Urheimat und hielten die Erinnerungen an die bewegte Entwicklungsgeschichte der eigenen Siedlungen in der Wahlheimat lebendig.

In Gebieten mit deutschen Kolonisten hatte die Evangelische Kirche einen moralischen Anspruch auf die Unterstützung des Reiches, die ihr im Rahmen der sehr beschränkten Möglichkeiten von allen Regierungen der Weimarer Republik, vertreten durch das Auswärtige Amt, gewährt wurde. An dieser Praxis änderte sich auch nichts nach der Machtergreifung durch Hitler. Das Auswärtige Amt erfüllte damit eine natürliche Verpflichtung und handelte durchaus legitim. Zu den evangelischen Gemeinden gehörten ja auch Reichsdeutsche, denen durch ein aktives amtliches deutsches Interesse an der Kirche die ihnen vertraglich zugesicherte freie Religionsausübung ermöglicht oder erleichtert werden sollte.

In Kiew befand sich die größte evangelische Kirche des Amtsbezirks. Sie war auch die einzige, in der von einem der beiden zugelassenen Pastoren regelmäßige Gottesdienste abgehalten wurden. Zu ihren Besuchern zählten neben den ortsansässigen Volksdeutschen und der kleinen reichsdeutschen Kolonie auch viele

Gläubige deutscher Abstammung aus der näheren und weiteren Umgebung der Stadt. Der Kiewer Kirche kam daher erhöhte Bedeutung zu. Für ihre Unterhaltung wurde vom sowjetischen Staat keinerlei Zuschuß gezahlt, was in gleicher Weise für die Gotteshäuser aller Konfessionen galt. Die Gemeinden waren daher auf freiwillige Spenden ihrer Mitglieder angewiesen. Die evangelischen Menschen in Kiew zeigten hierbei eine bewundernswerte, ja geradezu beschämende Opferbereitschaft, der aber wegen der eigenen wirtschaftlichen Bedrängnis unüberschreitbare Grenzen gesetzt waren. Das Konsulat hatte — schon unter meinen Vorgängern — den Auftrag, hier finanziell beizuspringen.

Außerdem sollte es durch mehr private als offizielle Interventionen bei der Vertretung des Außenkommissariats darauf hinwirken, daß von den örtlichen Behörden keine unerfüllbaren Forderungen, besonders auch hinsichtlich vermeidbarer baulicher Instandsetzungsarbeiten, gestellt wurden. Schließlich bemühten wir uns, durch geeignete Maßnahmen den normalen Verlauf der Gottesdienste vor Störungen zu schützen. Was die finanzielle Frage anlangte, so wurde versucht, sie durch formell individuell geleistete hohe Beiträge der evangelischen Konsulatsmitglieder zu lösen. Da die zumutbaren Spenden aus persönlichen Mitteln natürlich nicht genügten, stellte das Auswärtige Amt ergänzende Beiträge zur Verfügung. Die Sowjets wußten das, erhoben aber keine Einwendungen.

Von einer Aufgabe, die für viele deutsche Auslandsvertretungen oft mit erheblichen politischen und persönlichen Schwierigkeiten verbunden war, blieben wir in der Sowjetunion allerdings befreit. Das war die Zusammenarbeit mit den sogenannten „Hoheitsträgern“ der Auslandsorganisation der N.S.D.A.P. Im Sowjetstaat war jede nationalsozialistische Betätigung streng untersagt. Gegen eine Mißachtung dieses Verbots wäre mit rücksichtsloser Härte vorgegangen worden. Die Partei verzichtete deshalb auf jedes Engagement. Seit 1934 hatte ihre Auslandsorganisation einen Berufsdiplomaten als inoffiziellen Vertrauensmann, der aber keine Funktionen ausübte und auch sonst kein Problem darstellte. Seine Berichterstattung nach Berlin stimmte er loyal mit dem Botschafter ab. Das war der Graf von der Schulenburg, der dann in Verbindung mit dem 20. Juli 1944 als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde.

Die Hungersnot

Die Arbeit des Konsulats mußte im Frühjahr und Sommer 1933 unter Bedingungen geleistet werden, für welche „anormal“ eine verharmlosende Bezeichnung wäre. Die Ukraine wurde in den Monaten vor der neuen Ernte von einer Hungerskatastrophe erschüttert, deren Auswirkungen alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens erfaßten. Zwar hatte ich schon in Berlin gehört, daß in meinem künftigen Amtsbezirk gehungert würde, mir — ebenso wie meine Frau — aber auch nicht annähernd vorgestellt, was uns in Kiew erwartete: apathische, ausgezehrte, elende Menschen. Viele von ihnen lagen vor Schwäche auf der Straße und nicht wenige beendeten dort ihr Leben. So fanden wir in einem

Garten neben dem Konsulat eines Morgens zwei Tote, die sich offenbar mit ihren letzten Kräften dorthin geschleppt hatten. In den Räumen unseres Dienstgebäudes brach eine Frau, die um Essen bat, plötzlich zusammen und mußte von einem Ambulanz-Auto abgeholt werden. An Entkräftung zu Boden stürzende Menschen waren ein alltägliches Bild in den langen Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften.

Die Kiewer Miliz stand mit Recht in dem Ruf, ein Vorbild in der Sorge um das äußere Stadtbild zu sein. Aber auch sie war nicht mehr in der Lage, diesen Erscheinungen vorzubeugen oder sie schnell zu beseitigen. Die meisten Todesfälle traten in der Nacht ein. Jeden Morgen brachten Lastkraftwagen die Verstorbenen in ein abgesperrtes Gelände außerhalb der Stadt. Dabei war — so grotesk es klingen mag — die Versorgung der städtischen Bevölkerung immer noch besser als die der ländlichen. Infolgedessen flüchteten viele Menschen vom Lande nach Kiew, nachdem der letzte Rest ihrer Nahrungsmittel verzehrt war. Sie hofften, oft vergebens, dort länger durchhalten zu können. Die Bemühungen der Polizei, die Zuwandernden an der Stadtgrenze aufzuhalten, hatten keine durchgreifenden Erfolge.

Die Zahl der Opfer des Hungertodes in den Gebieten Tschernigow, Kiew und Winniza, die den Konsulatsbezirk bildeten, betrug nach vorsichtigen Schätzungen 2,5 Millionen bei einem Bevölkerungsstand von rund 12 Millionen. Auf Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks kam ich in manchen Gegenden in völlig menschenleere Dörfer. Sie waren ausgebrannt, und nur noch die Kamine ragten aus den Ruinen hervor. Es waren Bilder, die mich an den Ersten Weltkrieg erinnerten, wenn hart umkämpfte Ortschaften von ihren Bewohnern verlassen worden waren. Jetzt, im Jahre 1933, handelte es sich bei den *ohne* Krieg total zerstörten Dörfern fast ausschließlich um ukrainische, während die deutschen Siedlungen noch einigermaßen intakt waren. Auch war dort der Prozentsatz der Verhungerten wesentlich kleiner als bei den ukrainischen Nachbarn. Mit ihrer Hände Arbeit haben die Deutschen trotz aller Widrigkeiten zäher um das Überleben gekämpft, als es den Ukrainern vielleicht lohnend erschien.

Wie läßt sich nun in einem von der Natur landwirtschaftlich begünstigten Lande eine Katastrophe von solchem Ausmaß erklären? Drei Gründe scheinen mir hierfür wesentlich gewesen zu sein:

Die seit 1931 in verschärftem Tempo vorangetriebene Kollektivierung der Landwirtschaft war schon an sich mit erheblichen organisatorischen Schwierigkeiten verbunden. Für ihre normale Überwindung fehlten zudem noch die personellen und technischen Voraussetzungen. In jedem Falle mußte eine so gewaltige Veränderung des Agrarsystems, wie die mit allen Mitteln forcierte Umstellung der Einzelwirtschaften auf die Kolchose, zunächst eine Verminderung der Agrarproduktion mit sich bringen.

In der Ukraine kam als verstärkender Faktor hinzu, daß die Kollektivierung gegen den Willen der erdrückenden Mehrheit der Landbevölkerung durchgeführt wurde. Die ukrainischen Bauern waren ihrer Mentalität nach individualistisch

eingestellt und unterschieden sich hierin auch von den Russen. Dies wurde schon am Beispiel der von dem russischen Ministerpräsidenten Stolypin im Jahre 1907 eingeleiteten großen Agrarreform deutlich. Ihr Sinn war damals die allmähliche Überleitung des landwirtschaftlich genutzten Bodens aus dem Besitz der Dorfgemeinschaft, des sogenannten „Mir“, in das Individualeigentum der Bauern. Bis zu der Reform mußte ein großer Teil des Landes alljährlich an die einzelnen Familien der Dorfgemeinschaft, je nach der Seelenzahl, neu verteilt werden. Von Jahr zu Jahr wurden die einzelnen Streifen schmaler. Oft lagen sie sehr auseinander und vom Wohnhaus weit entfernt. Die daraus erwachsenden Erschwerungen für die Bearbeitung der Felder und das zeitlich begrenzte Interesse des jeweiligen Nutzers mußten sich ungünstig auf die Ernteerträge auswirken. Stolypin wollte diesen Übelstand beseitigen und an Stelle des „Mir“ unabhängige und wirtschaftlich leistungsfähige Einzelhöfe schaffen. Von den neuen Besitzern hoffte der Ministerpräsident, daß sie zum Kern einer breiteren staaterhaltenden Mittelschicht auf dem Lande werden würden. Angesichts der radikalen Strömungen, die nach der Revolution von 1905 auch in der dem Zaren abgerungenen parlamentarischen Voksvertretung, der „Duma“, stark zur Geltung kamen, bedurfte die Krone einer solchen Stützung. Für den individuellen Wesenszug der Ukrainer mit dem Streben nach privatem Besitz war es charakteristisch, daß in ihrem Lande die Agrarreform weit schneller zu günstigen Ergebnissen führte als in den rein russischen Gebieten des Zarenreiches.

In den acht Jahren bis zum Ersten Weltkriege war man einer Verwirklichung der Ziele Stolypins schon ziemlich nahe gekommen. Dieser hervorragende Staatsmann hat freilich nur die ersten Erfolge erlebt. In der Kiewer Oper wurde er 1911 vor den Augen des Zaren von einem Revolutionär ermordet. Soweit der Rückblick, der insofern sinnvoll erscheint, weil aus der damals entstandenen inneren Bindung an ihren Besitz wie auch aus einem in der Tradition des Hetmanstaates wurzelnden Unabhängigkeitsdrang heraus die Masse der ukrainischen Bauern — und nicht minder der deutschen und polnischen — passiven Widerstand gegen die Kollektivierung leistete. Viele begnügten sich nicht nur damit, sondern rebellierten und trieben offene Sabotage. Auch direkte Gewaltakte, darunter Mißhandlungen und Tötungen von Sowjetfunktionären waren keine Seltenheit. So lange wie möglich versuchten die Einzelbauern, dem harten wirtschaftlichen und politischen Druck, der sie zum Eintritt in die Kolchose veranlassen sollte, zu widerstehen.

Die Pressionen wurden in den verschiedensten Formen ausgeübt: Dazu gehörten die in anderem Zusammenhang erwähnten unerfüllbaren rigorosen Steuerforderungen, Beschlagnahmen von Vieh, letzten Reserven an Getreide und sonstigen Nahrungsmitteln, die Heranziehung zu Spann- und anderen Frondiensten, Gleichzeitig erfolgte ihre Anprangerung und Verfolgung als Staatsfeinde, die beispielsweise bei der Erledigung persönlicher Angelegenheiten von örtlichen Partei- und Staatsstellen, auf deren Mitwirkung sie angewiesen waren, diskriminiert wurden. Auch sonst waren sie Schikanen aller Art ausgesetzt. Hier sei eingeschaltet, daß

die Form der lokalen Maßnahmen häufig nicht mit den Anordnungen und Absichten der höheren Führung übereinstimmte. Wenn diese dann auch einschränkte, änderte sich praktisch meist nur wenig.

Bis Ende 1933 hatten im Konsulatsbezirk noch rund 40% der Einzelbauern das Risiko gewagt, den Anschluß an die Kollektivwirtschaften zu verweigern. Dies war ein Satz, der weit über dem Durchschnitt in den anderen Teilen der Sowjetunion lag. Ein Jahr später war er allerdings schon auf 15% zusammengeschrumpft. Von den Bauern, die durch Zwang in die Kollektive getrieben worden waren, zeigte sich 1931 und 1932 die Mehrheit nicht bereit, ihre Arbeitskraft für die von ihnen zutiefst abgelehnte neue Ordnung einzusetzen. Dies umso weniger, als sie wegen der den Kolchosen auferlegten Abgaben an den Staat selbst nur mit einem so geringen Quantum an Nahrungsmitteln entlohnt wurden, daß sie mit ihren Familien hungern mußten. In dem kommunistischen System, das jeden einzelnen jetzt auch auf dem Lande erfaßte, sahen sie die Ursache für ihre Not, in der Partei- und Staatsexekutive ihren größten Feind. Wehrlos gegenüber seinen Machtmitteln, meinten sie, ihm durch passiven Widerstand begegnen zu müssen. So arbeiteten sie wenig und schlecht. Die Felder wurden nur oberflächlich bestellt und die Viehhaltung erreichte einen Tiefstand.

Die ukrainischen Bauern glaubten, sich diese Haltung leisten zu können, weil sie davon überzeugt waren, daß der Staat die Kolchosmitglieder nicht verhungern lassen könne. Auf dem Höhepunkt der Not vor der nächsten Ernte werde er mit seinen gehorteten Vorräten einspringen müssen. Es war zudem eine landläufige Hoffnung, daß sich Partei und Regierung durch ihre bitteren Erfahrungen jetzt genötigt sehen würden, die Kollektivierung zwar nicht einzustellen, aber nicht mehr in der bisherigen Form zu erzwingen. Das erwies sich als ein folgenschwerer Irrtum. Was die Einstellung der deutschen Kolonisten anlangte, so richtete sich diese sicher genau so scharf gegen die kommunistische Agrarpolitik wie die ihrer ukrainischen Leidensgenossen, sie hegten jedoch Zweifel, daß der Staat helfen würde. Sie, denen passiver Widerstand wesensmäßig ohnehin nicht lag, zogen es deshalb, wenn auch widerwillig, vor, zu arbeiten. Damit hofften sie, wenigstens ein Minimum für die eigene Ernährung sicherstellen zu können. Viele Volksdeutsche gaben sich mit einer solchen Hoffnung einer Täuschung hin, denn vom Hungertode wurde auch von ihnen eine große Zahl hinweggerafft, die — wie gesagt — im Verhältnis zu den gestorbenen Ukrainern anteilmäßig jedoch viel kleiner war. Daß dabei Spenden des Hilfswerkes „Brüder in Not“ eine wichtige Rolle gespielt haben, steht fest. Trotzdem blieb ihre Lage weiter sehr ernst. Sogar einige Reichsdeutsche, von deren spezieller Not das Konsulat nichts wußte, erlagen Hungerkrankheiten. Für uns war das besonders bedrückend, weil wir bei rechtzeitiger Kenntnis imstande gewesen wären, zu helfen und damit vielleicht das Schlimmste zu verhüten.

Obwohl es auch unter den Einzelbauern aller Nationalitäten zahlreiche Verhungerte gab, ging es ihnen im Jahre 1933, jedenfalls bis zur Ernte, im ganzen weniger schlecht als den Kolchosbauern. Weil sie auf sich allein gestellt waren,

und es um das Überleben ging, haben sie interessierter gearbeitet als je. Auch gelang es ihnen besser, Notvorräte vor den Erfassungsstellen zu verheimlichen. Da in der Mitte des Jahres 1933 die Einzelbauern noch mehr als 45% der landbearbeitenden Bevölkerung ausmachten — Ende des Jahres waren es 40% — wurde ihr relativ günstigeres Abschneiden von der Bevölkerung als Beweis für das Fehlschlagen der Kollektivierungspolitik gewertet. Die Sowjets wußten das und waren fest entschlossen, dem zu begegnen.

Zu allem Unglück kam 1932 zu dem schon durch die Organisationsschwierigkeiten und die passive Resistenz verursachten außerordentlichen Ernteausfall noch eine durch die Witterung bedingte Mißernte. Ebenso wie Haltung und Stimmung der Bevölkerung wurden die Maßnahmen der Partei- und Verwaltungsstellen entscheidend von der Hungersnot beeinflußt, die, je mehr es dem Sommer 1933 zuzug, immer größere Opfer forderte. Für die Sowjetmacht war es eine Lebensfrage, eine Wiederholung des Desasters von 1932 zu verhindern und damit ernstest, ja bedrohlichen inneren Erschütterungen entgegen zu wirken. Eine solche Gefahr war — abgesehen von dem dann wohl besiegelten Zusammenbruch der Sozialisierungspolitik auf dem Lande — gegeben, wenn es ein zweites Mal nicht gelang, die Ernährung der Arbeiterschaft einigermaßen sicherzustellen. Nicht nur bei den Bauern hatten Hunger und Not einen kaum mehr zu steigenden Zustand der Verzweiflung geschaffen, auch die für das kommunistische System wichtigeren Arbeiter waren infolge schlechter Ernährung, verspäteter und unzureichender Bezahlung, überhaupt durch Entbehrungen jeder Art, tief erbittert. Auf dem Lande wurden die Zusagen der Regierung, daß die staatlichen Organe über die schon Anfang 1933 für die neue Ernte festgelegten Abgabe-Normen hinaus kein Getreide beanspruchen und Gegenpläne der Lokalbehörden nicht dulden würden, nicht geglaubt. Verzweiflung und Empörung drängten immer häufiger die Furcht vor der harten Hand des Staates zurück. Nicht selten hörte man jetzt den selbstmörderischen Wunsch nach einer Verschärfung der Katastrophe, weil davon ein baldiger Sturz der Sowjetherrschaft erhofft werden könnte.

Die Staatsgewalt stand vor der Zwangslage, aus physisch und seelisch geschwächten Menschen in dieser Geistesverfassung größte Leistungen herauszupressen, um die Arbeiten für die Ernte 1933 und diese selbst auch nur einigermaßen zu sichern. Wie die Dinge lagen, konnte die Lösung dieser Aufgabe nur durch Zwang versucht werden. Auf dem Dorfe hatten ihn in erster Linie die „politischen Abteilungen“ der zur technischen Unterstützung der Kolchose eingerichteten „Motoren- und Traktorenstationen“ zu führen. Die aus GPU-Agenten, Agitatoren und ländlichen Parteiaktivisten zusammengesetzten Abteilungen zwangen mit allen staatlichen Machtmitteln die Bauern zur Arbeit und Getreideablieferung.

Besonders bedrückt wurden die Einzelbauern. Mit ihrer nach der Ernte von 1932 noch etwas günstigeren Lage als die der Kolchosmitglieder sollte aus politisch-psychologischen Gründen gründlich aufgeräumt werden. Neben der Bearbeitung ihres eigenen Landes mußten sie auch noch mit Pferd und Fuhrwerk auf den

Kolchoswirtschaften helfen. Erkennbarer oder auch nur vermuteter Widerstand wurde mit Enteignung, Verschickung oder Verhaftung, in einzelnen Fällen auch mit Erschießung geahndet. Kaum milder hart wurde aber auch mit widerspenstigen Kolchosbauern umgegangen. In den Städten wurden zu Zehntausenden die Arbeiter und die übrige Bevölkerung — ohne Rücksicht auf Berufspflichten und Eignung — genötigt, sich „freiwillig“ unter schlechtesten Unterkunfts- und Verpflegungsbedingungen an den Erntearbeiten zu beteiligen. Weigerung hatte Verlust der Arbeitsstelle, oft auch Entzug des Passes und damit Aussiedlung zur Folge. Von den Bauern wurden die Städter mit Mißtrauen und Ablehnung empfangen. Sie sahen in ihnen nicht nur unerwünschte Esser, sondern auch — meist ohne Grund — Helfer ihrer kommunistischen Zwangsherren und deren Aufpasser. Die unvermeidliche weitere Verschärfung der antisowjetischen Stimmung nahm die Sowjetregierung bewußt in Kauf. Ihren Ausdruck fand die Zuspitzung der Lage in zahlreichen Gewaltakten, die so weit gingen, daß die Bauern Massenquartiere der städtischen Landhelfer nachts in Brand steckten.

Das Konsulat wurde mit der sich ständig zuspitzenden Lage durch seine zahlreichen deutschen Besucher aus Stadt und Land, die um direkte Hilfe oder um Aufnahme in die Listen für die Aktion „Brüder in Not“ baten, konfrontiert. Die Möglichkeit, Spenden aus Deutschland zu erhalten, hatte sich in Windeseile herumgesprochen. Es genügte der Anblick der ausgemergelten, elenden Menschen in ihrer heruntergekommenen Kleidung, um ein Bild von dem Ausmaß der Not zu gewinnen. Selbst unterstellt, daß ihre Schilderungen bisweilen subjektiv gefärbt waren, und dabei auch ein gewisser Opportunismus mitspielte — schließlich wollten sie uns ja beeindrucken, um etwas zu bekommen — war der Kern der Berichte richtig. Der aber war so, daß er von einer normalen Vorstellungskraft schwer erfaßt werden konnte.

In den letzten und allerschwersten Wochen vor der neuen Ernte kamen an manchen Tagen bis zu 80 Hilfesuchende zu uns. Es war gar nicht leicht, sie im Konsulat bis zu ihrer individuellen Anhörung unterzubringen. Bei unserer schwachen Personalbesetzung war es noch schwieriger, neben den anderen Arbeiten die besonderen Verhältnisse und speziellen Anliegen jedes Bittstellers festzustellen und stichwortartig niederzulegen. Aber es gab noch ernstere Probleme politischen Charakters. Die Volksdeutschen pflegten aus ihrem Herzen keine Mördergrube, aus der Ablehnung des Regimes keinen Hehl zu machen. Wir durften uns aber als amtliche Vertretung nicht dem Verdacht aussetzen, im Schutz der Immunität des Konsulats „antisowjetische Agitation“ zu dulden oder ihr Vorschub zu leisten. Schließlich war es ja so gut wie sicher, daß sich unter den Besuchern Provokateure befanden, die ihre Landsleute und das Konsulat später bei der GPU anschwärzen würden.

Deshalb versammelte ich regelmäßig die volksdeutschen Besucher in kleineren Gruppen in meinem Büro, um ihnen dem Sinne nach folgendes zu erklären: Die Aufgabe und die Möglichkeiten des Konsulats beschränkten sich darauf, die Spendenwünsche nach kurzer Anhörung der Gründe im Einzelfall nach Deutsch-

land weiterzuleiten. Wir seien nicht befugt, Interessen volksdeutscher Sowjetstaatsangehöriger gegenüber den Behörden des Gastlandes zu vertreten. Als Hausherr bäte ich sie, sich im Konsulat aller feindlichen Äußerungen über den Sowjetstaat und seine Politik zu enthalten. Sie wüßten genau, daß sie nach den Gesetzen des Landes und der bekannten Praxis bestraft würden. Sie sollten an die Gefahren für ihre eigene Sicherheit sowie auch an die Gefährdung der Vermittlertätigkeit des Konsulats und damit auch des Hilfswerks selbst denken. Diese würden akut werden, wenn die Sowjetregierung ihnen und uns ein illegales Verhalten vorwerfen könnte. Deshalb dürften sich die Mitarbeiter des Konsulats auch nicht auf Diskussionen über die Hintergründe der uns wohlbekannten politischen und wirtschaftlichen Probleme der Volksdeutschen einlassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, begegneten wir Verständnis.

Auch reichsdeutsche Bauern erschienen fast täglich bei uns. Ihnen gegenüber brauchten wir uns solche Hemmungen natürlich nicht aufzuerlegen, und sie selbst hatten Anspruch darauf, sich auf ihrem Konsulat aussprechen zu können. Unsere Besucher hatten in der Regel lange und mühevollen Fahrten — oft die Nacht hindurch — zurückgelegt, bevor sie im Konsulat eintrafen. Mit ihrem Reiseproviant war es sehr schlecht bestellt. Sie hatten Hunger und rechneten damit, im Konsulat bewirtet zu werden. Das geschah auch! In Warschau hatten wir uns Vorräte an Lebensmitteln gekauft und waren so in der Lage, unseren Gästen ein kräftiges Eintopfgericht und Tee anzubieten. Außerdem bekamen sie etwas Brot und Fett mit auf den Heimweg. Oft waren Frauen und Kinder, darunter auch Babys, dabei, die besonders versorgt werden mußten. Meiner Frau, die sich der Verpflegungsfrage sehr intensiv angenommen hatte, stehen diese Monate noch heute, nach 40 Jahren, als der für sie nützlichste und befriedigendste Zeitabschnitt in Erinnerung, den sie während unserer gemeinsamen Auslandstätigkeit erlebt hat.

Den Agenten des Außenkommissariats, Herrn Schenschew, unterrichtete ich laufend über die Art unserer Mitwirkung bei der Spendenaktion sowie auch darüber, daß wir unsere Besucher ein wenig verpflegten. Mir erschien das um so wichtiger, weil es immer offensichtlicher wurde, mit welchem Argwohn die Sowjetregierung die Angelegenheit betrachtete. Dem Agenten, der dies zu erkennen gab, versuchte ich klar zu machen, daß wir den in Not befindlichen Deutschen, auch wenn sie Sowjetbürger wären, nicht den Zugang zum Konsulat verwehren könnten. Herr Schenschew schien dies zu verstehen, betonte aber nachdrücklich, die Sowjetbehörden erwarteten von dem Konsulat, daß es sich auf rein karitative Maßnahmen beschränke und keine politische oder ideologische Beeinflussung der Volksdeutschen zulassen würde. Solange dies der Fall sei, würde kein Einspruch erhoben werden. Aus bester Quelle wußte ich, daß die GPU genau darüber unterrichtet war, was auf dem Konsulat während des Aufenthalts der Volksdeutschen vor sich ging; auch meine ermahnenen Ansprachen waren ihr fast wörtlich bekannt.

Während der Erntearbeiten nahm die Zahl der Volksdeutschen, die uns ihre Unterstützungswünsche persönlich mitteilten, sehr ab. Wir führten das zunächst

auf strengere Kontrollen der Kolchosmitglieder und dienstleistungspflichtigen Einzelbauern zurück, die während der „Ernteschlacht“ daran gehindert werden sollten, sich von ihrem Arbeitsplatz zu entfernen. Sicher war auch das ein wichtiger Grund. Schon bald erfuhren wir aber, daß die GPU volksdeutsche Besucher des Konsulats scharfen Verhören unterzog, bei denen ihre „direkten Kontakte“ zur Reichsvertretung in Kiew als Verdachtsmoment für „Spionage“ ins Feld geführt wurden. Etwas Gefährlicheres konnte es in der Sowjetunion kaum geben! Gleichzeitig wurden die Volksdeutschen von den Parteifunktionären aufgefordert, von sich aus auf die „Hitler-Spende“ zu verzichten. Als Lohn für einen solchen Loyalitätsbeweis würden sie sofort Sonderzuweisungen erhalten und bei den Zuteilungen nach der neuen Ernte bevorzugt behandelt werden. In welchem Umfange Verzichtserklärungen abgegeben und dafür Prämien gewährt worden sind, ist mir nicht bekannt. Dagegen steht fest, daß im Herbst und Winter 1933 sowie im Laufe des Jahres 1934 neben Tausenden von Ukrainern und Polen auch viele Volksdeutsche unter der Beschuldigung der „Sabotage der Kollektivierung“ und anderer sowjetfeindlicher Handlungen gerichtlich bestraft sowie nach Sibirien und in zentralasiatische Gebiete der Sowjetunion verbannt worden sind.

Bei den Deutschen haben die Besuche auf dem Konsulat dabei eine Rolle gespielt. Die harte Hand der GPU griff auch in unseren engeren Kreis. Ihr erstes Opfer war während meiner Amtszeit Richard Göhring, der Sohn unseres unvergeßlichen evangelischen Pastors. Richard hatte sein Theologie-Studium in Deutschland unterbrechen müssen und war vor einigen Monaten nach Kiew zurückgekehrt. Er hatte es übernommen, unseren damals siebenjährigen Ulli zu unterrichten, bevor Herr Schumann im Frühjahr 1934 als Hauslehrer zu uns kam. Pastor Göhring hatte mir diesen Vorschlag von sich aus gemacht. So dankbar ich dafür war, nahm ich ihn aber erst an, nachdem ich mit dem Agenten des Außenkommissariats darüber gesprochen hatte. Nach Rückfragen bei seinen Moskauer Vorgesetzten und der GPU erklärte mir Herr Schenschew wenige Tage später, Göhring jun. dürfte „selbstverständlich“ als Lehrer bei uns tätig sein. Dieser Aufgabe widmete er sich mit Hingabe und Erfolg.

Im Sommer kam dann der starke Ansturm auf das Konsulat durch die Aktion „Brüder in Not“, der von unserem kleinen Mitarbeiterstab nicht bewältigt werden konnte. Göhring jun., dessen Zuverlässigkeit über jeden Zweifel erhaben war, bot seine Hilfe an, die uns natürlich sehr willkommen war. Für die Notleidenden konnte jeder Tag, an dem sie früher in den Besitz der Spende kamen, von schicksalhafter Bedeutung werden. Mit Vater und Sohn sprach ich eingehend über das mögliche Risiko, das für einen Sowjetstaatsangehörigen mit dieser Arbeit verbunden war. Mit Zustimmung seines Vaters sagte mir Richard Göhring, daß er sein Angebot aus christlicher Verantwortung heraus gemacht habe und daran festhalte. Im übrigen sei er davon überzeugt, daß ihm nichts geschehen werde. Ich wollte aber möglichst sicher gehen und fragte deshalb auch den Agenten nach seiner Meinung. Schenschew erklärte mir diesmal sofort, daß Göhring seine Arbeit ohne Gefahr übernehmen könne. Die Sowjetbehörden wüßten natürlich, daß der

Pastor und sein Sohn keine Kommunisten seien, hätten aber bisher keinen Anlaß, an ihrer Loyalität als Staatsbürger zu zweifeln. Umso bestürzter waren wir deshalb, als wir am Nachmittag des 24. Dezember erfuhren, daß Richard Göhring vor wenigen Stunden in der Wohnung seiner Eltern — wie üblich ohne Angabe von Gründen — festgenommen worden war.

Der Zufall wollte es, daß die Polizei beim Betreten der Wohnung einen Geschenkkorb mit Lebensmitteln sah, den wir der Pastorenfamilie zum Weihnachtsfest übersandt hatten. Man ließ ihn zwar an Ort und Stelle, es fielen aber böse Bemerkungen über die „offensichtlich sehr engen Beziehungen zum Hitler-Konsulat“. Auf die im allgemeinen vorgenommene Durchsuchung der Wohnung wurde verzichtet. Natürlich suchte ich unverzüglich den Agenten des Außenkommissariats auf und erinnerte ihn an seine Zusicherung. Herr Schenschew erwiderte, er wisse von nichts, was durchaus möglich war. Er werde sich sofort erkundigen, könne aber schon jetzt sagen, daß die Festnahme bestimmt nichts mit der Beschäftigung Göhrings im Konsulat zu tun hätte. Einige Tage später bestätigte er mir das offiziell. Die gehemmte und verlegene Art, die er dabei zeigte, ließ jedoch erkennen, daß er selbst nicht daran glaubte und wie unangenehm ihm persönlich die Angelegenheit war. Auch unser Botschafter in Moskau, den ich telegrafisch um Intervention bat, erhielt von einem der Stellvertretenden Außenkommissare die gleiche Auskunft. Später hörten wir, daß Richard Göhring unter der Beschuldigung sowjetfeindlicher Tätigkeit nach Turkestan verbannt worden war. Wir haben niemals wieder etwas von ihm gehört, auch nicht über seine in Deutschland lebende Schwester, mit der wir noch bis in den Zweiten Weltkrieg hinein in Kontakt standen.

Am Abend der Festnahme hielt Pastor Göhring in der Kirche die Christmesse. Da aus unerfindlichen Gründen dort schon Tage vorher der elektrische Strom abgeschaltet worden war, hatte der Pastor die Gemeindeglieder durch Weitergabe von Mund zu Mund auffordern lassen, Kerzen mitzubringen. So war die bis auf den letzten Platz gefüllte Kirche nur von zwei brennenden Weihnachtsbäumen und den Lichtern in den Händen und auf den Plätzen der Gläubigen erleuchtet. Schon das schuf eine in ihrer tiefen Innerlichkeit schwer zu beschreibende Stimmung. Nur wenige der Kirchenbesucher wußten von dem harten Schlag, von dem der Pastor durch die erst vor Stunden erfolgte Verhaftung seines Sohnes getroffen worden war. Diese treuen Bekenner konnten daher auch nicht ermessen, welche gewaltige Kraft des Glaubens ihr Seelsorger aufbrachte, als er die Gemeinde immer wieder zur Dankbarkeit für die göttliche Gnade ermahnte und den Gottesdienst — wohl den eindrucksvollsten, den ich je erlebt habe — mit dem Lied „Nun danket alle Gott“ ausklingen ließ.

Die Beschaffung der Christbäume war übrigens ein Problem für sich. Der Verkauf von Tannen zum Weihnachtsfest war amtlich verboten. Für die ausländischen Vertretungen mußten Sondergenehmigungen erteilt werden. Um es uns aber ja nicht zu leicht zu machen, wurde dem Kiewer Konsulat ein Hunderte von Kilometern entferntes Forstamt zugewiesen, von dem wir die Bäume abholen

konnten. Zu diesem Zweck war ein Beamter von uns zwei Tage mit einem Lastkraftwagen im kältesten Winter unterwegs. In dem Forstrevier eingetroffen, durfte er sich dafür aber auch die schönsten Tannen in beliebiger Anzahl aussuchen, die in seiner Gegenwart von Waldarbeitern gefällt wurden. Von einer Bezahlung wollte der Förster nichts wissen, da er nicht ermächtigt sei, Geld anzunehmen. Trotz wiederholter Ersuchen haben wir auch später niemals eine Rechnung erhalten. Selbstverständlich wurden aber der Förster und die Waldarbeiter persönlich schon im Revier mit einer Alkoholspende für ihre Mühen belohnt. Mit den mitgebrachten Bäumen konnten wir die Kirche, unsere Mitarbeiter und Mitglieder der reichsdeutschen Kolonie versorgen. Aus einigen Tannen hatten wir die Zweige herausgesägt. Es war rührend, wie Deutsche und Ukrainer nach Einbruch der Dunkelheit zum Konsulat kamen und um einen Tannenzweig baten, für den sie sich dann wie für ein fürstliches Geschenk bedankten.

Wie schon in anderem Zusammenhang gesagt, nahmen die Sowjetbehörden die negative Einstellung der Mehrheit der Volksdeutschen zur Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft und ihre — an sich legale — Verbindung mit dem Reich über das Hilfswerk „Brüder in Not“ zum Anlaß verschärfter Maßnahmen, besonders nach der Ernte 1933. Soweit es sich noch um Einzelbauern handelte, wurden sie unter noch massiverem Druck als bisher in die Kolchose getrieben. Gegen Kolchosbauern, die sich nicht gehorsam und kritiklos in die angestrebte neue Ordnung einfügen wollten, wurde mit den geschilderten harten gerichtlichen und administrativen Maßnahmen vorgegangen. Diese allgemeine sowjetische Haltung übertrug sich bis zu einem gewissen Grade auch auf die Evangelische Kirche, die zu Recht als ein Hort der Kolonisten betrachtet wurde. Die von Staat und Partei methodisch geförderte Gottlosenbewegung veranlaßte ihre Vertreter bei den „Komsomolzi“, den Mitgliedern des Kommunistischen Jugendbundes, einige Male zu dem Versuch, die Gottesdienste durch Eindringen in die Kirche und die Hervorrufung von Unruhe zu stören. Es war nicht viel anders als das, was manche SA-Leute zu Beginn des „Dritten Reiches“ taten.

In Kiew war es zu den provozierenden Handlungen aber nur gekommen, wenn während des Gottesdienstes mein Kraftwagen mit dem Dienststander nicht vor dem Kirchengebäude parkte. Wir zogen daraus die Lehre, das Auto mit Fahrer und Ständer an den Sonn- und Feiertagen auch dann vor die Kirche zu stellen, wenn sie von keinem Konsulatsmitglied besucht wurde, sogar in Zeiten unserer Abwesenheit von Kiew. Wir hatten den Eindruck, daß die Maßnahme ihren Zweck erfüllte. Obwohl die von den Behörden unserer Kirchengemeinde aufgebürdeten Lasten stetig größer wurden, während sich die Zahl der aktiven Mitglieder verringerte, sei es durch Tod, Abwanderung, aber auch aus Furcht vor beruflichen Nachteilen als Folge des Kirchenbesuches, konnte sie ihren Aufgaben in den Jahren 1934 und 1935 noch einigermaßen gerecht werden.

Das war vor allem das Verdienst des Pastors Göhring, der sich ungeachtet permanenter Schikanen nicht davon abbringen ließ, die Verbindung zu den

Sowjetstellen zu suchen und mit ihnen um die Achtung der gesetzlichen Rechte der Gemeinde zu ringen. Durch den Mut, die Hartnäckigkeit und gleichzeitig geschickte Art, mit denen er die Interessen seiner Gemeinde vertrat, hat er sich anerkanntermaßen bei den sowjetischen Behörden persönlichen Respekt erworben. Leider konnte das nichts daran ändern, daß auch er dem allgemeinen Trend gegen den Rest von Eigenständigkeit der Volksdeutschen wie auch der aktivierten antireligiösen Propaganda zum Opfer fiel. In den Jahren 1936 oder 1937, jedenfalls schon nach meiner Abberufung aus Kiew, wurde er, wie einige Jahre vorher sein Sohn, nach Turkestan verschickt, wo er umgekommen ist.

Doch wieder zurück zu den Hauptproblemen der Hungersnot: Ganz kurz vor der Ernte 1933 gab die Sowjetregierung aus den Armeevorräten Lebensmittel zur Verteilung an die am schwersten bedrohte Landbevölkerung frei. Die Ernte selbst war in unserem Amtsbezirk nicht gerade schlecht ausgefallen. Die Hektarerträge hielten aber keinen Vergleich mit denjenigen im übrigen Europa aus. Die Einbringung erfolgte — darauf wurde schon hingewiesen — unter der regierungsseitigen Inanspruchnahme aller Kräfte und unter hartem Druck. Die Not war damit — man kann sagen, von einem Tage zum anderen — spürbar gemildert, wenn auch gewiß nicht beseitigt. Nach der mit größter Energie durchgeführten Bereitstellungskampagne zur Deckung des Bedarfs des Staates blieb für die Bauern in den Kolchosen oder auf den noch selbst bewirtschafteten Höfen wiederum nur ein Minimum für die eigene Ernährung.

Zu Erscheinungen wie vor der Ernte ist es indessen nicht mehr gekommen. Dessenungeachtet wurde die allgemeine Ernährungslage, besonders auf dem Lande, zunehmend schwieriger, je mehr die neue Ernte herankam. So wurde auch das Konsulat wieder stärker von den *reichsdeutschen* Einzelbauern — und das waren ja noch die meisten — in Anspruch genommen. Gerade gegen diese Kategorie der ländlichen Bevölkerung, und zwar *aller* Nationalitäten, hatte sich nach der Bereitstellungskampagne von 1933 der Druck noch verschärft. Volksdeutsche wandten sich jetzt seltener an uns; sie waren durch die bitteren Erfahrungen vorsichtig geworden. Baten sie jedoch um Hilfe, wurde sie von „Brüder in Not“ weiter gewährt.

Während der Hungersnot und auch noch nach ihrem Abflauen waren Gerüchte im Umlauf, Stalin hätte die Katastrophe bewußt herbeigeführt, um „die Ukrainer in die Knie zu zwingen“, nachdem dort ein für den Bestand der Sowjetunion gefährlicher „Nationalismus“ an Boden gewinne. In solchen Gerüchten, die sich in den verschiedensten Versionen fortpflanzten, wurde Stalin weiter unterstellt, er habe in der Verschärfung der Notlage auf dem Lande ein Mittel gesehen, den in der Ukraine besonders starken bäuerlichen Widerstand gegen die Kollektivierung radikal und endgültig zu brechen. An Glaubwürdigkeit gewannen die Behauptungen dadurch, daß vielerorts angebliche Äußerungen prominenter Kommunisten verbreitet wurden, die gesagt hätten: „Die Hungernden fürchten wir nicht, die Satten sind uns gefährlich!“

Wer sein Urteil über Stalins Haltung zu diesem Problem auf solche Gerüchte

stützen wollte, müßte indessen zu einem Zerrbild gelangen. Eine *Hungersnot* hat der Moskauer Diktator bestimmt nicht *gewollt*, schon deshalb nicht, weil er zu realistisch dachte, um die damit verbundene Gefahr für *seinen* Staat zu unterschätzen. Die Welt weiß, daß Stalin keine innenpolitischen Risiken scheute, wenn es in seinen Augen dabei um ein wesentliches Ziel ging, niemals hat er aber die durch den Weg bis dahin ohnehin gegebenen Schwierigkeiten noch *planmäßig* vergrößert. Widerstand gegen den Zwang zur Änderung der Agrarstruktur hatte er erwartet, wahrscheinlich aber nicht in der Art und dem Ausmaß, wie er dann praktiziert wurde. Noch weniger konnte er voraussehen, daß auch die Natur gegen ihn kämpfen würde, indem sie der Ukraine zu allem anderen auch noch eine Mißernte brachte. Durch einen entscheidenden Stop in der Kollektivierung und die Freigabe staatlicher Getreidereserven hätte er die Hungersnot, wenn auch nicht mehr ganz verhindern, so doch wesentlich mildern können. Das jedoch wäre auf Kosten der Industrialisierung des Landes gegangen, in der er die Voraussetzung für den Aufbau des „Sozialismus in einem Lande“ und die Erstarkung der Sowjetunion zu einer Weltmacht sah, die nur so zum Wegbereiter internationaler revolutionärer Entwicklungen werden konnte und ja auch geworden ist. Der Zugriff des Staates zu den Agrarprodukten, die für die Ernährung der die Industrialisierung tragenden Arbeiterschaft erforderlich waren, erschien nur gesichert, wenn die Landwirtschaft sozialisiert war. Ein Verzicht auf diesen Plan oder auch nur seine Zurückstellung kamen für den Herrn des Kreml nicht in Frage. Für seine Realisierung nahm er in Kauf, daß Millionen von Menchen sterben mußten.

Es gibt Beweise dafür, daß Stalin die Tatsache dieser Tragödie politisch nicht auf die leichte Schulter nahm, persönlich belastet fühlte er sich durch sie jedoch nicht. Er war der Überzeugung, daß die Opfer ihr Schicksal durch die Sabotage der Kollektivierung zu einem großen Teil selbst verschuldet hatten. Den anderen aber würde es als warnendes Beispiel dienen. In der Tat wurde gegen den Stachel künftig auch nicht mehr gelockt. Stalins Haltung ist mit der Härte vergleichbar, mit der Peter I. seine Untertanen zwang, Frondienste für die Durchführung seiner großen Projekte zu leisten, wie zum Beispiel zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts bei der Errichtung Sankt-Petersburgs in dem Sumpfbgebiet des Newa-Delta. Peter war übrigens der einzige gekrönte Herrscher Rußlands, dem Stalin eine bedeutende Rolle in der Geschichte des Reiches zuerkannte und im historischen Rückblick Respekt bezeugte.

Hier soll nicht untersucht werden, ob es auf der Basis des kommunistischen Sozialismus auch andere Wege zu der gigantischen Entwicklung der Sowjetunion gegeben hätte. Mit der eisernen, — durch unvorstellbare Opfer unbeirrten — Durchsetzung seines Willens hat Stalin jedenfalls sein Ziel erreicht. Er konnte durch die Kollektivierung der Landwirtschaft die Vorbedingung für die gewaltige Industrialisierung der Sowjetunion schaffen. Diese versetzte den Staat in die Lage, im Zweiten Weltkrieg rüstungsmäßig durchzuhalten und schließlich den von Hitler begonnenen Krieg zu gewinnen. Natürlich hat neben der Hilfe der

westlichen Alliierten auch der grauenvolle Irrwahn Hitlers bei der Behandlung der Menschen in den besetzten Ostgebieten in entscheidendem Maße zu dem Siege beigetragen. Ausdrücklich sei aber festgestellt, daß er ohne die Tapferkeit und Widerstandskraft der Soldaten sowie ohne die Disziplin und die Leidensfähigkeit der Völker der Sowjetunion trotzdem nicht hätte errungen werden können.

1933 und 1934 ging ein hartes Strafgericht nicht nur über die widerspenstigen Bauern nieder, sondern traf auch viele Funktionäre der Partei und des Staates. Ihnen wurden Gleichgültigkeit, Verantwortungsscheu und verfehlte Maßnahmen bei der Durchführung der Kollektivierung sowie „Kapitulation vor den rebellierenden Elementen“ vorgeworfen. Die Verzweiflung einiger dieser Menschen, die mir vertrauten, habe ich selbst erlebt. Sie litten nicht nur unter der gespannten Atmosphäre infolge der allgemeinen Not, sondern auch unter großen eigenen Entbehrungen und dem Gefühl persönlicher Unsicherheit. Nicht alle konnten eben über ihre Schatten springen! Äußerst gefährlich war es für die Betroffenen, wenn GPU, bzw. ihre Nachfolgeorganisation NKWD und höhere Parteiführung an ihr „Versagen“ den Verdacht der „Sabotage“ und des „Trotzkismus“ knüpften. Eine Anzahl wurde auch der „Agententätigkeit“ für Deutschland und Polen beschuldigt und dabei mit sowjetfeindlichen Bestrebungen des „ukrainischen Nationalismus“ in Verbindung gebracht.

Persönlich könnte ich 40 Jahre nach den Ereignissen unter Eid erklären, daß mir kein einziger Fall bekannt geworden ist, in dem im Kiewer Amtsbezirk irgendein illegaler reichsdeutscher Kontakt zu „nationalistischen ukrainischen Kreisen“ oder staatsfeindlichen sowjetischen Funktionären bestanden hat. Wenn es doch der Fall gewesen sein sollte, was bei der mehrgleisigen nationalsozialistischen Außenpolitik nie ganz auszuschließen ist, dann bis heute ohne mein Wissen und unter der Verantwortung von Stellen außerhalb des auswärtigen Dienstes.

Mit strengen Maßregelungen wurde auf Befehl Stalins übrigens auch gegen solche Beamte und Parteileute vorgegangen, die es angeblich aus Indolenz oder Unfähigkeit unterlassen haben, die Not durch praktisches Handeln in solchen Fällen zu lindern, wo dies ohne Verletzung der starren Prinzipien der Kollektivierungspolitik, d.h. auch ohne Rückgriff auf die staatlichen Getreidereserven, möglich erschien. Das galt auch für Nachlässigkeiten bei der Behandlung von Hungerkranken und der Durchführung vorsorglicher Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Fleckfieber epidemien. Hierzu ist allerdings zu sagen, daß Ärzte und Arzthelfer oft Übermenschliches geleistet haben, um unter den schwierigen Bedingungen ihre Pflicht zu erfüllen. Im Ergebnis der Strafaktion wurden im Verwaltungsapparat des Amtsbezirks seit dem Frühjahr 1933 bis Ende des Jahres unter anderen die Vorsitzenden von rund 130 Rayon-Exekutivkomitees und Stadträten wegen dienstlicher Verfehlungen oder „opportunistischen Verhaltens“ von ihren Posten entfernt und zum Teil verhaftet. Der gleichzeitig durchgeführten Parteisäuberung fielen neben kleineren Funktionären etwa 120 Sekretäre von Rayon-Parteikomitees, d. h. 60% aller vorhandenen, und 70 Vorsitzende von Rayon-Kontroll-Kommissionen zum Opfer.

Die ukrainische Frage

Unter dem Schutz der deutschen und österreichischen Besatzungsmacht hatte sich die Ukraine nach der bolschewistischen Revolution von 1917 für kurze Zeit als ein unabhängiger Staat etablieren können. Nach dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte wurde das Land jedoch von der Roten Armee besetzt und gewaltsam sowjetisiert. Zwischen dem sich nach Wiedererlangung seiner Selbständigkeit sehnenenden Volk und dem Moskauer Unitarismus kommunistischer Prägung hatte sich eine weit tiefere Kluft aufgetan, als sie in den Jahrhunderten der — gewiß auch unfreiwilligen — Zugehörigkeit der Ukraine zum Zarenreich je vorhanden war. Durch die Hungerkatastrophe und die fort-dauernde Notzeit, für die das Volk in der Ukraine die Politik des Kreml verantwortlich machte, hatte sich diese Kluft noch stark verbreitert. Haß erfüllte die Menschen gegen den Moskauer Oberherrn. Dabei war nach meinem Eindruck die Empörung gegen die aufoktroyierte bolschewistische Ordnung mit ihrem tiefgreifenden Einfluß auf jedes Einzelschicksal noch größer als über die nationale Bedrückung.

Moskau war sich über die verschiedenen Ursachen der Spannung durchaus im Klaren. Durch ein Hochspielen der ukrainischen Frage unter landes- und hochverräterischen Aspekten versuchte der Kreml von den für ihn weitaus brennenderen Problemen der wirtschaftlichen Not abzulenken. Dies geschah auch durch Behauptungen von aktuellen deutschen — und auch polnischen — Plänen zur Lostrennung der Ukraine von der Sowjetunion. Von einer erkennbaren — auch nicht für nähere Beobachter — deutschen Aktivität konnte praktisch in diesen Jahren jedoch keine Rede sein. Die nationalsozialistische Ukraine-Politik beschränkte sich einstweilen auf theoretische Erörterungen, wie sie sich aus Hitlers Buch „Mein Kampf“ und den Ideen seines damaligen Chefideologen, Alfred Rosenberg, ergaben. *Verbindliche* Projekte existierten nicht, und zwar umso weniger, als Hitler und Rosenberg noch von verschiedenen Grundlagen ausgingen. Eine Entscheidung des deutschen Diktators, auf die es allein ankam, war weder getroffen, noch befand sie sich im Stadium der Vorbereitung. Immerhin traf es zu, daß den Ukrainern seit dem Umschwung in Deutschland die Aussicht auf Befreiung von Moskau näher gerückt schien. „Wann kommt Hitler?“ war eine Frage, die damals oft von Ukrainern an Reichsdeutsche gerichtet wurde. Hätten sie geahnt, wie er acht Jahre später kommen würde, wäre dieser Wunsch wohl nie entstanden. Solche Erwartungen mußten für die Sowjetmacht in ihrer damaligen prekären Situation beunruhigend sein; denn in der schwierigen Wirtschafts- und Ernährungslage sah die höchste Parteispitze auch einen gefährlichen Boden für eine national-ukrainische Entwicklung.

Der Mann, der diese Gefahren bannen sollte, war Pawel Postyschew, ein 1933 mit unbeschränkter Vollmacht nach Charkow entsandter Vertrauensmann Stalins. Durch die angeführten Säuberungsmaßnahmen schuf er zugleich die Voraussetzungen für Angriffe auf die sogenannte „Ukrainische Front“, die sich angeblich im „Apparat“ gebildet hatte. Den Auftakt bildete die 1933 verfügte Absetzung des Bildungskommissars Skrypnyk, der sich darauf das Leben nahm. Skrypnyk war als

überzeugter Verfechter der von Lenin für die Nationalitäten aufgestellten These bekannt: „National in der Form, kommunistisch im Inhalt.“ Die *nationale Form*, wie sie der zuverlässige *Kommunist* Skrypnyk für seinen kulturellen Verantwortungsbereich anstrebte, paßte aber nicht in das Konzept Postyschews. Nach Skrypnyk wurden neben höchsten Beamten der Charkower Zentralstellen auch führende Persönlichkeiten in der Provinz abgesetzt, insbesondere, nachdem im November 1933 durch Beschlüsse der Spitzengremien der Ukrainischen Kommunistischen Partei das Signal zur Einleitung einer neuen Phase des Kampfes gegen die „ukrainischen Nationalisten“ gegeben worden war. Im Konsulatsbezirk verloren eine Anzahl von Professoren der Akademie der Wissenschaften und der Kiewer Universität, die Direktoren des Linguistischen Instituts und des Kiewer Kino-Lehrkombinats, Schulleiter, zahlreiche Arbeiter der „Bildungsfront“ und Funktionäre der Kultusverwaltung ihre Stellungen und teilweise auch ihre Freiheit. Ihnen wurde vorgeworfen, durch „Züchtung eines ukrainischen Chauvinismus“ — sei es in Sprache, Wissenschaft und Literatur, sei es durch Verwaltungsanordnungen — der Konterrevolution in die Hände gearbeitet zu haben.

Seit dem 1. Dezember 1934 wurde die Verfolgung von als „Nationalisten“ verdächtigten Ukrainern mit noch verstärkter Intensität betrieben. An diesem Tage war der Erste Parteisekretär von Leningrad, Sergej Mironowitsch Kirow, ermordet worden. Als Täter wurde im Schnellverfahren ein gewisser Nikolajew verurteilt und hingerichtet. Die Öffentlichkeit erfuhr, er wäre wegen „trozkistischer“ Neigungen vor einiger Zeit aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Hintergründe des Mordes wurden bis heute nicht aufgeklärt. Kirow galt als einer der wenigen Spitzenführer, die den Mut aufbrachten, vor Stalin nicht nur eine von der seinen abweichende Meinung zu äußern, sondern gelegentlich auch danach zu handeln. Innerhalb der Partei genoß er großes Ansehen, besonders in seinem Leningrader Herrschaftsbereich, wo er sich eine beachtliche Hausmacht aufgebaut hatte.

Niemals wollten Gerüchte verstummen, daß Stalin diesen Mann als Rivalen und potentielle Gefahr für seine eigene Machtposition empfunden hat und bei seiner Beseitigung durch einen dazu angestifteten Mörder die Hand im Spiele hatte. In seiner sensationellen geheimen Anklagerede gegen Stalin, die Nikita Chruschtschow am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteikongreß gehalten hat, klang diese Vermutung eindeutig durch. Wie dem aber auch sei, der Diktator nahm die Ermordung Kirows zum — offensichtlich gesuchten — Anlaß, eine neue Terrorwelle auszulösen, die Jahre hindurch anhalten sollte. Als seine vermeintlichen Widersacher erfaßte sie Persönlichkeiten aller Schichten, in erster Linie aber Mitglieder der Kommunistischen Partei bis hinauf in die höchsten Ebenen, aber auch das Offizierskorps der Roten Armee einschließlich seiner obersten Führung.

In der Ukraine nahmen die Schergen Stalins die Gelegenheit wahr, um den nationalen Strömungen endgültig den Garaus zu machen. Man entdeckte nicht nur Organisationen mit angeblichen Verbindungen zu dem „deutschen und polnischen Faschismus“, sondern jetzt auch „konterrevolutionäre trozkistische Gruppen“,

die sich mit den „Nationalisten“ verbunden hätten. Wieder richtete sich der von Partei und Regierung geführte antiukrainische Kampf vornehmlich gegen die Kreise der Intelligenz. So wurden wissenschaftliche ukrainische Institute als Herd offener oder getarnter staatsfeindlicher Bestrebungen angeprangert. Äußerungen loyaler Sowjetbürger, die erkennen ließen, daß ihnen nicht alles gefiel, was in der Ukraine Postyschews geschah, konnten genügen, um sie als „Trotzkisten“ oder „Nationalisten“ zu verfolgen. In der Schicht der Intellektuellen herrschten seit Dezember 1934 Gefühle der Furcht und Unsicherheit, die nach Aussagen Wissender an die Zeit des Kriegskommunismus erinnerten. Diese Unruhe ergriff aber auch die übrige Bevölkerung. Es sickerte durch, daß allein in Kiew im Dezember 1934 mindestens 650 Personen, darunter 14 Mitglieder des Allukrainischen Exekutiv-Komitees, des höchsten staatlichen Gremiums der Sowjetukraine, verhaftet und zum Teil schon deportiert worden waren. Darüber hinaus ließ das NKWD, die Nachfolgeorganisation der GPU, in größerer Zahl Todesurteile wegen „terroristischer Aktionen“ und „Spionage“ vollstrecken. Unter den Erschossenen waren angesehene Ukrainer, die niemals im Auslande waren und denen die ihnen unterstellten Verbrechen nicht zugetraut werden konnten.

Stalin hatte bereits am Abend des 1. Dezember, also des Tages, an dem Kirow ermordet wurde, folgenden Befehl herausgegeben, den Chruschtschow in seiner Geheimrede am 25. Februar 1956 wörtlich zitierte:

- 1.) „Die Untersuchungsorgane werden angewiesen, die Fälle der wegen Vorbereitung und Ausführung von Terrorakten Angeklagten beschleunigt zu erledigen.“
- 2.) Die Gerichtsorgane werden angewiesen, die Vollstreckung der wegen Verbrechen dieser Kategorie ausgesprochenen Todesurteile nicht im Hinblick auf eine eventuelle Begnadigung aufzuschieben, da das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees der UdSSR die Entgegennahme von Eingaben dieser Art nicht für möglich erachtet.“
- 3.) Die Organe des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) werden angewiesen, die Todesurteile gegen Verbrecher, die der oben angeführten Kategorie angehören, unmittelbar nach der Verkündung zu vollstrecken.“

Mit dieser Anordnung des Diktators waren der Willkür der örtlichen NKWD-Stellen Tür und Tor geöffnet. Eine rechtliche Nachprüfung der Urteile war weder erwünscht, noch möglich. Der Terror konnte triumphieren!

Alle ausländischen Vertretungen in der Sowjetunion — in den dreißiger Jahren gab es nur solche nicht-sozialistischer Staaten — galten als weltanschauliche, die meisten auch als politische Gegner des Moskauer Regimes. Sie wurden deshalb seit jeher von den Sicherheitsorganen beschattet und durch Agenten bespitzelt. Dabei war man aber im Allgemeinen um ein diskretes Vorgehen bemüht. In der Periode der verschärften Spannung, wie Stalin sie durch die neue Terrorwelle bewußt herbeigeführt hatte, nahm man es indessen mit der Rücksicht auf Diskretion nicht mehr so genau. In jedem Fall galt das für die diplomatischen Missionen und

Konsularbehörden Deutschlands und Polens. Unseren Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg — er wurde im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 hingerichtet — begleiteten jetzt die sowjetischen Überwacher ganz offiziell auf Schritt und Tritt. Als Grund nannte das Außenkommissariat seinen Schutz gegen mögliche Reaktionen sowjetischer Bürger auf die feindliche Politik der Reichsregierung. Diese Besorgnis mag *auch* bestanden haben. Stärker war aber wohl der Wunsch nach möglichst lückenloser Kontrolle des Botschafters, vor allem im Hinblick auf etwaige Versuche *sowjetischer* Bürger, in Verbindung mit ihm zu treten. An der persönlichen Loyalität des Grafen von der Schulenburg dürften auch die Sowjets kaum gezweifelt haben.

Wie meine Moskauer Kollegen erzählten, hatte sich nun im Laufe der Zeit so etwas wie ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen dem Botschafter und seinen ständigen „Beschützern“ entwickelt. Es gab zwar keine großen Unterhaltungen, weil den Russen ein direkter persönlicher Kontakt streng verboten war, man half sich aber gegenseitig und war freundlich miteinander. Einmal hatte das begleitende Sowjetauto bei einer Fahrt außerhalb von Moskau eine Panne. Ganz selbstverständlich halfen der Botschaftsfahrer und ein Legationssekretär bei ihrer Behebung. Schulenburg kam gar nicht auf den Gedanken, etwa alleine weiterzufahren, weil er seine „Beschützer“ dadurch in Verlegenheit gebracht hätte. Bei Ausflügen mit Picknicks lagerten sich die Deutschen und Russen ein paar Meter voneinander entfernt. Letztere waren aber Gäste des Botschafters, der sich bei ihrer Bewirtung durch seinen Fahrer vertreten ließ. Um ihren Dienst zu erleichtern, ließ sie Graf Schulenburg, soweit möglich, unter der Hand über sein Tagesprogramm unterrichten. Natürlich nahmen die „Beschützer“ auch an seinen Theaterbesuchen teil. Sie taten das offensichtlich ganz gerne. Weniger erfreut waren sie, wenn sie den Botschafter zu deutschen Gottesdiensten in die evangelische Kirche begleiten mußten, nicht nur, weil ihnen die Atmosphäre fremd war, sondern auch weil sie angeblich kein Wort verstanden. Bei Auslandsreisen des Botschafters fuhren sie bis zur Grenze mit und waren dort auch wieder zur Stelle, wenn er in die Sowjetunion zurückkehrte.

In Kiew — und darüber will ich ja in erster Linie berichten — verfuhr man nicht so aufwendig und auch weniger höflich. Das entsprach auch dem gewaltigen Unterschied zwischen der politischen Bedeutung einer Botschaft — Botschafter wurden damals grundsätzlich nur zwischen Großmächten ausgetauscht — und der eines kleinen Konsulats. Immerhin parkte aber vor einem sowjetischen Amtsgebäude direkt gegenüber dem Konsulat seit dem 2. Dezember ständig ein Kraftwagen des NKWD. Ein Fahrer saß am Steuer, während sein Kollege aus einem Fenster mit einem Fernglas unser Haus beobachtete. Verließ mein Auto unser Grundstück, so folgte innerhalb und außerhalb der Stadt mit kurzem Abstand sofort der Sowjetwagen. Auch bei Fußgängen blieb mir ein NKWD-Mann auf den Fersen. Als ich den Agenten fragte, was dieses Interesse für meine Person eigentlich bedeuten solle, erhielt ich zur Antwort, er habe nichts dergleichen veranlaßt und könne mir auch keine Auskunft geben. Doch wolle er

sich erkundigen. Dabei blieb es denn auch! Da ich wußte, daß der Agent hier ohnehin nichts ausrichten konnte, und sich die Kontrolle nach einigen Wochen lockerte, verzichtete ich darauf, weiter zu insistieren.

Die unerfreuliche Folge der verschärften Überwachung war eine noch größere Isolierung des Konsulats von den Bürgern der Sowjetunion. So wagten es beispielsweise der Friseur und die Fußpflegerin nicht mehr, zu kommen. Die Gymnastiklehrerin unserer Kinder sagte unter einem Vorwand die Stunden ab. Selbst unser hervorragender Hausarzt, der deutschstämmige Professor Svenson, erklärte, er könne uns nur noch besuchen, wenn er eine ausdrückliche Genehmigung der Sowjets erhalte. Diese war allerdings ohne Schwierigkeiten zu beschaffen. Der Professor konnte somit nicht nur uns weiter helfen, sondern auch von unserem gut ausgestatteten Medikamentenschrank profitieren, aus dem er sich hin und wieder etwas für einen sowjetischen Patienten erbat. Spezialärzte, etwa für eine Augen- oder Ohrenerkrankung, konnten nur durch Vermittlung der Vertretung des Außenkommissariats zu einer Konsultation oder Behandlung hinzugezogen werden.

Dafür brauchten wir uns aber wegen unserer Zähne keine Sorgen zu machen; denn in Kiew praktizierte ein tüchtiger reichsdeutscher Dentist, namens Tannenberg. Für ihn war es jedoch sehr schwierig geworden, für verbrauchte Instrumente neue zu erwerben oder sich Ersatzteile zu beschaffen. Als ausländischer „Einzelunternehmer“ wurde er gegenüber seinen durchweg genossenschaftlich organisierten sowjetischen Kollegen von den Zuteilungsstellen benachteiligt, zumal diese an sich schon nicht viel zu vergeben hatten. Vor meinen alljährlichen Reisen nach Deutschland gab mir Tannenberg deshalb stets einen Wunschzettel mit. Die Berliner Zahnärztekammer sorgte großzügig dafür, daß ich die erbetenen Dinge als ihr Geschenk nach Kiew mitnehmen konnte. Auch so etwas gehörte zu den Aufgaben eines Konsuls in der Sowjetunion.

Neben ihren unangenehmen Seiten hatte die Beschattung aber auch komische, ja manchmal sogar ganz nützliche: Auf einer dienstlichen Autofahrt im Amtsbezirk, bei der wir auf dem Rückwege in den Abend hineinkamen, mußte ich notgedrungen einmal aussteigen und mich kurz in einen Wald längs der Straße zurückziehen. Meine Bewacher, die im Dunkeln meine Schritte nicht verfolgen konnten, waren offensichtlich beunruhigt. Vielleicht fürchteten sie, ich würde mich mit „ukrainischen nationalistischen und trotzkistischen Verschwörern“ treffen. Während der sowjetische Fahrer mit einem besonders starken Scheinwerfer die Gegend ableuchtete, machte sich sein Begleiter auf die Suche nach mir. Er war noch unterwegs, als ich schon wieder im Wagen saß. Auch der Bediener des Scheinwerfers, dessen Lichtkegel mein Wiedereinsteigen gerade nicht erfaßt hatte, bemerkte mich erst später. Nun forderte er seine noch suchenden Begleiter durch Hup- und Lichtsignale zur Rückkehr auf. Darüber vergingen einige Minuten. Obwohl mich bei allem Humor diese Art der Kontrolle meiner nun wirklich privatesten Angelegenheiten doch schockiert hatte, widerstand ich der Versuchung, unseren Verfolgern davonzufahren, obwohl ich ziemlich sicher

sein konnte, daß sie mich nicht einholen würden. Aber damit hätte ich meinem Chauffeur, einem Sowjetstaatsangehörigen, Ärger mit dem NKWD eingebracht. Dort kannte man ihn natürlich und bestellte ihn von Zeit zu Zeit zu sich. So warteten wir eben geduldig, bis auch der Begleitwagen abfahren konnte.

Wiederum erwies es sich bisweilen als ganz vorteilhaft, wenn der Beschatter meine Frau und mich zu Einkäufen in die staatlichen Geschäfte — praktisch gab es nur noch solche — begleitete. In der Regel konnte er sich durch ein Augenzwinkern sofort mit dem Geschäftsführer oder Verkäufer verständigen. In einem Antiquitätenladen interessierten wir uns einmal für einen Silberbecher. Der Geschäftsführer machte Schwierigkeiten, nicht wegen des Preises, sondern weil er das Stück aus irgendeinem Grunde nicht abgeben wollte, jedenfalls nicht an uns. Da noch andere Kunden im Geschäft waren, hatte unser Begleiter noch keine Gelegenheit, sich dem Verkäufer unauffällig zu erkennen zu geben. Dies gelang erst, während wir andere Dinge betrachteten. Danach erklärte uns der Verkäufer ganz unvermittelt, ihm sei da ein Irrtum unterlaufen, und wir könnten den Becher gleich mitnehmen. Als ich bezahlt hatte, sah sich unser Schatten scheinbar sehr genau alte Uhren an. Ich stellte mich neben ihn und tat so, als ob auch ich mich dafür interessierte. Es gäbe da sehr schöne Stücke, meinte ich, und fügte leise hinzu, er möge sich bei ihrer Betrachtung nur Zeit lassen; wir würden vor dem Laden bestimmt auf ihn warten. Der gute Mann machte erst gar nicht den Versuch, Erstaunen zu heucheln, lächelte nur und war wenige Augenblicke nach uns auf der Straße.

Was nun die sogenannte „Ukrainische Frage“ anlangte, so war von der Moskauer Führung die verschärfte Verfolgungskampagne nach dem 2. Dezember 1934 auch als Warnsignal für diejenigen gedacht, die etwa noch glaubten, sie seien auf Grund der feierlichen Versprechungen Lenins nach der Oktober-Revolution von 1917 und seines damaligen Volkskommissars für die Fragen der Nationalitäten, der Stalin hieß, zu irgendeiner Art von nationalem Sonderdasein berechtigt. Tendenzen in dieser Richtung, die latent sicher vorhanden waren, wurde nicht nur politisch durch den Terror des NKWD, sondern auch durch eine von Moskau gelenkte planmäßige Russifizierung auf höherer Ebene entgegen gewirkt. Die politischen und kulturellen Spitzenstellen wurden von Nichtukrainern besetzt. So war Stalins Statthalter, Pawel Postyschew, der nach außen als Zweiter Sekretär der Ukrainischen Kommunistischen Partei fungierte, ein Russe. Sein formeller Vorgesetzter als Erster Sekretär, de facto aber streng an seine Weisungen gebunden, war Stanislaw Kossior, ein Pole. Hier sei eingeschaltet, daß Postyschew und Kossior im Zuge einer Stalinschen Säuberungswelle 1939 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Während der Chruschtschow-Ära erfolgte ihre postume Rehabilitierung. Im übrigen war auch Chruschtschow, der sich immer betont zu seinem Russentum bekannte, von 1938 bis 1949 Erster Parteisekretär, zeitweise auch Regierungschef, der Ukraine. Professoren klagten darüber, daß auf der Kiewer Universität die Mehrzahl der Vorlesungen in russischer Sprache gehalten wurde und auch sonst kaum noch Ukrainisch zu hören

sei. Ähnlich war es in der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Auch in der Stadt Kiew, dem geistigen Zentrum der Ukraine, wurde unverhältnismäßig viel russisch gesprochen.

Dieser Entwicklung stand es durchaus nicht entgegen, daß von Zeit zu Zeit von hoher Parteiwarte aus vor Übergriffen des „großrussischen Chauvinismus“ gewarnt wurde. Diesen gelegentlichen Erinnerungen an die von Lenin als Richtlinien der sowjetischen Nationalitätenpolitik aufgestellte These: „National in der Form, kommunistisch im Inhalt“ kam jetzt jedoch vorwiegend propagandistische Bedeutung zu. *Echte* nationale Zugeständnisse glaubte sich der Moskauer Zentralismus nicht leisten zu können. Durch Gesten eines scheinbaren „Verständnisses“ für das ukrainische Selbstgefühl versuchte man aber das tiefe Mißtrauen gegen die Kreml-Diktatur abzubauen, damals allerdings ohne spürbaren Erfolg. Wenn beispielsweise von den im Lande tätigen Politikern russischer Nationalität hin und wieder gefordert wurde, der Erlernung und Pflege der ukrainischen Sprache größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, so sahen die Ukrainer darin nur eine auf die ländliche Bevölkerung berechnete Demagogie. Eine Besserung ihrer kulturellen Lage, sei es auch nur durch eine betontere Wahrung der „nationalen Form“, wurde selbst von den ukrainischen Kommunisten kaum erwartet.

Versuche einer Rücksichtnahme auf ukrainische Gefühle — diesmal ging es um die der Regierung der Unionsrepublik — führten im Wirkungsbereich des Konsulats einmal zu einer fast schon grotesken Situation. In Moskau, wie auch in den meisten anderen Hauptstädten, entsprach es allgemeiner diplomatischer Übung, daß im offiziellen Schriftverkehr zwischen der Regierung und den auswärtigen Vertretungen jede Seite die eigene Sprache gebrauchte. In Kiew hatte es sich dagegen schon unter meinen beiden Vorgängern eingebürgert, daß auch die Schreiben des Konsulats an die Vertretung des Außenkommissariats russisch abgefaßt wurden. Das war eine vernünftige Regelung, weil fast alle unsere Mitarbeiter Russisch in Wort und Schrift ganz gut beherrschten, während von unseren sowjetischen Partnern — abgesehen von dem letzten Bevollmächtigten Petrowski — kaum einer ausreichend deutsch sprach oder las. Zu unserem Erstaunen erhielten wir im Jahre 1934 eines Tages eine Note des Agenten, unser Schriftverkehr könnte auf Verlangen der Ukrainischen Regierung künftig nur noch in der Landessprache geführt werden. Darauf erklärte ich Herrn Schenschew, vielleicht war es auch schon sein Nachfolger Bredenko, daß es mir zweifelhaft erscheine, ob diese Forderung berechtigt sei. Mein Exequatur, d. h. die Zustimmung zur Ausübung meiner Tätigkeit, sei nicht von der Ukrainischen Regierung, sondern vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau erteilt worden, wie ja auch er, der Agent, dem Konsulat gegenüber nicht als Vertreter der Ukrainischen Unionsregierung, sondern der Allunionsregierung auftrete. Doch diese Frage sollte die Deutsche Botschaft mit dem Außenkommissariat klären.

Wenn wir jetzt ukrainisch abgefaßte Noten erhielten, müßten wir natürlich in Deutsch schreiben. Mein sowjetischer Gesprächspartner war von dieser Aussicht zwar etwas betroffen, hatte aber keine Gegenargumente. Zunächst wurde

auch so verfahren. Für das Konsulat war die neue Regelung eher eine Erleichterung; denn wir verfügten über zwei Mitarbeiter, die im Ukrainischen in Wort und Schrift perfekt waren. Die eingehenden Schreiben mußten ohnehin ins Deutsche übersetzt werden — ob nun aus dem Russischen oder Ukrainischen, spielte keine so große Rolle. Für die Dienststelle des Agenten lagen die Dinge anders. Da mußte erst jemand gesucht werden, der aus dem Deutschen einwandfrei in die beiden slawischen Sprachen übersetzen konnte. Das gleiche Problem bestand gegenüber den konsularischen Vertretungen Polens und Italiens. Nur wegen des Selbstgefühls der ukrainischen kommunistischen Regierung, noch dazu in einer praktisch bedeutungslosen und für die breitere Bevölkerung uninteressanten Angelegenheit, schien dieser Aufwand Moskau denn doch zu groß. Jedenfalls erhielten wir nach kurzer Zeit ein russisches Schreiben des Agenten des Außenkommissariats mit der Mitteilung, daß man es mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten für die an den Schriftverkehr in russischer Sprache gewohnten Konsulate bei der bisherigen Methode belassen wolle. Diese Formulierung war schon kühne Dialektik! Es blieb also alles beim Alten und zu meiner Zeit ist diese Frage nicht wieder aufgetaucht.

Die Einstellung der Ukrainer gegenüber Deutschland

In den Jahren 1933 bis 1935 war im Kiewer Amtsbereich zu unterscheiden zwischen der offiziellen Einstellung der im Sowjetregime verankerten ukrainischen Führungsschicht zum Hitler-Reich und den Gefühlen der breiten Masse der Bevölkerung. Spitzenpolitiker der Sowjetunion haben als wesentliche Ursache für die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft die „zweideutige“ Haltung des Reiches zur Ukraine herausgestellt. Der Vorwurf der „Zweideutigkeit“ war berechtigt: In seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 hatte Hitler das nationalsozialistische Programm für die Politik gegenüber der Sowjetunion mit folgenden Worten umschrieben:

„Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in der wir Einmischungen von außen niemals dulden werden.“

In der Sowjetunion wurde diese Erklärung, die durch die kaum erhoffte Zustimmung Hitlers zur Prolongierung von im März und April fälligen größeren Wechseln anscheinend bestätigt wurde, nicht ungünstig, wenn auch mit Skepsis aufgenommen. Verständlicherweise, denn Hitler hatte ja in seinem Buch „Mein Kampf“ folgende Sätze über die Grundlinien der nationalsozialistischen Außenpolitik geschrieben (1925):

„Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Han-

delspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“

In „Mein Kampf“ war zwar die Ukraine nicht ausdrücklich genannt, zahlreiche Äußerungen Hitlers und seines Parteiideologen Alfred Rosenberg ließen aber keinen Zweifel, daß er dabei vornehmlich an dieses Land dachte. So sah man das auch in der ganzen Welt und vor allem in der Sowjetunion. In Moskau wurde erwartet, daß sich Hitler nach Übernahme der Regierungsverantwortung von seinen vor acht Jahren veröffentlichten Gedankengängen durch eine entsprechende Erklärung distanzieren würde. Dafür setzte sich auch Botschafter von Dirksen in seiner — durch Privatbriefe an leitende Persönlichkeiten ergänzten — offiziellen Berichterstattung an das Auswärtige Amt mit großem Nachdruck ein. Bis hinauf zu Außenminister von Neurath und Staatssekretär von Bülow fand er weitgehend Verständnis. Hitler lehnte eine solche Erklärung aber ab. Im historischen Rückblick gibt es für seine Weigerung keinen überzeugenden Grund außenpolitischer Art, widersprach sie vielmehr gerade unter diesem Aspekt den Interessen des Reiches und damit zugleich seines Regimes.

Die Willkürakte der nationalsozialistischen Diktatur von Anfang an, wie die brutale Verfolgung von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, die als politische Gegner Hitlers bekannt, oft auch nur verdächtigt waren, ganz besonders von Juden, ihre Einweisung in Konzentrationslager, hatten in der ganzen Welt Empörung, Unsicherheit und Unruhe ausgelöst. Die seit eh und je wirksamen und in ihrem politischen Einfluß nicht zu unterschätzenden Kräfte im Ausland, die den Deutschen — sei es aus nationalen Gründen oder auch nur rein gefühlsmäßig — ablehnend bis feindlich gegenüberstanden, erhielten starken Auftrieb und versuchten — allerdings ohne Erfolg — ihre Regierungen zu „Präventivmaßnahmen“ zu veranlassen.

In jedem Falle bedeutete diese Reaktion für das Reich bei der ohnehin noch sehr labilen inneren und äußeren Lage eine nicht ungefährliche Schwächung seiner internationalen Position. Hitler hätte also guten Grund gehabt, einer solchen Entwicklung außenpolitisch entgegenzuwirken. Ein offizielles Abrücken von der in „Mein Kampf“ formulierten „Bodenpolitik der Zukunft“, wie dies Moskau erwartete, wäre dabei auch nach Meinung der berufenen außenpolitischen Berater des neuen Regierungschefs wahrscheinlich hilfreich gewesen. Im Grunde hätte Hitler der Sowjetunion nicht mehr an Sicherheit versprochen, als er es schon in der Regierungserklärung am 23. März 1933 mit der Bekundung des Willens, „freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen“, getan hat. Folgerichtig schließen freundschaftliche Beziehungen einen Angriff zum Zwecke der Eroberung aus, für wie theoretisch Hitler eine solche Logik auch gehalten haben mag. Immerhin hätte eine deutsche Erklärung im Sinne der Moskauer Wünsche dazu beitragen können, die nicht nur in Moskau vorhandenen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Regierungserklärung vom 23. März 1933 zu mildern.

Hierbei sei bemerkt, daß auch der Kreml unter der Ägide Stalins nicht nur offizielle Verlautbarungen, sondern auch völkerrechtliche Verträge unter dem Aspekt eines auf die Machtausdehnung der Sowjetunion und die Alleinherrschaft ihres Diktators bezogenen „Utilitarismus“ betrachtete. Hitler und Stalin dürfen sich in dieser Beziehung *gegenseitig* keine Illusionen gemacht haben.

Indessen wäre auch schon durch den Anschein einer Entspannung im deutsch-sowjetischen Verhältnis die internationale Position des Reiches gestärkt worden. Andererseits hätte der Kreml eine Distanzierung Hitlers von den zitierten Sätzen in „Mein Kampf“ als Erfolg Stalins im Sinne des niemals befriedigten Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion propagandistisch ausschlichten können. Sie wäre also für *beide* Seiten „nutzbringend“ gewesen.

Warum verweigerte Hitler dann die Erklärung? Außenpolitische Gründe können es kaum gewesen sein. Daß den Diktator etwa moralische Skrupel daran gehindert haben, seinen in der Regierungserklärung gegenüber Moskau bekundeten Friedenswillen noch einmal zu bekräftigen, obwohl er vielleicht schon entschlossen war, die Sowjetunion früher oder später anzugreifen, kann bei seiner Mentalität nicht unterstellt werden. In den 12 Jahren seiner Herrschaft hat er niemals Hemmungen gehabt, zwischenstaatliche oder internationale Abmachungen zu annullieren, wenn ihm das nützlich und nicht allzu riskant erschien. Der Schlüssel für sein Verhalten liegt vielmehr darin, daß es für ihn einfach undenkbar war, aus dem Text seines Buches, das mit großem Propagandaaufwand zur „Bibel des Nationalsozialismus“ hochgespielt wurde, etwas in Frage zu stellen — und das auch noch offiziell. In der Vorstellung der Sowjets blieb somit die Ukraine ein — wenn auch zeitlich nicht festgelegtes — Aggressionsziel Hitlers.

Rückwirkungen eines solchen Mißtrauens, das trotz gelegentlicher propagandistischer Überbetonung nicht nur vorgetäuscht war, konnten auf den ukrainischen Amtsbezirk einer deutschen Vertretung nicht ausbleiben. Wir spürten sie in der schon geschilderten Absperrung des Konsulats von seiner sowjetischen Umwelt durch eine noch schärfere Überwachung unseres eigenen Personals und aller derjenigen, die Kontakt zu uns suchten. Ihre feindliche Einstellung zu dem Deutschland Hitlers machten Partei und Regierung etwa seit Mitte April 1933 auch in einer heftigen Pressekampagne deutlich. Zumeist übernahmen die regionalen Zeitungen ganz oder teilweise Artikel und Korrespondenzen, die in Moskau oder — jedenfalls bis zu der in der zweiten Hälfte 1934 erfolgten Verlegung der ukrainischen Hauptstadt nach Kiew — in Charkow redigiert waren.

In den politischen Zentralen der Ukraine wurde dazu noch ein besonderer Akzent auf die erhöhte Gefahr für das eigene Land gesetzt. Höhepunkte erreichte die Kampagne während des Reichstagsbrandprozesses in Berlin 27. 2. 1933, im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 30. Juni 1934, der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß und dem Attentat auf den jugoslawischen König Alexander I. in Marseille. Deutschland wurde nicht nur als der größte Feind der Sowjetunion, sondern überhaupt als die größte Gefahr für den Weltfrieden hingestellt.

Der sowjetische Pressefeldzug, der nach einigen Zwischenphasen unterschiedlicher Intensität erst Ende 1934 zeitweilig etwas maßvoller geführt wurde, weil nach der Ermordung Kirows innenpolitische Probleme stärker in den Vordergrund traten, begann nicht von ungefähr. In den ersten Monaten der Hitler-Diktatur war die Majorität der Kremlführung noch daran interessiert, an dem Vor-Hitler-Kurs der Beziehungen zu Deutschland festzuhalten; diese waren zwar nicht mehr besonders freundschaftlich, aber doch noch kooperativ und im ganzen „normal“.

Die innenpolitischen Vorgänge im Reich, wie z. B. die Verfolgung der Kommunisten und Juden, wären an sich für Stalin kein Hindernis für eine Fortsetzung des außenpolitischen Kurses gewesen. Das hat er 1939 bei seinem Pakt mit Hitler gezeigt. Deshalb blieben scharfe Reaktionen fürs erste auch dann noch aus, als nach dem 30. Januar 1933 von der in ihrem Siegestaumel außer Rand und Band geratenen SA eine größere Anzahl von Sowjetbürgern wegen ihres jüdischen Aussehens belästigt, in verschiedenen Fällen auch mißhandelt und festgenommen wurde. In der Mehrzahl waren es Mitarbeiter amtlicher Vertretungen oder Organisationen ihres Landes in Deutschland. Wenn die Betroffenen auf ihre völkerrechtliche Sonderstellung hinwiesen, machte dies auf die SA-„Revolutionäre“ oft nicht den geringsten Eindruck, eher reizte es sie auch noch zu Beschimpfungen des Sowjetstaates. Das Auswärtige Amt hatte alle Hände voll zu tun, um den am laufenden Bande übersandten Protestnoten der Sowjetbotschaft nachzugehen und zu erreichen, daß den Übergriffen allmählich einigermaßen Einhalt geboten wurde.

Bemühungen um Entgiftung des politischen Klimas

Noch bis in den April hinein hielt man in Moskau Vorgänge der im letzten Abschnitt geschilderten Art für Übergangserscheinungen, die — wie erwähnt — kein Grund für eine nachhaltige Erschütterung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zu sein brauchten. Erst als klar wurde, daß Hitler nicht bereit war, in einer Ergänzung zu seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 auch von dem zitierten Passus in „Mein Kampf“ abzurücken, d. h. den Anspruch auf „Lebensraum“ im Osten aufzugeben, holte der Kreml in Presse und Propaganda zum Gegenschlag aus, der die deutschen Aktionen an Massivität und Hemmungslosigkeit noch übertraf.

In Kiew wurden wir insofern unmittelbar davon betroffen, als das Konsulat gegen ~~allzu~~ starke Auswüchse protestieren mußte. So entsinne ich mich eines grossen Propagandaplakates, das an der Vorderfront des sowjetischen Amtsgebäudes gegenüber dem Konsulat angebracht wurde, in dem Hitler und Göring als Mörder mit blutigen Metzgerschürzen dargestellt waren. Plakate ähnlicher Art sah man an Häusern anderer Sowjetbehörden. Bei offiziellen Umzügen anlässlich von Staatsfeiertagen wurden Transparente mitgeführt, in denen Hitler nicht nur lächerlich und verächtlich gemacht, sondern auch nach Vorbildern gezeigt wurde, wie sie etwa der berüchtigte „Stürmer“ des Judenhetzers Julius Streicher lieferte.

Da zwischen Berlin und Moskau offizielle diplomatische Beziehungen bestanden, konnten — ungeachtet noch so abstoßender Vorgänge im Reich — ge-

zielte Provokationen dieser Art, die sich gegen das Staatsoberhaupt und den Regierungschef richteten, schon „protokollarisch“ nicht hingenommen werden. Das sahen schließlich auch die Kiewer Regierungsstellen ein. Auf Drängen des Agenten veranlaßten sie die Entfernung der Plakate, wozu in unserer Straße sogar ein Wagen der Feuerwehr aufgeboden werden mußte.

An dieser Stelle soll noch einmal betont werden, daß trotz der deutsch-sowjetischen Spannungen und in einer politisch allgemein vergifteten Atmosphäre der dienstliche Verkehr zwischen dem Konsulat und der Vertretung des Außenkommissariats sachlich und in der Form immer korrekt geblieben ist, so schwierig er oft auch war. Auf rein menschlicher Basis bestand zu einigen unserer sowjetischen Verhandlungspartner sogar ein freundliches Verhältnis. Mit anderen Sowjetstellen hatten wir — wie gesagt — *seltener direkt zu tun*. War dies aber der Fall, so ist es trotz häufiger Meinungsverschiedenheiten, die befriedigende Lösungen erschwerten, auch hier nie zu verletzenden Schärfen gekommen. Die engeren politischen Beziehungen seit Rapallo (1922) hatten tiefere Wurzeln geschlagen, als es die Propaganda der beiden Regime wahrhaben wollte. Wie in Deutschland, so gab es auch in den führenden Kreisen der Sowjetunion beachtliche Kräfte, die der Vergangenheit nachtrauerten sowie hofften — und dies unter starkem persönlichen Risiko auch erkennen ließen —, daß sich das Blatt wieder wenden würde.

Ein charakteristisches Beispiel auf deutscher Seite ist der Fall des Botschafters Nadolny, der Nachfolger Dirksens nach dessen Abberufung Ende 1933 geworden war. Nadolny wies Hitler nachdrücklich auf den internationalen Schaden hin, der Deutschland aus einer Feindschaft mit der Sowjetunion erwachsen müsse. Die Folge war, daß er zurücktreten mußte. Später wurde ihm unter Androhung der ‚Einweisung‘ in ein Konzentrationslager verboten, seine von der offiziellen Politik abweichende Meinung laut werden zu lassen.

Auch in den führenden Schichten in der Sowjetunion waren noch Jahre hindurch Männer zu finden, die — unbeschadet ihrer Treue zur Kommunistischen Partei — eine Rückkehr zur Rapallo-Linie wünschten.

Das galt speziell für eine Reihe von Mitarbeitern des Außenkommissariats, an dessen Spitze anstelle von Tschitscherin sein bisheriger Erster Stellvertreter Litwinow getreten war. Ursprünglich gehörte auch er zu den Anhängern der Rapallo-Politik. Alledings hatte er schon seit 1932 die Weichen auf einen Verständigungskurs mit dem europäischen Westen, insbesondere mit Frankreich und den USA gestellt. Nach dem nationalsozialistischen Umsturz verfolgte er ihn mit größerer Entschiedenheit und fand dabei auch die — allerdings nicht immer eindeutige — Zustimmung des mißtrauischen Stalin. Daß bei Litwinow als Juden, der von der Goebbels-Propaganda persönlich in unflätiger Weise verunglimpft wurde, auch subjektive Momente eine Rolle gespielt haben, kann unterstellt werden. Er selbst wies allerdings jeden Gedanken an eine solche gefühlsmäßige Assoziation immer wieder zurück.

Von leitenden Funktionären seiner Behörde, die einer antideutschen West-

orientierung der sowjetischen Außenpolitik kritisch gegenüberstanden, trennte er sich. Auch sein Stellvertreter Krestinsky, der langjährige Sowjetbotschafter in Berlin, trat für eine Wiederherstellung guter deutsch-sowjetischer Beziehungen ein. Da Krestinsky damals noch einen gewissen Rückhalt in der Partei besaß, konnte ihn Litwinow nicht ohne weiteres loswerden. Dafür verhinderte er aber im letzten Moment den — übrigens *mit* seinem Wissen — unternommenen Versuch seines Stellvertreters, einen Kuraufenthalt in Deutschland zum Anlaß einer Begegnung mit Hitler zu nehmen, um in direkter Aussprache mit dem Diktator die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Berlin und Moskau zu erörtern. Obwohl sich Hitler schließlich bereit erklärt hatte, Krestinsky zu empfangen, wurde auf Betreiben Litwinows dieser Besuch wegen „veränderter Reisedispositionen“ überraschend abgesagt. Ganz abgesehen davon, daß die Absicht seines Stellvertreters nicht in das Konzept des Volkskommissars paßte, war Litwinow ohnehin davon überzeugt, daß von der geplanten Besprechung ein für die Sowjetunion positives Ergebnis nicht zu erwarten sei.

Persönlich begegnete ich ernster Sorge um die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und der Sowjetunion auch bei dem Bevollmächtigten des Außenkommissariats bei der Ukrainischen Regierung, Herrn Bratman-Brodowsky. Mit ihm hatte ich während seiner Dienstzeit als Botschaftsrat der Sowjetbotschaft in Berlin häufig zu tun, wobei es immer sachlich zugeht.

Nach Antritt meines Kiewer Postens war ich im Mai 1933 nach Charkow zu einem Besuch unseres Generalkonsuls Dr. Walter gefahren und dort auch zu einer Unterhaltung mit Bratman-Brodowsky zusammengetroffen. Er meinte, so wie in den letzten Monaten könne es doch nicht weitergehen. Die beiden Länder müßten wieder den Weg zu einer Verständigung finden. Seiner Regierung gegenüber habe er schon immer den Standpunkt vertreten, daß hinter Hitler und seiner Partei eine Volksbewegung stehe, die man — wie es in Moskau versucht werde — nicht einfach wegdiskutieren könne. Um so wichtiger sei es, sich der gemeinsamen Interessen möglichst schnell wieder bewußt zu werden. Er sei kein Heuchler und wolle daher nicht verschweigen, daß er froh gewesen wäre, wenn sich bei den revolutionären innerdeutschen Auseinandersetzungen der letzten Zeit die Kommunisten als die erfolgreichereren erwiesen hätten. Es habe sich aber gezeigt, daß dafür die Situation noch nicht reif sei. Moskau müsse und werde daraus reale Konsequenzen ziehen und das seinige tun, um gute Beziehungen auch zu dem nationalsozialistisch regierten Deutschland zu ermöglichen. Dazu gehöre aber auch der gute Wille Berlins, von dem die Initiative zu der Verschlechterung ausgegangen sei. Als positiv bewerte er in diesem Sinne, daß bisher alle als Befürworter einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit bekannten Mitglieder der deutschen Vertretungen in der Sowjetunion auf ihren Posten belassen worden seien. Auch die Tatsache, daß ich als „alter Rantzau-Mann“ jetzt neu nach Kiew entsandt wurde, bestärke ihn in dieser Meinung. Nicht lange nach unserer Begegnung ist Bratman-Brodowsky aus Charkow abberufen worden: ich habe nie wieder etwas von ihm gehört.

Ein ungewöhnlicher Abend im Konsulat

Auch noch Jahre später konnte man in der Ukraine bei überzeugten Kommunisten mit viel Zivilcourage ähnlichen Auffassungen begegnen. Im Frühjahr 1935 besuchte uns in Kiew der an der Moskauer Botschaft tätige Legationsrat Hilger mit Frau und Tochter. Bei dem Neubeginn der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach dem 1. Weltkrieg gehörte er zu den Männern der ersten Stunde, die sich Verdienste um die Annäherung zwischen Berlin und Moskau erworben haben. Ihr Einsatz führte über Rapallo für mehr als zehn Jahre zu einer nützlichen, wenn auch oft schwierigen Zusammenarbeit.

Hilgers Name war in führenden Sowjetkreisen gut bekannt. Daraus erklärt sich auch, daß trotz der starken Spannungen zwischen den Regierungen prominente Persönlichkeiten in Kiew meiner Einladung zu einer Begegnung mit ihm gefolgt waren. Es wurde ein recht bemerkenswerter Abend, den Hilger in Einzelheiten genauer in der Erinnerung behalten hatte als ich selbst. Es erscheint mir daher am besten, wenn ich zitiere, was er darüber in seinen im Jahre 1956 unter dem Titel „Wir und der Kreml“ erschienenen Memoiren festgehalten hat.

Nach der Erwähnung von Äußerungen sowjetischer Spitzenpolitiker, wie Kaganowitsch und Molotow, die bei offiziellen innersowjetischen Veranstaltungen konstatiert hatten, daß der Sowjetunion immer an guten Beziehungen zu Deutschland gelegen sei und ihre Führung deshalb bedauerte, daß sich das Verhältnis durch die Politik Hitlers so verschlechtert hätte, heißt es bei Hilger:

„Ähnliche Empfindungen herrschten auch in mittleren Partei- und Regierungskreisen. Ein bedeutsamer Beweis hierfür bot sich mir im April 1935 in Kiew, als der dortige Deutsche Konsul Andor Hencke anlässlich meiner Anwesenheit einen Empfang gab, zu dem eine Reihe von örtlichen höheren Funktionären geladen war. Unter ihnen befanden sich: der Gehilfe des Bevollmächtigten des Außenkommissariats Bredenko, der Vorsitzende des Kiewer Gebietsexekutivkomitees Wassilenko, der Volkskommissar für den Außenhandel der Ukraine Kattel, der Präsident der Ukrainischen Staatsbank Pewsner, der Ständige Sekretär der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften Palladin und der Stellvertretende Ukrainische Landwirtschaftskommissar Hruschewsky. In einer Unterredung, die ich bei dieser Gelegenheit mit den sowjetischen Gästen hatte und an der sich Wassilenko und Pewsner führend beteiligten, bezeichneten diese den gegenwärtigen Zustand der deutsch-sowjetischen Beziehungen als völlig unnatürlich. Die Sowjetunion führe nichts Böses gegen Deutschland im Schilde, versicherten beide und fügten hinzu, daß Deutschland die höchste Achtung in der Sowjetunion genieße. Sogar die breiten Volksmassen interessierten sich lebhaft für die Beziehungen zu Deutschland. So seien kürzlich Arbeiter zu ihm, Wassilenko, gekommen und hätten gesagt, ihnen sei die politische Linie der Sowjetregierung gegenüber Deutschland unverständlich. Deutschland versuche doch, sich von seinen Bedrückern frei zu machen und die Fesseln des Versailler Vertrages abzuschütteln. Statt Deutschland dabei zu unterstützen, paktiere die Sowjetregierung mit Staaten, die Deutschland bedrückten. Die Politik Litwinows finde beim Volk kein Verständnis, daher würde die

Entwicklung zwangsläufig über Litwinow hinweggehen. Es sei absurd, daß die Sowjetunion sich mit einem „degenerierten“ Staat wie Frankreich verbünde. Nur mit Deutschland zusammen könne der Friede gesichert werden. Rassegegensätze spielen dabei keine Rolle (dieser Satz fiel, obwohl Pewsner Jude war). England habe in der Person Edens einen „grünen Jungen“ in die Sowjetunion geschickt. Der Sowjetregierung imponierten aber nur Leute wie Schacht. Dieser habe begriffen, worauf es ankomme, und das Kreditabkommen, das Schacht mit der Sowjetunion abgeschlossen habe, werde für beide Teile von Nutzen sein.“

Im Laufe der Nacht lockerte sich die Stimmung immer mehr, wozu wohl auch die reichliche Bewirtung mit deutschem Wein und bayerischem Bier beigetragen hat. Das gehörte aber nun einmal zu einer solchen deutsch-sowjetischen Atmosphäre, wie man sie sich im Jahre 1935 nur schwer vorstellen konnte. Der Alkohol wirkte sich auch auf das Temperament Wassilenkos aus, eines urwüchsigen Ukrainers von mächtiger Statur, der weitere Worte sprach, die Hilger nicht aufgezeichnet, wahrscheinlich auch nicht mitangehört hat. Mir sind sie unvergeßlich geblieben, und ich kann sie noch ziemlich genau anführen:

„Das sage ich Ihnen, Herr Konsul, die Deutschen und wir werden noch einmal gemeinsam Bomben über Warschau abwerfen.“

Instinktsicher hatte Wassilenko erkannt, auf wie schwachen Füßen der erst vor einem Jahr (26. 1. 34) abgeschlossene deutsch-polnische Nichtangriffspakt stand, der seinerzeit die Kremelführung stark beunruhigt hatte. Wassilenko war dagegen von einer naturgegebenen gemeinsamen deutsch-sowjetischen Interessenlage überzeugt. Daß Hitler in seiner wahnwitzigen Hybris und Skrupellosigkeit über Polen hinaus auch noch in der Sowjetunion „Lebensraumziele“ in einem vom Zaun gebrochenen Kriege verfolgen würde, konnte er sich indessen ebenso wenig vorstellen wie die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes. „Mein Kampf“ wurde in dieser Beziehung einfach nicht ernst genommen, sicher zu unrecht.

Es wäre nun aber sicher falsch gewesen, diese Äußerungen einzelner hoher Sowjetfunktionäre als vorherrschende Ansicht der damaligen kommunistischen Führungsschicht zu verallgemeinern. Auch nicht aus dem von Mitgliedern der Kremelführung — wie z. B. Molotow und Kaganowitsch — öffentlich geäußerten Bedauern über den Verfall der deutsch-sowjetischen Beziehungen konnte zu jener Zeit schon auf den ernsthaften Wunsch nach einer Wiederannäherung geschlossen werden. *Außenpolitisch* war die Sowjetregierung, besonders Litwinow, mit der vorsichtig-zögernden Haltung der Westmächte in dem von Moskau initiierten Prozeß einer anti-deutschen Verständigung unzufrieden. *Innenpolitisch* lag ihm daran, jenen Teil der Bevölkerung, der ein gutes Verhältnis zu Deutschland wünschte, davon zu überzeugen, daß die Schuld allein bei Hitler läge, wenn dies nicht möglich sei. Offizielle Äußerungen der Sowjetführung galten von jeher auch als eine Art Sprachregelung für den Apparat.

Doch all das, was meine Gäste in vorgerückter Stunde sagten, war harte Kritik an der nationalistischen Patrioten ukrainischer Nationalität an der Moskauer Politik und ein erstaunliches Bekenntnis ihrer deutschfreundlichen Einstellung. Wir waren

damals ernsthaft in Sorge, dem NKWD könnte etwas davon bekannt werden. In jedem Falle hat Wassilenko die Stimmung beachtlicher Teile des ukrainischen Volkes, einschließlich der Arbeiterschaft, richtig geschildert, wenn er von ihrem Unverständnis für das Paktieren der Sowjetregierung mit Staaten sprach, die „Deutschland bedrückten.“ Deutschland besaß noch viel Zuneigung und Vertrauen bei diesen Menschen.

Unrealistische ukrainische Erwartungen von Deutschland

Solche Sympathien für Deutschland waren auch im Konsulat zu spüren; sie wurden nicht zuletzt von den Erwartungen bestimmt, welche viele Ukrainer mit der antisowjetischen Politik des „Dritten Reichs“ verbanden. Besonders während der Hungersnot im Jahre 1933 klammerten sich viele an die Hoffnung, eine deutsche Besetzung könnte ihnen das nackte Leben retten. Derartige Gedanken standen damals zeitbedingt wohl noch mehr im Vordergrund als der nach wie vor lebendige Wunsch nach nationaler Befreiung.

Bereits in anderem Zusammenhang wurde erwähnt, daß wir häufig gefragt wurden: „Wann kommt Hitler?“ und wie bitter die Enttäuschung des ukrainischen Volkes über die ihm widerfahrene Behandlung war, als er 1941 dann wirklich kam. Den Fragenden bemühten wir uns einigermaßen klar zu machen, wie unsinnig ihre Hoffnungen seien und warnten sie vor unvorsichtigen Äußerungen. Schließlich konnten wir ja auch Provokationen nicht ausschließen.

Nach 1933 wurde jedoch zunehmend erkannt, daß Wunschträume dieser Art unreal waren. Man hing ihnen umso weniger nach, je spürbarer die schlimmsten Auswirkungen der Hungerkatastrophe gemildert werden konnten. An dem Gefühl der inneren Verbundenheit zu Deutschland änderte sich aber wenig. Das galt vor allem für die ländliche Bevölkerung, während in den Städten mit ihrem verhältnismäßig großen russischen und jüdischen Bevölkerungsanteil die massive Sowjetpropaganda gegen das Deutschland Hitlers nachhaltiger wirkte. Aber auch hier blieb die deutschfreundliche Einstellung noch lebendig.

Einige rein persönliche Eindrücke, die meine Frau und ich gewannen, waren bis zu einem gewissen Grade charakteristisch. Als im Sommer 1933 unser Umzug von Berlin nach Kiew erfolgte, der wegen einer Scharlacherkrankung unserer Kinder um zwei Monate verschoben werden mußte, halfen beim Ausladen und Auspacken ukrainische Transportarbeiter und Möbelpacker. Wegen der schwierigen Versorgungslage im Kiewer Amtsbezirk hatten wir uns für einen längeren Zeitraum mit Lebensmitteln — Konserven, Mehl, Reis, Zucker, Kaffee, Kartoffeln, Wein u.s.w. — eingedeckt.

Da die leeren Kisten mit den Möbelwagen sofort wieder zurückgehen mußten, war es unvermeidlich, daß die Arbeiter unsere „Schätze“ zu Gesicht bekamen. Das war in dem Monat der allergrößten Not, und wir schämten uns unseres Überflusses. Von den armen und einfachen Ukrainern, für welche die „Herrlichkeiten“

die sie sahen, aus einer anderen Welt kamen, fiel weder ein Wort, noch war eine Miene oder Geste erkennbar, die auf Neid oder Mißgunst schließen ließen. Im Gegenteil, sie gaben ihrem bewundernden Erstaunen Ausdruck, daß man in Deutschland so etwas frei kaufen könne. Was wir besaßen, war für sie kein Beweis für die „Ausbeutung des Proletariats durch die Kapitalisten“, sondern illustrierte nach ihren Worten die Mängel der kommunistischen Wirtschaftsordnung. Wenn es sich hier auch um eine durch die besonderen Zeitumstände beeinflusste Meinung handelte, war sie doch weit verbreitet. Erwähnt sei noch, daß wir auf den guten Rat meines Vorgängers außer Lebensmitteln auch sonst alles für den täglichen Bedarf — von der Stecknadel bis zum Putzmittel — mitgebracht hatten. Mit unseren ukrainischen Helfern hatten wir gute Bekanntschaft geschlossen. Nach Beendigung ihrer Arbeit fragten wir sie, was ihnen für ihre Familien aus unseren Vorräten am willkommensten sei. Würdig und zurückhaltend äußerten sie ihre Wünsche. Unauffällig verpackt, bekamen sie, überlegt aussortiert, die Sachen mit auf den Heimweg. Ihre Vorfreude auf die Überraschung, die sie ihren Frauen und Kindern bereiten konnten, war für uns ein wesentlich wertvolleres Geschenk als die kleinen Gaben, mit denen wir sie bedachten.

Dienstfahrten im Amtsbezirk, auf denen mich neben einem Mitarbeiter hin und wieder auch meine Frau begleitete, dehnten sich manchmal auf mehrere Tage aus. Nach schlechten Erfahrungen mit kriechenden nächtlichen Ruhestörern vermieden wir es, in den Gasthäusern — sie nannten sich kühn „Hotels“ — zu übernachten, zogen es vielmehr vor, an irgend einem günstig gelegenen Platz Zelte aufzuschlagen. War das Wetter schlecht, suchten wir Unterkunft in einer Scheune. Ich entsinne mich zweier Fälle, in denen wir hierzu die Erlaubnis der ukrainischen Besitzer erbat. Die Antwort war eine in der freundlichsten Form gewährte Gastfreundschaft. Da wir unsere Gastgeber in ihren kleinen Häusern mit nur einem einfachen echten Wohnraum trotz ihrer Aufforderung nicht beengen konnten, bereiteten sie uns in den Scheunen auf handgewebten ukrainischen Teppichen ein wunderbares Strohlager, das sie mit reichbestickten Tüchern in herrlichen bunten Farben als Laken bedeckten. In dem Wohnraum bewirteten sie uns mit Tee, Honig, Eiern und Obst, obwohl sie davon selbst nur kleine Reserven für den äußersten Notfall hatten. Sie brachten ein wirkliches Opfer, das wir, wenn wir sie nicht kränken wollten, annehmen mußten. Immer wieder brachten sie ihre Zuneigung zum deutschen Volk zum Ausdruck. Daß sie zugleich harte Kritik an der Kollektivierungspolitik Stalins mit der Vernichtung des ukrainischen Bauernstandes übten und über die Willkür der örtlichen Funktionäre klagten, konnte angesichts des Elends, das über sie gekommen war, nicht Wunder nehmen. Aber sie taten es ohne Gehässigkeit.

Bemerkenswert ist schließlich auch, daß mein Kraftwagen, der — eine Mercedes-Limousine mit dem internationalen Zeichen C.C. (Corps Consulaire) — als das Auto des Deutschen Konsuls auch dann erkennbar war, wenn wir den Dienstwagen nicht zeigten, zwar angestaunt, seine Insassen aber nie behelligt wurden. Das waren an sich kleine Vorgänge im Alltagsleben, die unter normalen Ver-

hältnissen nicht erwähnenswert wären. Bei meiner Frau und mir haben sie aber einen so starken Eindruck hinterlassen, daß sie uns bis heute, nach 40 Jahren, deutlich in Erinnerung geblieben sind.

Privatleben unter politischen Sonderbedingungen

Dienstliche und menschliche Beziehungen herzustellen und zu vertiefen, gehört in jedem Lande zu den wichtigsten Aufgaben der diplomatischen und konsularischen Vertreter. Voraussetzung für ihre Erfüllung ist neben anderem auch die Pflege eines gesellschaftlichen Verkehrs sowohl zu den offiziellen einheimischen Kreisen als auch zu Bekannten und Freunden in möglichst breiten Schichten des Gastlandes. Diese Binsenwahrheit galt in der Sowjetunion während meiner dortigen Dienstzeit jedoch nur mit Einschränkungen. Wie ich höre, ist das auch heute noch der Fall.

Immerhin gab es in Moskau bereits 1922 ein sich stetig vergrößerndes Diplomatisches Korps, dessen Mitglieder sich häufiger als sonst in der Welt in größerem und kleinerem Kreise trafen. Ferner diente auch schon damals die Hauptstadt des großen Sowjetstaates hin und wieder als Ort politischer, wissenschaftlicher, kultureller, gelegentlich auch wirtschaftlicher Veranstaltungen von internationalem Charakter. Diese boten auch außerhalb des diplomatisch-politischen Rahmens Möglichkeiten zu Kontakten mit interessanten Ausländern sowie mit sowjetischen Persönlichkeiten, die nicht zu dem diplomatischen Vertretern sonst zugänglichen Kreise gehörten.

In Kiew war das schon wegen der gewaltigen Prädominanz des Sitzes des Kreml gegenüber der Hauptstadt der ukrainischen Unionsrepublik in ungleich geringerem Maße der Fall. Außer Deutschland unterhielten ja nur noch Polen und Italien Konsulate. Der gesellschaftliche Verkehr mit amtlichen sowjetischen Kreisen beschränkte sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf die Vertretung (Agentur) des Moskauer Außenkommissariats. Mit privaten Sowjetbürgern gab es ihn überhaupt nicht. An internationale Veranstaltungen in Kiew, zu denen die Konsuln eingeladen wurden, kann ich mich für die Jahre 1933—1935 nicht erinnern. Deshalb war unser Leben aber keineswegs ungesellig.

Sicher, der routinemäßige oder durch besondere Anlässe bewirkte Austausch von Einladungen zwischen uns und den Vertretern des Außenkommissariats sowie mit den italienischen und polnischen Kollegen dürfte im Jahre das Dutzend nur wenig überschritten haben. Dafür kamen aber die Mitglieder des Konsulats oft in unser Haus oder wir waren Gäste in ihren Wohnungen. Bei allen unseren Konsulaten in der Sowjetunion war wohl der private gesellschaftliche Verkehr zwischen den Chefs und ihren Mitarbeitern der verschiedenen Dienststränge viel reger als ich das bei meinen anderen Auslandsverwendungen erleben habe. Das erklärt sich daraus, daß dort die Behördenleiter durch unumgängliche repräsentative Verpflichtungen meist stark in Anspruch genommen waren, ihre Mitarbeiter aber die Möglichkeit hatten, sich unter den eigenen Landsleuten, den Bürgern des

Gastlandes und anderen Ausländern einen ihnen zusagenden Bekanntenkreis zu schaffen. Schließlich waren auch im privaten Bereich die Mitglieder einer größeren Gemeinschaft weniger aufeinander angewiesen als bei einer Dienststelle, die, wie in Kiew, nur sechs deutsche Mitarbeiter zählte.

Natürlich nahmen wir auch jede Gelegenheit wahr, um die kleine reichsdeutsche Kiewer Kolonie im Konsulat zu versammeln. Es dürften etwa 40 Landsleute gewesen sein, die nicht nur regelmäßig an dem in Deutschland — wie übrigens auch in der Sowjetunion — zum Staatsfeiertag bestimmten 1. Mai und zu Vorweihnachtsfeiern, sondern auch zu Lichtbildervorträgen kamen, die ich in kurzen Abständen über deutsche Landschaften und Städte sowie über historische und kulturgeschichtliche Baudenkmäler und Kunstwerke in der Heimat hielt. Die Lichtbilder waren schon mehrere Jahre vor 1933 unter der Verantwortung des kunstpölitischen Referats für Auslandszwecke zusammengestellt worden und deshalb von etwaigen nationalsozialistischen Tendenzen noch völlig unbeeinflusst. Daß unsere reichsdeutschen Gäste, die es alle materiell sehr schwer hatten, den bei den Veranstaltungen gereichten Imbiß kaum geringer einschätzten als die ihnen gebotene „geistige“ Nahrung, war mehr als verständlich. Jedenfalls versuchten wir, sie mit Essen und Trinken ein wenig zu verwöhnen. Dafür waren sie dankbar und behaupteten, die Zusammenkünfte auf dem Konsulat seien die Höhepunkte ihres jetzt so schwierigen Daseins.

Ihrer sozialen Herkunft nach kam unsere reichsdeutsche Kolonie, so klein sie war, aus den verschiedensten Kreisen. Obwohl die Mehrzahl der Mitglieder schon in vorgeschrittenem Alter stand, waren die meisten noch irgendwie beruflich tätig. Da gab es ehemalige Kriegsgefangene aus dem Ersten Weltkriege, die im Lande geblieben waren und jetzt als Arbeiter oder Angestellte im Dienste der Sowjets standen. Andere waren schon hier geboren. Sie selbst oder ihre Väter besaßen früher kleinere oder mittlere Handwerksbetriebe, die sozialisiert worden waren, in denen sie aber als Fachkräfte weiter beschäftigt wurden. Dann lebten noch zwei ältere Damen in der Stadt, die früher in reichen Kiewer Familien als Gouvernanten gewirkt hatten. Ihre Arbeitgeber waren nach der Oktoberrevolution emigriert; sie selbst mußten jetzt versuchen, sich als private Sprachlehrerinnen durchzuschlagen. Von den führenden Persönlichkeiten der weitaus größeren reichsdeutschen Kolonie unter der Zarenherrschaft und noch einer in der kurzen Periode der ukrainischen Unabhängigkeit (wohlhabende Kaufleute, Ingenieure, Architekten, ferner einige Gutsbesitzer, die einen Teil des Jahres in der Stadt verbrachten), war 1933 niemand mehr zu finden. Sie waren verstorben, in den Revolutionswirren verschollen oder hatten das Land verlassen.

Jetzt standen — ihrem, im Vergleich mit westlichen Verhältnissen mehr als bescheidenen Verdienst nach — der schon genannte Dentist Tannenbergr und eine allgemein geschätzte Hebamme an der Spitze. Im Rahmen der Kolonie übten sie jedoch keine Funktionen aus. Ein organisatorischer Zusammenschluß, etwa auf Vereinsbasis, hätte für das kleine, verarmte Häuflein ohnehin keinen Sinn gehabt und wurde von ihm nicht gewünscht, weil ein solches Bestreben grundsätzlichen

Schwierigkeiten bei den Sowjetbehörden begegnet wäre, die eine Genehmigung, wenn überhaupt, nur mit kaum erfüllbaren Auflagen erteilt hätten. Unter den gegebenen Verhältnissen wäre ein Vorstand oder Ausschuß der reichsdeutschen Kolonie auch gar nicht in der Lage gewesen, den Mitgliedern bei einer planmäßigen Gestaltung ihres kulturellen und landsmannschaftlichen Lebens oder sonst bei der Vertretung ihrer Interessen zu helfen. Dazu war im Rahmen seiner amtlichen Kompetenzen und privaten Möglichkeiten nur das Konsulat imstande. So konnten unsere Schutzbefohlenen mit ihren Fragen, Wünschen und Beschwerden immer nur individuell zu uns kommen. Daraus entwickelten sich zwischen dem Konsulat und jedem einzelnen Reichsdeutschen engere persönliche Beziehungen. War bei der Kolonie einmal das Bedürfnis vorhanden, des Konsuls, seiner Mitarbeiter oder dessen Familienmitglieder „offiziell“ zu gedenken, etwa aus persönlichen Anlässen, so trat Herr Tannenberg als der darum gebetene Sprecher auf. Im Jahre 1936 siedelte er nach Deutschland über, weil schließlich auch er, der besser Verdienende, mit den Behinderungen nicht fertig werden konnte, die sich ihm als „Einzelunternehmer“ entgegenstellten.

Außer der genannten Zahl von etwa 40 Kiewer Reichsdeutschen, die regelmäßig das Konsulat besuchten, gab es auch solche — es mögen etwa 15 gewesen sein —, die sich nicht zeigten. Einer, ein Lehrer an einer deutschen Sowjetschule, war eingetragenes Mitglied der Kommunistischen Partei und lehnte jede vermeidbare Berührung mit der Reichsvertretung ab. Einigen alten und kranken Menschen fiel der Weg zu uns physisch schwer. Andere lebten bei Verwandten sowjetischer Staatsangehörigkeit, die Unannehmlichkeiten in ihrem Berufsleben befürchteten, falls „gesellschaftliche“ Beziehungen ihrer Hausgenossen zum „Hitler-Konsulat“ bekannt würden.

Ein etwa 50 Jahre alter Gärtner, der im Lande zur Welt gekommen und aufgewachsen war, hatte nach dem Tode seines Vaters von seiner russischen Mutter nur deren Sprache gehört und war deshalb nicht in der Lage, sich in Deutsch verständlich zu machen. Begreiflicherweise bewegte er sich daher nicht gerne im Kreise von Mitgliedern der reichsdeutschen Kolonie. Umso öfter war er aber im Konsulat, wo er sich unseres Gartens annahm. Im Jahre 1936 entschloß auch er sich zur Übersiedlung nach Berlin. Ich arbeitete gerade in der Zentrale und konnte ihm dank des Verständnisses, das ein Stadtrat für einen *nur* russisch sprechenden Reichsdeutschen aufbrachte, eine Stelle in der städtischen Gärtnerei vermitteln. Er hat dort nicht nur gute Arbeit geleistet, sondern auch schnell leidlich Deutsch gelernt. Auch andere hatten sich der Sprache ihrer Urheimat, in der sie zumeist nie gewesen sind, so weit entfremdet, daß sie sich nur mühsam in ihr unterhalten konnten. Glücklicherweise sahen sie darin aber keinen Grund, unseren Veranstaltungen fern zu bleiben.

Die Vorstellungen von dem Deutschland Hitlers, seiner Staatsform und seinem Regime waren bei manchen Kolonienmitgliedern reichlich verschwommen. So realisierten nur wenige, daß zwischen Wesen und äußerer Form der nationalsozialistischen Diktatur zu unterscheiden war.

Aus Anlaß des Todes des Reichspräsidenten von Hindenburg fand im August 1934 im Konsulat eine Trauerfeier statt, zu der sich auch die Reichsdeutschen einfanden. Ich erinnere mich noch an eine ältere Frau, die sehr interessiert das von Blumen und einem Trauerflor umrahmte Bild Hindenburgs in Uniform mit dem Marschallstab betrachtete und mich dann erstaunt fragte: „Ach, das war also unser Regierender?“ Ob sie nun noch den letzten Kaiser, Ebert oder schon Hitler im Kopf hatte, konnte ich nicht ergründen.

Von dem Lehrer abgesehen, hatten alle Kiewer Reichsdeutschen noch gefühlsmäßige Bindungen an Deutschland und wollten deshalb die deutsche Staatsangehörigkeit behalten. Menschlich stärker verwurzelt waren die meisten aber in ihrer östlichen Wahlheimat. An ihr hingen so viele Erinnerungen, gute und böse, hier lebten die Verwandten und Freunde unter den gleichen schwierigen Bedingungen wie sie selbst. Man konnte sich gegenseitig helfen und tat es nach Kräften. Das große deutsche Volk im Westen wurde geachtet und bewundert, wenn auch in seinen Fähigkeiten und Eigenschaften oft überschätzt, aber irgendwie blieb das ferne Reich doch eine Fremde. Das wog schwerer als die radikale Veränderung ihres gesamten Lebens durch die bolschewistische Revolution, schwerer als die Ängste, die sie als ehemalige „Bourgeois“ — dazu wurden mehr oder weniger alle unsere Reichsdeutschen gerechnet —, in den Zeiten des Kriegskommunismus ausgestanden hatten, und es wog auch schwerer als das Gefühl der Unsicherheit, das sie angesichts der periodischen innenpolitischen Säuberungen nie ganz verließ. Im Gegensatz zu den früher wohlhabenden, politisch deshalb allerdings auch gefahrdeuteren Reichsdeutschen hatten sie es aber vorgezogen, in der Sowjeunion zu bleiben. Erst gegen Ende 1935, als die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen eine weitere, kaum noch zu verkraftende Erschwerung der Lebensbedingungen für die Reichsdeutschen mit sich brachte, mußte sich auch eine Anzahl unserer Kiewer Landsleute zur Übersiedlung nach Deutschland entschließen.

Konsularische Betreuung deutscher Spezialisten

Die amtlichen Vertretungen hatten als weitere Aufgabe die Betreuung der sogenannten „Spezialisten“ aus Deutschland, welche die Sowjetregierung seit Ende der zwanziger Jahre nach Anlaufen der Stalinistischen Fünfjahrespläne als Berater für den Aufbau ihrer Industrie verpflichtet hatte. Vorwiegend waren es Techniker mit akademischer Vorbildung und fachlichen Erfahrungen auf Spezialgebieten. Die Sowjetorganisationen konnten im Reich dabei aus einem großen Angebot wählen. Die günstigen finanziellen Bedingungen waren um so verlockender, als sich wegen der großen Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise auch hochqualifizierte Kräfte in Deutschland, selbst bei Einkommensminderungen, ihrer Stellung nicht mehr sicher fühlten.

Von Moskau und Leningrad wußte ich, daß sich dort zeitweise ganze Gruppen von Experten aus verschiedenen deutschen Industriezweigen aufhielten. Nicht selten gab es gegenseitige Enttäuschungen — bei den Verpflichteten, wenn sich ihre

Vorstellungen von Aufgaben, Arbeitsbedingungen und ihren persönlichen Lebensverhältnissen als zu optimistisch erwiesen, bei den sowjetischen Arbeitgebern, wenn die Leistungen der deutschen Spezialisten angeblich hinter ihren Erwartungen zurückblieben.

Aus Kiew kann ich mich nur an zwei deutsche Spezialisten erinnern. Der eine war ein Diplom-Ingenieur aus der Elektrobranche, der über nichts zu klagen hatte und sich daher wenig bei uns sehen ließ. Er war viel auf Reisen, um Betriebe zu besichtigen, und verlegte nach einigen Monaten seine Tätigkeit in einen anderen Teil der Sowjetunion.

Bei dem zweiten handelte es sich um einen Monteur, der über große praktische Erfahrungen mit modernen Maschinen zur Verarbeitung von Zuckerrüben verfügte und auch ohne Diplom einen Vertrag erhalten hatte. In Kiew fühlte er sich sehr einsam. Deshalb besuchte er uns oft und ließ uns an allem teilnehmen, was ihn bewegte. Er hatte die Aufgabe, die Maschinen zu überwachen und sowjetische Arbeiter mit ihnen vertraut zu machen. Insoweit war er durchaus zufrieden. Mit der Betriebsführung, dem wichtigen Dolmetscher und seinen Kollegen verstand er sich zunächst gut. Auch an seiner Unterkunft hatte er wenig auszusetzen. Bittere Klage führte er aber über seine Verpflegung und die Versorgung mit Genussmitteln. Bei den Vertragsverhandlungen wäre ihm fest versprochen worden, daß er Wurstwaren, Zigarren, vor allem aber gutes Bier in ausreichenden Mengen erhalten würde. Leider habe er nicht auf einer schriftlichen Festlegung bestanden. Die Wurst schmecke ihm nicht, außerdem wären die Zuteilungen zu klein. Anstelle von Zigarren bekomme er Zigaretten, die er nicht rauche, am schlimmsten sei für ihn als Bayern aber die schlechte Qualität und ungenügende Quantität des Bieres.

Meinem ergrimmtten Schützling versuchte ich klarzumachen, daß die Sowjets angesichts ihrer eigenen Versorgungsschwierigkeiten jetzt nicht mehr so könnten, wie sie sich das seinerzeit gedacht hatten. Im Vergleich zu ihren Funktionären wäre er sicherlich erheblich besser gestellt. Er sollte deshalb verständnisvolle Geduld aufbringen. Auch hätte er ja die Möglichkeit, sich in den Ausländerläden für Reichsmark vieles von dem zu kaufen, was er sich wünsche.

Mit solchen Erklärungen und Ermahnungen, wie auch durch eine kleine Beihilfe aus unseren privaten Vorräten ließ er sich nur für kurze Zeit beschwichtigen. Schon sehr bald kam er auf die ihm mündlich gemachten Zusagen zurück und bestand starr auf ihrer Einhaltung. Daß seine Ansprüche vertraglich nicht abgesichert waren, wollte ihm nicht einleuchten. Ich mußte befürchten, daß es bei der gereizten Stimmung des Monteurs früher oder später Ärger in seinem Betrieb geben würde. Wegen der allzu egoistischen Einstellung des Mannes wäre das auch für das Konsulat unangenehm gewesen. Deshalb vereinbarte ich durch Vermittlung des Agenten eine Besprechung mit dem Direktor des zuständigen Maschinentrusts, zu der mich der „Kläger“ begleitete.

Der Funktionär war, entgegen meinen Erwartungen, durchaus nicht zugeknöpft, sondern versprach eine Nachprüfung und Begehung der Angelegenheit. Auch mündliche Versprechen müßten erfüllt werden. Besonders zu berücksichtigen:

Über die Quantitäten könne man sich verständigen, und einige Zigarren ließen sich auch beschaffen. Dagegen werde es nicht möglich sein, dem bayerischen Bier- und Wurstgeschmack Rechnung zu tragen.

Unserem Monteur bereitete es sichtliche Genugtuung, daß seine Ansprüche jetzt vom Konsul persönlich bei einer höheren Stelle vorgebracht worden waren, auch wenn er sich dafür wohl eine massivere Form gewünscht hätte. Im Ergebnis wurde seine Versorgung so verbessert, daß er auf weitere Beschwerden verzichtete. Davon unabhängig beantragte er aus familiären Gründen 1934 eine vorzeitige Beendigung seines Vertragsverhältnisses. Die Sowjets stimmten um so bereitwilliger zu, als sich bei ihnen wegen der weiterhin negativen Entwicklung der Beziehungen zu Deutschland ohnehin die Tendenz verstärkte, die reichsdeutschen Spezialisten aus dem Lande zu entfernen. Als Folge einer vom Arbeitgeber bisweilen auch gezielt herbeigeführten Verschlechterung des jeweiligen Betriebsklimas zogen es viele vor, von sich aus auf Einhaltung der Vertragsfristen zu verzichten. Jedenfalls gab es nach 1935 kaum noch Berater aus Deutschland in der Sowjetunion.

Für sich genommen, ist die Schilderung der besonderen Art des Verhältnisses zwischen den Kiewer Reichsdeutschen und dem Konsulat höchstens eine Randbemerkung wert. Der Fall des Monteur-Spezialisten, in dem der Reichsvertreter wegen Bier-, Wurst- und Zigarrenrationen „offiziell“ intervenierte, mag sogar grotesk erscheinen. Es sollte aber gezeigt werden, wie sehr das Bild, das sonst ein deutscher Auslandsreisender von der Bedeutung und dem Eigengewicht reichsdeutscher Kolonien und ihrem vielgestaltigen internen Leben gewann, von der damaligen Realität in Kiew und wohl auch auf anderen Konsularposten in der Sowjetunion abwich.

Unsere Kollegen in der übrigen Welt hatten andererseits Probleme, die wir kaum kannten. Die innenpolitischen Gegensätze in der Heimat spiegelten sich fast immer in den reichsdeutschen Kolonien wider. Das galt auch für die Zeit des Nationalsozialismus. Große Gruppen unserer Landsleute, auch wenn sie keine Emigranten waren, verhehlten nicht ihre Ablehnung des Hitler-Regimes, vor allem seiner Methoden. Dadurch kam es zu Konflikten mit den überall organisierenden und kontrollierenden Auslandsdienststellen der NSDAP. Zu den heiklen Aufgaben der konsularischen Vertreter gehörte es dann, die Gegensätze möglichst zu entschärfen, sowohl im Interesse der einzelnen als auch der nicht allein von der Außenpolitik bestimmten reichsdeutschen Position gegenüber dem Gastland.

Zum Berufsrisiko gehörte es, daß die deutschen Vertreter dabei immer wieder der Kritik und dem „Beschluß“ von allen Seiten ausgesetzt waren. In Kiew war das wegen des Fehlens jeder nationalsozialistischen Aktivität nicht der Fall. Doch mußten wir eben auf ein eigenständiges kulturelles und gesellschaftliches Leben verzichten, wie es sich in den größeren reichsdeutschen Auslandsgemeinschaften mit vermögenden und spendenfreudigen Mitgliedern abzuspielen pflegte. Eine andere Frage ist es, ob unsere Kollegen immer um die vielen repräsentativen Verpflichtungen zu beneiden waren, die ihnen daraus erwachsen. Wie dem aber auch sei, unter dem rein menschlichen Aspekt konnten wir uns, einschließlich

unserer Frauen, keine dankbarere Aufgabe denken, als sie unserem kleinen Kreis im Konsulat gestellt war. Für jedes Kolonienmitglied waren wir die einzige reichsdeutsche Stelle, die ihm noch einen gewissen Rückhalt geben konnte.

Gäste im Konsulat

Menschlich weitgehend isoliert von der sowjetischen Umwelt, lebte das Konsulat gewissermaßen in einem „goldenen Käfig“. Deshalb wußten wir es doppelt zu schätzen, daß das historische Kiew ein Anziehungspunkt für viele Besucher war, die sich bei uns in bunter, kaum unterbrochener Reihenfolge einstellten. Wir hatten nicht nur Kollegen und reichsdeutsche Freunde in der Sowjetunion, sondern auch aus anderen Ländern, nicht zuletzt aus Deutschland selbst, bei uns zu Gast. Nach Anmeldung durch die Zentrale oder die Botschaft suchten uns zu Informationszwecken auch ausländische Diplomaten auf, deren Regierungen in Kiew keine eigene Vertretung unterhielten. Auch für engere Verwandte, z. B. die älteren Schwestern meiner Frau und von mir, konnten wir — sogar längerfristete — Aufenthaltsgenehmigungen erhalten.

Außerdem war es die Regel, daß wir Kollegen und Freunde bei deren Durchreise auf dem Kiewer Bahnhof begrüßten und mit meist willkommenen Erfrischungen versorgten. Im allgemeinen erhielten wir von diesen Passanten eine direkte Mitteilung, manchmal wurden sie auch von Moskau oder Berlin angemeldet, darunter auch solche, die wir nicht kannten. Über Kiew führte die normale Bahnstrecke von Deutschland an das Schwarze Meer und weiter in den Iran.

Hier möchte ich eine kleine Begebenheit erzählen, die für die Betroffenen recht turbulent war, aber auch heiterer Seiten nicht entbehrte: Wir wußten, daß an einem mir nicht mehr genau erinnerlichen Sommertag 1934 unser Gesandter in Teheran, Herr von Blücher, mit seiner Gattin, drei oder vier kleinen Kindern und einer Kinderschwester durch Kiew kommen würde, und waren darauf eingestellt, die Reisegruppe auf dem Bahnhof zu begrüßen und — wie üblich — mit Eis, Kaffee, Limonaden und leichter kalter Nahrung zu versorgen. Leider mußte meine Frau diese angenehme Aufgabe allein übernehmen, da ich überraschend gebeten wurde, dringend zu einem schwerkranken Reichsdeutschen in einen Ort rund 130 km südlich von Kiew zu kommen, um amtlich sein Testament aufzunehmen. Die Familie legte, einschließlich des Kranken, auf meine Anwesenheit großen Wert, um drohenden Erbauseinandersetzungen, vor allem über das in Deutschland befindliche Vermögen, vorzubeugen. Die Angelegenheit sei sehr eilig, da der Arzt nur noch mit einer sehr kurzen Lebensdauer rechne. Nun war mein dienstlicher Vertreter in Urlaub, und der Verwaltungsbeamte sollte mich als Protokollführer mit seinem verhältnismäßig geländegängigen Auto begleiten. Das Konsulat mußte somit für mindestens sieben Stunden unbesetzt bleiben. Bei der Botschaft in Moskau war man auf meine vorsorgliche Rückfrage hin der Meinung, ich müßte in erster Linie dem Sterbenden helfen und dafür eine kurze Vakanz in Kauf nehmen. Daran war eben am Tage der Durchreise der Blücher-Familie

nichts mehr zu ändern. In der Tat bedeutete mein Kommen für den Erblasser eine große Beruhigung. Er starb in der Nacht nach der Testamentsaufnahme.

Während ich auf dem Lande amtierte, erwartete meine Frau den Zug aus Baku mit unseren in Urlaub reisenden „Persern“. Dieser war kaum zum Halten gekommen, als Herr von Blücher eiligst auf den Bahnsteig sprang und sich enttäuscht nach allen Seiten umsah. Als er meine Frau erblickte, sagte er nach kurzer Begrüßung mit erregter Stimme ziemlich wörtlich folgendes: „Wo ist der Vertreter des Außenkommissariats, wo ist der polnische Generalkonsul, und wo ist Ihr Mann? Ich habe doch an alle telegraphiert, daß mir während der Nacht im Abteil alle unsere Pässe und eine Brieftasche mit Geld gestohlen worden sind. Ich brauche von dem Vertreter des Außenkommissariats Passierscheine für die Ausreise nach Polen und die Reisedokumente des polnischen Generalkonsuls für die Fahrt bis Warschau.“

Meine Frau konnte nur antworten, daß keiner von den von ihm erwarteten Herren auf dem Bahnhof und für mich auch kein Telegramm eingetroffen sei. Von seiner Durchreise wußten wir nur aus einer früheren Mitteilung. Sie schlug ihm und den hinzugetretenen Familienmitgliedern vor, sie sollten doch meine Rückkehr am Abend abwarten, bei uns übernachten, sich von mir Ersatzpapiere ausstellen lassen, die dann mit den notwendigen sowjetischen und polnischen Visen versehen werden könnten. Herr von Blücher legte aber auf eine Weiterreise mit dem gleichen Zug großen Wert und bat, nachdem er von meiner dringenden dienstlichen Abwesenheit gehört hatte, daß mein Vertreter sich mit dem Agenten des Außenkommissariats und dem polnischen Generalkonsul in Verbindung setzen möge, um die beiderseitigen Grenzbehörden zu informieren. Meine Frau erklärte darauf, daß sie diese Aufgabe übernehmen müßte, da das Konsulat noch für mehrere Stunden unbesetzt sei. Es werde aber alles in ihren Kräften Liegende geschehen, um zu erreichen, daß von sowjetischer und polnischer Seite sofort die erforderlichen Schritte unternommen würden. Für einen Erfolg könne sie aber nicht garantieren, da der Zug nur vier oder fünf Stunden bis zur Grenze brauche. Herr von Blücher nahm das Angebot dankbar an und verließ mit seiner Familie und dem ihr zugeordneten Reiseproviant sichtlich beruhigt Kiew.

Meine Frau entfaltete in der nächsten Stunde nun eine fieberhafte Tätigkeit. Zunächst suchte sie den Agenten auf, der es als unmöglich bezeichnete, in so kurzer Frist die Ausreisegenehmigung zu beschaffen. Meine Frau schilderte ihm dann aber so bewegt die schwierige Lage, vor allem der Mutter und der Kinder, daß ihr Gesprächspartner nicht unbeeindruckt blieb, und versprach, sofort mit Moskau zu telefonieren und das „Unmögliche“ zu versuchen. Allerdings glaube er nicht, daß ihm das noch für heute gelingen werde.

Beim Polnischen Generalkonsul war es weniger kompliziert. Er sagte zu, sofort mit seiner Grenzbehörde zu telefonieren und die notwendigen Instruktionen zu erteilen, die er sich dann nachträglich von seinem Außenministerium bestätigen lassen würde. Weder er noch der Agent hatten das einem Bahnbeamten auf einer

Provinzstation zur Beförderung übergebene Telegramm Blüchers erhalten — daher dessen Erregung.

In der Tat ist die Blücher-Familie an beiden Grenzen erwartet und ohne Schwierigkeiten durchgelassen worden. Ich bin davon überzeugt, daß kein Beamter des Konsulats, einschließlich meiner Person, diese Aktion so schnell hätte durchführen können, wie es meiner Frau mit ihren in weiblicher Unbefangenheit vorgebrachten emotionalen Argumenten, speziell bei dem Russen, gelang. Nur wer — ganz abgesehen vom Sowjetbürokratismus — das amtlich verordnete Mißtrauen im allgemeinen, gegen Ausländer im besonderen und unter diesen vor allem gegen privilegierte Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Dienste — zumal der deutschen während der Hitler-Zeit — kannte, vermochte zu ermessen, welches Glück Herr von Blücher und seine Familie in diesem Falle gehabt haben. Aus Warschau erhielt meine Frau ein Telegramm Blüchers, er werde sie wegen ihres Erfolges in Kiew zur „Ernennung zum Legationssekretär“ vorschlagen. Frau von Blücher ließ es aber nicht bei dieser scherzhaften Anerkennung, sondern schenkte ihr zur Erinnerung eine geschmackvolle antike persische Brosche.

Daß der Diebstahl überhaupt passieren konnte, war wohl auch etwas Herrn von Blüchers Mitschuld. Eine ihm von erfahrener Seite erteilte Warnung, die Fenster des Schlafabteils während der Nacht trotz der Hitze geschlossen zu halten, nahm er nicht ganz ernst. Jedenfalls ließ er eine Öffnung, die groß genug war, um es einem „Besprisorny“ zu ermöglichen, mit einer schmalen langen Greifzange aus dem Schlafabteil Herrn von Blüchers durch das Waggondach aus seiner an der Wand des Abteils hängenden Jacke die Brieftasche und Pässe herauszuangeln.

Diese „Besprisornyje“ waren obdachlose Kinder, die seit der Oktoberrevolution bis in die Mitte der dreißiger Jahre hinein in organisierten Banden zu Diebstählen, Raub und Erpressung angeleitet wurden und in vielen Fällen auch nicht vor Mord zurückschreckten. Die Sowjetmacht hatte es lange sehr schwer, gegen das Millionenheer dieser kriminellen Jugendlichen aufzukommen.

Doch zurück zu unseren Hausgästen: Für uns, die wir in der Ukraine damals nur sehr am Rande des internationalen Lebens standen, bedeuteten viele von ihnen die Verbindung mit der „großen Welt.“ Durch Meinungs- und Erfahrungsaustausch wurde unser eigenes politisches Bild ergänzt; außerdem gewannen wir wichtige Anregungen für unsere Arbeit. Auch konnte uns die Anwesenheit von deutschen Diplomaten in höheren Rangstufen und von interessanten Persönlichkeiten aus anderen Kreisen die erwünschte Gelegenheit bieten, sowjetische Menschen in unser Haus zu ziehen, die für das Konsulat sonst unerreichbar blieben.

Über den Abend, an dem es im Jahre 1934 gelang, politische, wirtschaftliche und kulturelle Prominenz mit dem Legationsrat Gustav Hilger zusammenzubringen, wurde schon berichtet. In ähnlicher Atmosphäre, wenn auch weniger temperamentvoll, verlief ein Empfang, den wir für unsere alten Freunde, den Moskauer Botsch.-Rat Dr. Fritz von Twardowski und seine Familie, gaben. Hierzu kamen nicht nur die Mitglieder der Vertretung des Außenkommissariats, sondern auch leitende örtliche Funktionäre. Im normalen diplomatischen und konsularischen

Leben war das nicht der Erwähnung wert; in Kiew bedeutete es damals ein besonderes Entgegenkommen und war entsprechend zu würdigen. Übrigens wurde eine ähnliche Praxis auch gegenüber den sowjetischen Vertretungen in Deutschland geübt.

Für die ganze Situation war es bezeichnend, daß unser gutwilliger Agent Ärger mit seinen Moskauer Vorgesetzten bekam, weil er aus Anlaß der Anwesenheit unseres Marineattachés, Kapitän zur See von Baumbach, zwar im Einvernehmen mit dem Kiewer NKWD, aber ohne ausdrückliche Zustimmung des Außenkommissariats eine Einladung von mir an Offiziere der Dnjepr-Flottille vermittelt hatte. Nebenbei bemerkt waren die Seeoffiziere von den zuständigen sowjetischen Instanzen selbst benannt worden.

Bei einem späteren Besuch des deutschen Militärattachés in Warschau, einem Generalleutnant, kam dann auch eine entsprechende Begegnung nicht mehr zustande.

Anders war es dann wieder, als uns einer der führenden deutschen Osthistoriker, vor 1933 auch konservativer Politiker, Professor Dr. Otto Hoetzsch, besuchte. Von ihm war bekannt, daß ihm die NSDAP wegen seines Eintretens für bessere deutsch-sowjetische Beziehungen mit Mißtrauen begegnete. Vielleicht nahmen deshalb an einem zu seinen Ehren im Konsulat gegebenen Essen nicht nur namhafte Kiewer Fachkollegen, sondern auch der Präsident der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, der durch seine Forschungen weltberühmt gewordene Gerontologe, Professor Bogomoletz, daran teil.

Die meisten unserer Gäste erhielten indessen keine Gelegenheit, mit Funktionären und Bürgern der Sowjetunion auf privater Ebene zusammenzukommen. Sie erwarteten es auch gar nicht, sondern begnügten sich freundlich mit unserer Gesellschaft. Nahezu alle, ob wir sie nun näher kannten oder nicht, wohnten bei uns im Hause. Abgesehen von Moskau und Leningrad, war das auch bei den anderen Reichsvertretungen in der Sowjetunion üblich.

In der Mitte der dreißiger Jahre stand der Neuaufbau einer auf Ausländer abgestellten Hotellerie im ganzen noch in den Anfängen, ein organisierter internationaler Tourismus war erst im Anlaufen. Die beiden großen Metropolen an der Moskwa und Newa waren dagegen mit einigen, durch die Revolutionswirren hinübergeretteten und von erfahrenen alten Fachleuten geleiteten größeren, wenn auch nicht gerade modernen, Hotels noch ganz gut auf die Unterbringung von Fremden eingerichtet.

In beide russische Großstädte, besonders nach Moskau, kamen laufend deutsche Wirtschaftler, Wissenschaftler und Techniker zu Verhandlungen mit sowjetischen Stellen. Auch wenn ihre Zahl jetzt geringer als in der Zeit vor Hitler war, hätten weder die Botschaft noch das Generalkonsulat in Leningrad so viele Logiergäste verkraften können. Bei uns lagen die Dinge einfacher, und so waren unsere Fremdenbetten fast immer belegt. Aus der Reihe unserer Besucher sind mir einige besonders im Gedächtnis geblieben.

Für ein paar Tage kamen der Landwirtschaftsattaché unserer Moskauer Botschaft, Dr. Otto Schiller, mit meinem alten Freund und Kollegen, Legationsrat Dr. Otto Bräutigam, Spezialist für sowjetische Wirtschaftsfragen in der Ost-Abteilung des Auswärtigen Amts, zu uns. Als einer der besten, wenn nicht der beste Kenner sowjetischer Agrarverhältnisse — er trug den Spitznamen „Kolchosnik“ — genoß Schiller internationalen Ruf. Seine Jahresberichte mit fundierten Ernteschätzungen und Entwicklungsprognosen waren im Diplomatischen Korps der Sowjethauptstadt sehr begehrt. Mit Genehmigung des Auswärtigen Amts durfte er befreundeten Missionen von ihrem Inhalt Kenntnis geben. Damals wurde behauptet, Schillers Analysen beeinflussten sogar Tendenzen auf den amerikanischen Getreidebörsen. Mit Schiller unternahm ich einige Tagesfahrten in das ukrainische Land. Es war äußerst lehrreich, an praktischen Beispielen sein Urteil über die Qualität der Bearbeitung der Felder, den Stand des Getreides, vor allem der im Kiewer Amtsbezirk wichtigen Zuckerrüben zu hören. Überhaupt ergab sich bei diesen Fahrten Gelegenheit, ausgiebig über die komplizierten sowjetischen Agrarprobleme zu sprechen. Für meine amtliche Berichterstattung habe ich viel davon profitiert.

Bräutigam hatte als Vizekonsul und Legationssekretär auf mehreren Posten in der Sowjetunion gearbeitet und sich zu einem Rußlandexperten von hohem Rang entwickelt. Nach dem Kriege leitete er als Ministerialdirigent die Ostgruppe des Auswärtigen Amts und war vor seiner Pensionierung einige Jahre Generalkonsul in Hongkong. Dank seiner lustigen und humorvollen Art erwarb er sich die besondere Zuneigung unserer Kinder, die sie — inzwischen fast 40 Jahre älter geworden — ihm auch heute noch unvermindert entgegenbringen. An unsere anregenden abendlichen Diskussionen zu dritt in der ruhigen Abgeschiedenheit des Konsulats denke ich mit großer Freude zurück.

Auch der als Autor grundlegender, höchste Auflagen erzielender Veröffentlichungen über die Sowjetunion und China bekannte Professor Dr. Klaus Mehnert nahm als junger Journalist auf einer Studienreise im Jahre 1934 für einige Tage bei uns Quartier. Ihn begleitete seine Frau Enid, eine sowohl durch ihr Wesen als auch ihr Äußeres beeindruckende junge Amerikanerin. Mit ihrem Mann teilte sie tapfer alle Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten solcher Reisen im Innern des Landes. Um ein möglichst zuverlässiges Bild von dem Leben und Denken der Sowjetmenschen aller Schichten und Altersklassen zu gewinnen, scheute Mehnert auch davor nicht zurück, für Westeuropäer ungewöhnliche und daher Aufsehen erregende Unternehmungen durchzuführen. Dank seiner hartnäckigen Zielstrebigkeit gelang ihm das Kunststück, die Genehmigung zur Teilnahme an dem Lagerleben einer Gruppe von „Pionieren“, den noch im Kindesalter stehenden Angehörigen der kommunistischen Jugendorganisation, zu erhalten. In diesem Falle allerdings ohne Frau.

Nach Kiew war das Ehepaar vom Schwarzen Meer den Dnjepr aufwärts auf einem alten russischen Flußdampfer gekommen, auf dem die Unterbringung und

die hygienischen Einrichtungen äußerst primitiv waren. Auch für ihre Verpflegung an Bord mußten die Passagiere selbst sorgen. Beide genossen daher sichtlich den relativen Komfort, den wir ihnen im Konsulat bieten konnten. Nach einer kurzen Erfrischungspause war von den Reiseanstrengungen nichts mehr zu spüren. Klaus Mehnert erzählte interessant und instruktiv von seinen Beobachtungen, die er abseits von Routen machen konnte, auf denen Ausländer sich sonst zu bewegen pflegten bzw. dies nicht durften.

Klaus Mehnert wurde 1906 in Moskau geboren, wo beide Eltern als deutsche Staatsangehörige lebten. Der Vater war Mitbesitzer einer renommierten Kunst-druckerei und genoß hohes Ansehen — bei Russen nicht weniger als in den deutschen Kreisen Moskaus. Ihm gelang es, unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges rechtzeitig nach Deutschland zu kommen, um, getreu seinem Fahnen-eid, Kriegsdienst zu leisten. Er fiel 1917 als Reserveoffizier in Flandern. Seine Mutter kam mit einem Transport reichsdeutscher Frauen und minderjähriger Kinder im Herbst 1914 über Schweden in das Reich. Die beiden jüngeren Brüder kamen aus dem Zweiten Weltkrieg nicht zurück. Der eine fiel bei Demjansk, der zweite ist seit Stalingrad vermißt.

Von seinen Eltern hatte Klaus Mehnert die Liebe zu den Russen in die Wiege gelegt bekommen, wobei er deutlich zwischen den Russen und den Bolschewisten unterschied. Seine acht Kinderjahre einbezogen, hat er auf vielen Reisen, die ihn nach allen Richtungen quer durch die heutige Sowjetunion führten, und einem zweijährigen ständigen Aufenthalt als Korrespondent großer deutscher Zeitungen in Moskau, mehr als 15 Jahre in diesem Lande verbracht. Er beherrschte die russische Sprache so vollendet und akzentfrei, daß kein Einheimischer ihn als Ausländer erkennen konnte. Auch mit dem russischen Wesen in seiner ganzen Vielschichtigkeit war er so vertraut wie kaum ein anderer Angehöriger der westlichen Welt.

In die Zeit seiner festen Korrespondententätigkeit in Moskau (1934—1936) fiel auch sein Besuch in Kiew. In seinen Presseberichten bemühte er sich um nahezu wissenschaftliche Objektivität, die er selbst nicht mit Neutralität verwechselt wissen wollte. Das kommunistische System, wo auch immer, verkörperte für ihn eine unerträgliche Unfreiheit auf allen Lebensgebieten. Das Reichspropagandaministerium des Dr. Goebbels wollte keine sachliche oder gar verständnisvolle Berichterstattung über Vorgänge in der Sowjetunion. Ein weithin anerkannter Journalist von dem Format Mehnerts mit so gründlichen Kenntnissen alles Russischen, auch in der Sowjetunion, paßte nicht in die Goebbels-Konzeption, grundsätzlich dem deutschen Volk nur Negatives über die Sowjetunion zu vermitteln — wenigstens bis zum Sommer 1939. Mehnert wurde daher mit einem Publikationsverbot belegt, das nur als ein Vorläufer viel härterer Maßnahmen gedacht war. Das war im Jahre 1936. Für Mehnert war es gut, daß er sich im Ausland befand und von Freunden, die wußten, was sich gegen ihn zusammenbraute, gewarnt werden konnte, nicht nach Deutschland zurückzukehren.

Ähnlich wie Mehnert erging es politisch dem langjährigen Moskauer Korrespondenten der Kölnischen Zeitung und später der Frankfurter Zeitung, A. W. Just. Mit ihm und seiner Frau Valeska, einer urwüchsigen Berlinerin, waren wir bis zu ihrem Tode sehr befreundet. Beide kamen auch nach Kiew. Just, ein anerkannter Rußland-Journalist, war gegenüber dem Gastland und der Politik der eigenen Regierung gleich kritisch eingestellt. Diskussionen mit ihm waren daher besonders interessant. Als Korrespondent hatte er die auf eine realistische deutsch-sowjetische Zusammenarbeit bemessene Politik des Botschafters Graf Brockdorff-Rantzau stets nachdrücklich unterstützt. An dieser Linie hielt er auch während der Herrschaft des von ihm kompromißlos abgelehnten Nationalsozialismus fest. Das Reichspropagandaministerium veranlaßte bei den Verlagen seine Abberufung aus Moskau, die den Sowjets wegen seiner, auch ihnen oft recht unbequemen Berichterstattung ganz gelegen kam. Als freier Journalist, vornehmlich für Wirtschaftsfragen, durfte er während des Krieges eingeschränkt noch in Budapest tätig sein.

Nach 1943 waren die Goebbels-Leute jedoch entschlossen, ihn wegen seiner „unsicheren politischen Haltung“ völlig auszuschalten. Zu diesem Zweck wurde er nach Berlin bestellt. Da erwogen wurde, ihn in ein KZ einzuweisen, war er in großer Gefahr. Freunde ließen ihm eine Warnung zukommen. Er brachte eine ärztliche Bescheinigung bei, daß er nicht reisefähig sei. Das Ministerium insistierte nicht weiter, was wohl privaten Einwirkungen von seiten des Auswärtigen Amts zu verdanken war.

Erschütterndes Wiedersehen eines Gastes mit seiner Heimat

Als unsere Familie im März 1934 aus dem Jahresurlaub von Deutschland nach Kiew zurückkehrte, begleitete uns Julia Jefimowna Hey mit ihrer 18-jährigen Tochter Irene. Sie war die Gattin des Gesandten Siegfried Hey, der von 1924 bis 1929 Botschaftsrat in Moskau und anschließend Gesandter in Albanien gewesen war. Jetzt fungierte er als Dirigent der Ost-Abteilung im Auswärtigen Amt. Unsere Freundin Julia war gebürtige Ukrainerin. Vor dem Ersten Weltkriege hatte sie an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg Chemie studiert und dort — für eine Ausländerin in jener Zeit noch ein seltener Fall — promoviert.

Da ihr Mann von 1922 bis 1924 das Generalkonsulat in Charkow geleitet hatte, war es nicht das erste Mal, daß sie nach 1918 ihr Geburtsland wiedersah. Nach Kiew, wo sie einen Teil ihrer Jugend verbracht hatte, war sie allerdings noch nicht wiedergekommen. Jetzt wollte sie Erinnerungen auffrischen und neue Eindrücke gewinnen. Wie sie waren, zitiere ich am besten aus ihren Tagebuchnotizen, die sie uns kurz vor ihrem Tode im Jahre 1961 überließ:

„In Spaziergängen mit Irene suchte ich Spuren meiner Jugend. Aber alles war verändert, andere Straßennamen, die Häuser verwittert, abgebröckelt. Wohnstätten alter Schulfreundinnen nicht auffindbar... Gang zum „Offenen Markt“: ein einziger Fischstand, von Käufern dicht belagert, ein paar Stände mit Trockenobst, Nüssen

und sauren Gurken. Wir kauften einige buntgestickte ukrainische Leinenhemden... Autofahrt nach Petrow (nahe bei Kiew). Zwei Dörfer wie ausgestorben, nirgends ein Mensch zu sehen. Auf der Heimfahrt aus der Schule kommende Kinder, in Lumpen gehüllt, blaßblaue Gesichter und rote Nasen.“

Das war im Frühjahr 1934, als die direkten und indirekten Auswirkungen der Hungersnot noch derart augenfällig waren. Ein Jahr später wäre das Bild, das sich der Besucherin geboten hätte, schon nicht mehr so ungünstig gewesen. Im übrigen hatte Frau Hey in keiner Weise so etwas wie einen Antisowjetkomplex. Dafür war sie zu klug. Wie ihr Mann, so war sie vielmehr von den energischen Bemühungen der Staatsführung um den Wiederaufbau des Landes beeindruckt, besonders aber — und das lag ihrem Wesen noch näher — von den Leistungen auf den Gebieten der Volksbildung und Kultur. Sie liebte aber ihre ukrainische Heimat und war deshalb von dem, was sich ihr darbot, erschüttert. Sie beklagte die unermesslichen Opfer, welche die Sowjets ihrem Volk für die Erreichung ihrer Ziele zumuteten. Nach 8 Tagen Aufenthalt in Kiew mit Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten, Fahrten in die Umgebung und Theaterbesuchen unternahmen die beiden Damen Hey und meine Frau mit der Bahn, dem Schiff und gelegentlich auch dem Auto eine sechzehntägige Fahrt nach dem Kaukasus und der Krim. Sie waren in Baku, Tiflis, Batum sowie in Sotschi, dem paradiesischen Badeort am Schwarzen Meer zu Füßen des gewaltigen Elbrus-Massivs. Auf der Krim sahen sie Jalta, machten einen Abstecher nach Sewastopol und fuhren über den Schwarzmeerbahnhof Odessa nach Kiew zurück. Während dieser Exkursion konnten sie ihr Bild von der Sowjetunion im positiven wie im negativen Sinne ausweiten und hatten neben erfreulichen und komischen auch bewegende Erlebnisse.

Besonders fiel ihnen der Unterschied in Stimmung und Haltung zwischen der Bevölkerung in der Ukraine und den Menschen im Kaukasus und auf der Krim auf. Dort von der Not gezeichnete Gesichter und bedrückende Unzufriedenheit, hier größere Gelöstheit und natürliche Lebensfreude. Auch im Kaukasus und auf der Krim herrschte in dieser Zeit große Armut; sie trat aber weniger stark in Erscheinung. Die Versorgung schien besser zu sein. Obst und Gemüse wurden reichlicher angeboten als in der Ukraine. Der Grund lag vor allem darin, daß die Schwarzmeerküste zu den wichtigsten Erholungsgebieten der Sowjetunion gehörte. Von reichen Russen enteignete Schlösser und Villen waren in Sanatorien umgewandelt worden, sehr moderne Heilstätten neu erstanden. In die einst luxuriösen Hotels, die vor der Oktoberrevolution von der wohlhabenden Oberschicht besucht wurden, wiesen Staat, Partei und Organisationen jetzt ausgewählte Urlauber ein, mit Vorzug solche, die für besondere Leistungen belohnt werden sollten. Alle Plätze waren den „Werk tätigen“ vorbehalten, unter denen allerdings die gehobenen Funktionäre einen beträchtlichen Prozentsatz ausmachten. Neben dem südlichen Temperament taten die Sonne und das milde Klima das ihrige, um die Einheimischen heiterer und unbeschwerter wirken zu lassen, nicht zuletzt auch durch hellere Kleidung, besonders bei den Frauen.

Ein Glücksfall für unsere Familie — eine Sternstunde für „Eva“

Für uns war der Aufenthalt meiner Frau in Sotschi sehr gewinnbringend. Sie fand dort Eva Wiens, eine junge volksdeutsche Mennonitin, die uns für fünf Jahre in Kiew, Berlin und Prag als Helferin im Haushalt zu einer lieben Hausgenossin wurde. Im Hotel hatte man meiner Frau gesagt, es gebe in Sotschi ein „deutsches Haus“, das den Mitarbeitern einer reichsdeutschen landwirtschaftlichen Genossenschaft als Erholungsheim diene. Aus Interesse ging meine Frau hin, fand das Gebäude aber unbelegt. Vor dem Tor stand jedoch Eva Wiens, die in dem Hause irgend etwas zu tun hatte. Meine Frau, der die hübsche und höfliche Eva gleich gut gefiel, fragte, ob sie Lust hätte, nach Kiew zu kommen. Ein uns vom Kiewer Pastor vermitteltes volksdeutsches Mädchen hatte sich gerade entschlossen, einen im Fernen Osten stationierten Sowjetoffizier, den sie nie gesehen hatte, durch Vermittlung einer sowjetischen Dienststelle zu heiraten. Die Militärbehörde war grundsätzlich an solchen Ehen ihrer weit von der Heimat entfernten Offiziere interessiert und ermöglichte nicht nur eine Ferntrauung, sondern gewährte auch finanzielle Unterstützung.

Wir brauchten also eine neue Kraft. Meine Frau war deshalb froh, daß Eva sofort bereit war, uns zu helfen. Nun hatte sie aber außer der dürftigen Kleidung, die sie auf dem Leibe trug, buchstäblich nichts anzuziehen, auch keine Schuhe und Strümpfe. Da sie so nicht reisen konnte, hinterließ ihr meine Frau einen Geldbetrag und versprach die sofortige Absendung eines Pakets mit den notwendigen Kleidungsstücken. Nach kurzer Zeit traf Eva, die in ihren neuen Sachen nicht wiederzuerkennen war, in Kiew ein. Sie erwies sich als sehr gewandt und fügte sich vorzüglich in unsere kleine Gemeinschaft ein; sie gewann schnell ein gutes Verhältnis zu unseren Kindern und zu Lottchen. Als ich Ende 1935 als Referent für die Sowjetunion in das Auswärtige Amt einberufen wurde, konnte ich mit Hilfe des Bevollmächtigten des Außenkommissariats, meines alten Bekannten aus Moskau und Kowno, Herrn Petrowski, die Ausreisegenehmigung für Eva erwirken. Die Tatsache, daß ich auf dem neuen Posten für die Sowjetbotschaft in Berlin in Routineangelegenheiten von gewissem Interesse sein konnte und dies gerade in der Zeit schärfster politischer Spannungen, dürfte es Herrn Petrowski erleichtert haben, sich für meinen Wunsch einzusetzen.

Für Eva war ihre erste Auslandsreise ein aufregendes Erlebnis. Unsere ganze Familiengemeinschaft hatte ihre Freude, wie sehr sie es genoß. Von dem Tag und Nacht pulsierenden Leben in der Weltstadt Berlin, von dem unbeschränkten Angebot von Waren aller Art und ihren repräsentativen Auslagen in den Geschäften war sie stark beeindruckt. So etwas hatte sie sich nicht vorstellen können. Für Eva ist die Begegnung in Sotschi schicksalhaft geworden. In Berlin schloß sie sich sofort der dortigen Mennonitengemeinde an. An ihrer feierlichen Aufnahme haben meine Frau und ich teilgenommen. Im Jahre 1938 hat sie einen Glaubensbruder, einen Volksdeutschen aus Rußland geheiratet, der als technischer Angestellter bei Siemens arbeitete. Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte das Ehepaar nach Südamerika über. Jetzt lebt sie als das weibliche Haupt einer großen Familie mit

Kindern und Enkeln glücklich in den USA. Wir stehen mit ihr in laufendem Briefwechsel und nehmen gegenseitig lebhaften Anteil an unserem Ergehen.

Frau Hey und meine Frau hatten während der gemeinsamen Reise eine praktische Arbeitsteilung vorgenommen. Julia Jefimowna, die von frühester Kindheit an Russisch sprach, war natürlich nicht als Ausländerin zu erkennen, während sich meine Frau nur notdürftig in der Sprache unseres Gastlandes verständlich machen konnte. Im allgemeinen führte deshalb Frau Hey die Gespräche mit den Einheimischen. Wenn es aber darum ging, bei staatlichen Stellen etwas zu erreichen, wie Platzkarten in der Eisenbahn, Kabinen auf den Schiffen oder bei Käufen in den „Ausländergeschäften“, trat meine Frau auf den Plan, weil auf fremde Staatsangehörige oft größere Rücksicht genommen wurde als auf die eigenen, auf „naschi“, die „Unrigen.“

Sowjetischer Tourismus Mitte der dreißiger Jahre

Ein Jahr später machte ich ungefähr die gleiche Tour mit einem Freund aus der Berliner Zentrale, dem Vortragenden Legationsrat Dr. Hempel, der in der Personalabteilung arbeitete. Da die Reise dem künftigen Referenten für die Sowjetunion auch zu Informationszwecken diente, wurde sie nicht auf den Jahresurlaub angerechnet. Einige Monate vorher hatte sich Hempel mit einem Vertreter der Reichsbaudirektion in Kiew aufgehalten, um Möglichkeiten des Erwerbs eines größeren Hauses für das künftige Deutsche Generalkonsulat zu prüfen, wozu das Konsulat nach Verlegung des Sitzes der Ukrainischen Regierung von Charkow nach Kiew erhoben werden sollte. Es ist dann aber weder zu dem einen noch dem anderen gekommen, weil — abgesehen von schwer zu überwindenden technischen und finanziellen Schwierigkeiten — auf Verlangen des Krenin im Jahre 1937 alle deutschen Konsularbehörden in der Sowjetunion aufgelöst und ihre Geschäfte der Botschaft in Moskau übertragen werden mußten.

Hempel und ich besuchten Sewastopol, Jalta, Batum, Tiflis und Baku. Wir hatten die gleichen allgemeinen Eindrücke wie ein Jahr zuvor Frau Hey und meine Frau. Zusammen mit einer 24-jährigen Nichte aus Berlin und der 18-jährigen Isika Hilger, der Tochter des Moskauer Legationsrats, begleitete uns meine Frau bis nach Jalta. Dort hatten wir ein amüsantes Erlebnis. Für unsere Gäste, meine Frau und mich waren im Hotel Leningrad, dem „ersten am Platz“, Zimmer reserviert worden. Wir bekamen im ersten Stock ein Appartement. Es war prunkvoll möbliert, im Badezimmer lief aber kein Wasser. Wir teilten das dem Empfang mit, und kurz darauf sprudelte es munter aus dem Hahn. Als wir später das Hotel verlassen wollten, stand in der Halle ein großer Bottich, in den durch die Decke Wasser hineinträufelte. Auf die Frage, was das bedeute, wurde uns geantwortet: „Das ist Ihr Bad.“ Das Badezimmer war durchlässig, und die Reparatur der Abflüsse stand noch aus. Umso bemerkenswerter erschien es uns, daß die Hotelleitung trotzdem bemüht war, den Wunsch der ausländischen Gäste zu erfüllen, die auch für eine andere „Lösung“ Verständnis gehabt hätten.

Hier sei bemerkt, daß man in jener Zeit auf dem Gebiet des internationalen Tourismus zwar Fortschritte gemacht hatte, im ganzen aber noch am Anfang stand, weil erst Erfahrungen gesammelt werden mußten. Immerhin war es aber doch schon so, daß ausländische Fahrgastsschiffe bei ihren Kreuzfahrten auch sowjetische Schwarzmeerhäfen — z. B. Jalta, Sotschi, Suchum und Batum — anlaufen durften. Unter der Regie der Organisation „Intourist“ wurde aber auch damals schon den Passagieren an diesen Orten Gelegenheit zu Tagesausflügen gegeben, wobei alle Ausgaben in ausländischen Valuten zu bestreiten waren.

Im August 1935 haben meine Frau und ich eine solche Reise auf dem Lloyd-Dampfer „Steuben“ mitgemacht und — in indirektem Zusammenhang mit dem Tourismus — etwas nicht Alltägliches erlebt.

Zu den Passagieren gehörten auch der Junior-Partner eines größeren Münchner Unternehmens und eine junge Dame. Mit den beiden, die offensichtlich sehr befreundet waren, saßen wir am gleichen Tisch im Speisesaal. Am Vorabend unserer Ankunft in Jalta kam nun der Herr zu mir, und es entspann sich folgendes Gespräch, das ich in meinem Tagebuch festgehalten habe und deshalb ziemlich genau wiedergeben kann:

Frage: „Als Konsul sind Sie doch berechtigt, auf sowjetischem Territorium standesamtliche Eheschließungen zwischen Reichsangehörigen zu vollziehen. Fräulein Else X und ich wollen schon seit langem heiraten. Ich stoße aber auf den Widerspruch meiner Eltern, die andere Pläne mit mir haben. Deshalb möchte ich sie vor vollendete Tatsachen stellen. Bestünde eine Möglichkeit, daß Sie uns morgen in Jalta trauen?“

Antwort: „Rechtsverbindliche Amtshandlungen kann ich nur in meinem eigenen Amtsbezirk vornehmen, und das ist die sowjetische Westukraine. Für Jalta wäre das Konsulat in Odessa zuständig. Schon aus technischen Gründen sind standesamtliche Trauungen grundsätzlich nur am Sitz des Konsulats möglich. Voraussetzung dafür wäre die Vorlage von Dokumenten, wie Geburtsurkunden und Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Heimatbehörden. Ich weiß nicht, ob Sie diese Papiere bei sich haben. Aber selbst dann müßten Sie sich erst eine formelle Einreisegenehmigung der Sowjetregierung beschaffen, um von Jalta nach Odessa reisen zu können. Das wird nicht so schnell gehen. Die Erlaubnis, vom Schiff aus für einen Tag in einer geschlossenen Gruppe an Land zu gehen, gilt nicht als Visum. Sollten Sie nicht doch lieber bis zur Rückkehr nach Deutschland warten?“

Frage: „Das sehe ich alles ein. Wir wollen aber nicht warten. Können aber Ehen zwischen Reichsangehörigen nicht auch vor *sowjetischen* Standesämtern geschlossen werden? Man hört immer, das gehe im Handumdrehen und bedürfe nur einer Erklärung der beiden Heiratswilligen. Sind solche Eheschließungen in Deutschland gültig?“

Antwort: „Ja, nach dem deutsch-sowjetischen Konsularvertrag werden sie in Deutschland anerkannt. Die Formalitäten sind einfacher als bei uns. Da ich

einen derartigen Fall in meiner Praxis noch nicht erlebt habe, kann ich nicht sagen, ob von Deutschen außer dem Reisepaß auch noch andere Dokumente verlangt werden. Sie sollten sich die Sache aber doch noch einmal überlegen. Wenn Sie aber morgen durchaus in Jalta heiraten wollen, können Sie ja mit dem Vertreter von Intourist sprechen. Er ist gerade an Bord gekommen und bleibt über Nacht auf dem Schiff.“

So geschah es! Der Intouristmann war ganz begeistert. Offenbar versprach er sich eine gute Propaganda für sein als Devisenbringer gedachtes staatliches Unternehmen, wenn bekannt würde, daß Intourist selbst bei kürzestem Aufenthalt in der Sowjetunion standesamtliche Trauungen für heiratslustige Ausländer organisieren könne. Er erklärte, daß die Reisepässe als Legitimation genügten und schlug als Termin den folgenden Tag 10 Uhr vor. Alles verlief planmäßig. Der Standesbeamte überreichte der Braut ein Blumengebinde und sorgte dafür, daß die Neuvermählten der Ausflugsgruppe, die bereits in der Umgebung von Jalta unterwegs war, mit einem Behördenauto nachgefahren wurden.

An Bord fand abends noch eine kleine improvisierte Hochzeitsfeier statt. Da wir das Schiff in Jalta verließen, um nach Kiew zurückzufahren, konnten wir nicht daran teilnehmen. Ein paar Jahre später waren wir Gäste des Ehepaares in ihrem Münchener Heim. Der Hausherr meinte, der ungewöhnliche Schritt in Jalta sei richtig gewesen. Seine Eltern hätten sich nach dem ersten großen Schock mit der „vollendeten Tatsache“ abgefunden, nachdem der für die gesamte Verwandtschaft anrühmigen „bolschewistischen“ Trauung eine kirchliche in München gefolgt sei.

Nach der Einschaltung dieser Episode nur noch eine kurze Bemerkung zu meiner Reise mit Dr. Hempel im Mai 1935. Wir waren von der Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft überrascht, mit der uns die Bevölkerung und auch die Behörden überall begegneten. Wie bereits erwähnt, fühlte man sich in den Kurorten am Schwarzen Meer offenbar freier als in den Städten, aber auch als auf dem Lande, wo durch die Kollektivierung das Leben der Menschen nahezu lückenlos überwacht und reglementiert werden konnte. Zudem besaßen die Deutschen nach wie vor ein großes Maß von Sympathien. Grauensvoll, wie es dann verspielt worden ist!

Etwas wie eine „familiäre“ Erinnerung war für mich in Sewastopol der Besuch des Standbildes des russischen Generals Graf Totleben, des Verteidigers dieser Festung im Krimkrieg. Mit Totleben waren meine Großeltern väterlicherseits befreundet. Meine Großmutter erzählte mir schon als kleinem Jungen, daß er die Taufe meines 1851 in Sankt-Petersburg geborenen Vaters mitgefeiert hat. Angeblich ist er auch sein Pate gewesen, was ich aber nicht belegen kann.

Graf Parma

Ganz gewiß waren unsere Gäste, die Reisen und sonstige Lichtblicke kein Ersatz für den Verzicht auf den *privaten* Verkehr mit den Bürgern des Gastlandes und damit auch weitgehend auf die Möglichkeit, unter ihnen neue Freunde und Bekannte zu gewinnen. Umso froher waren wir über die vielseitigen An-

regungen, die wir von auswärts erhielten. Für uns wiederum war es eine Freude, unseren Gästen — vor allem auch rein privaten Freunden und Verwandten historisch und kulturgeschichtlich interessante Bauten zu zeigen, sie zu Museen, Gemäldegalerien, Opern-, Ballett- und Schauspielaufführungen zu begleiten. In unserem Stolz auf das zu Bietende waren wir bessere Lokalpatrioten als mancher geborene Kiewer. Welch unvergeßlichen Eindruck machte doch auf jeden Fremden die auf dem rechten Dnjepr-Ufer beherrschend über der Stadt gelegene „Peterscherska Lawra“ mit ihren architektonisch bedeutenden Kirchen und ihren kostbaren Sammlungen. Enwickelt hatte sich die „Lawra“ — zu deutsch „Großes Kloster“ — aus einem Höhlenkloster mit unterirdischen Kapellen, Mönchszellen und Grabstätten, deren Ursprung bis ins XI. Jahrhundert zurückgeht. Gut erhaltene Mumien und Skelette wurden in Glaskästen zur Schau gestellt. Kaum nach steht der Lawra die gleichfalls im XI. Jahrhundert errichtete Sophienkathedrale — mit ihren herrlichen Mosaiken wohl nur vergleichbar ihrem Vorbild, der Hagia Sophia in Konstantinopel. Zu den Schenswürdigkeiten gehört auch die gegen Ende des XIX. Jahrhunderts erbaute Wladimir-Kathedrale mit Gemälden von Wasnezow, Nesterow und Timaschenko. Aus diesen Kirchen waren Museen geworden.

Wiederholt fand sich bei solchen Besichtigungen, die wir anmeldeten, um nicht vor verschlossene Türen zu kommen, ein Graf von Parma ein. Das war ein älterer Herr, der seine Verwandtschaft zum Hause der Herzöge von Bourbon-Parma betonte, und dessen verschlissene Kleidung noch Spuren früherer Eleganz zeigte. Wir lernten ihn kennen, als wir uns in einem kleinen Palais eine Sammlung alter russischer Kunst ansahen. Palais und Sammlung gehörten früher dem Grafen von Parma. Nach der Enteignung wurde unser Bekannter von den Sowjets als Kustos eingesetzt. Gleichzeitig stand er aber im Dienste des NKWD.

Wenn Parma plötzlich bei solchen Gelegenheiten auftauchte, tat er sehr überrascht, uns zu treffen, ließ es sich dann aber nicht nehmen, uns als kunsthistorisch beschlagener Führer zu dienen. Er sprach gut Deutsch, Englisch und ein elegantes Französisch. Unsere Unterhaltungen konnte er mühelos verfolgen. Besonders interessierte er sich „menschlich“ für das „Woher“ und „Wohin“ unserer Gäste. Hin und wieder übte er auch Kritik am System, was wir aber geflissentlich überhörten. Mein italienischer und polnischer Kollege machten die gleichen Beobachtungen. Für uns bestand kein Zweifel, daß Parma speziell auf die drei Konsulate angesetzt war. Auffällig oft trafen wir ihn auch im Theater, wo er dann seinen Platz stets in der Nähe hatte. Wenn wir Logierbesuch hatten — und das wußte er natürlich — konnte er damit rechnen, daß wir uns nach Möglichkeit die ausgezeichneten Aufführungen der Tschaikowski-Opern „Eugen Onegin“, „Pique-Dame“ und seines „Schwanensee-Balletts“ nicht entgehen lassen würden, ebensowenig auch den „Boris Godunow“ von Mussorgski und den „Fürst Igor“ von Borodin, Gogols „Revisor“ und Gorkis „Nachtasyl“. Bis in das Jahr 1935 hinein wurde auch noch „Lohengrin“ gegeben, dann aber als deutsche Oper vom Repertoire abgesetzt. In den Pausen gesellte sich Parma zu uns, begann eine ge-

zielte Unterhaltung, besonders mit unseren Gästen. An und für sich störte uns unser „gesellschaftlicher“ Aufpasser nicht besonders. Die Freude an dem Schönen, das Auge und Ohr geboten wurde, ließen wir uns nicht trüben — und interessanten Berichtsstoff lieferten wir ihm bestimmt nicht.

Schockierend war aber eine andere Begegnung mit ihm. Für einen versetzten Konsulatsbeamten gaben wir einen Abschiedsabend, zu dem wir nicht nur die reichsdeutschen Mitarbeiter der Behörde und Vertreter der beiden anderen Konsulate eingeladen hatten, sondern auch unseren sowjetischen Rechtsberater und seine Frau — dies mit Wissen des Agenten des Außenkommissariats — sowie einen Schweizer Dozenten an der Kiewer Universität, mit dem wir einmal in der Woche französische Konversation trieben. Während wir noch bei Tisch saßen, erschien ungebeten mit einem großen Blumenstrauß der Graf von Parma, um sich „nach unserem Befinden zu erkundigen.“ Durch die offene Tür sah er, daß wir noch aßen. Da er trotzdem keine Anstalten machte, sich zu verabschieden, vielmehr erklärte, er wolle jetzt nicht stören und im Nebenzimmer die Beendigung der Mahlzeit abwarten, mußten wir ihn auffordern, im Eßzimmer Platz zu nehmen und ihm nachservieren lassen. Für unseren Rechtsberater und seine Frau war der Abend, auf den sich beide gefreut hatten, damit verloren. Selbst der Schweizer Dozent fühlte sich gehemmt.

Natürlich sank auch bei meiner Frau und bei mir die Stimmung. Einem Mann wie Parma kann das alles nicht entgangen sein. Über die Unverfrorenheit seines Eindringens war er sich bestimmt im klaren. Wahrscheinlich handelte er aber auf direkten Befehl und nahm daher bewußt die Peinlichkeit in Kauf, die er durch sein Kommen für Gastgeber und Gäste, ja auch für sich selbst heraufbeschwor. Für so naiv dürfte er uns kaum gehalten haben, daß wir annehmen würden, ausgerechnet er könne sich in einer Periode der stärksten Überwachung des Konsulats *freie* Kontakte mit uns leisten. Unser Justitiar, der sich vor Annahme der Einladung auch persönlich beim NKWD, das ihn selbstverständlich „im Griff“ hielt, abgesichert hatte, erzählte mir, er sei über den Verlauf des Abends, der übrigens schon genau bekannt war, eingehend befragt worden. Das NKWD sei von der Unergiebigkeit der Informationen enttäuscht gewesen. Man konnte sich dort offenbar nicht vorstellen, daß mit einer gesellschaftlichen Veranstaltung beim Deutschen Konsul keine antisowjetischen Zwecke verfolgt wurden. Eine leichte Bemerkung, die ich über den Abendbesuch Parmas bei dem Agenten machte, bewirkte übrigens, daß er sich künftig stärker zurückhielt.

Was unsere Kiewer Freuden anlangte, so möchte ich noch Fahrten auf dem Dnjepr erwähnen, die wir gelegentlich im Sommer auf einem erworbenen alten Kahn unternahmen, der mit einem — manchmal auch funktionierenden — Außenbordmotor versehen war. Meistens ging es für ein Picknick zu einer einige Kilometer entfernten Strandstelle am anderen Stromufer, von der aus man baden konnte. Zweimal ließen sich auch winterliche Schlittenfahrten mit einer Bauerntrouille in der waldreichen Umgebung Kiews organisieren.

Ein Gefängnisbesuch in der Provinz

Meiner dienstlichen Erheiterung diente wiederum eine Exkursion nach Shitomir, obwohl der Anlaß dazu durchaus nicht erfreulich war. Im dortigen Gefängnis war seit Monaten der reichsdeutsche Bauer E. inhaftiert. Seine Verfehlung war nicht politischer, sondern krimineller Natur und wäre in jedem Lande mit Freiheitsentzug bestraft worden. Der Konsul hatte vertraglichen Anspruch auf eine Besuchserlaubnis, die schon mein Vorgänger beantragt hatte und von mir seit Mai 1933 wiederholt angemahnt worden war. Die Sowjetbehörden zögerten die Genehmigung mit nicht überzeugenden Gründen immer wieder hinaus. Erst nach einer Intervention der Botschaft beim Moskauer Außenkommissariat wurde mir schließlich im Juli mitgeteilt, daß ich den Häftling zu einem bestimmten Termin im Gefängnis sprechen dürfe. Am Nachmittag vor dem Besuchstage fuhr ich mit einem Konsulatsbeamten nach dem etwa 150 km entfernten Shitomir. Auf der stark beschädigten Chaussee dauerte die Fahrt länger als vier Stunden. Nach unserer Ankunft setzte ich mich mit dem Staatsanwalt in Verbindung, der „zu meiner Bequemlichkeit“ vorschlug, mir den Gefangenen in seinem Büro vorführen zu lassen. Mit der Begründung, daß mir vom Außenkommissariat ausdrücklich das Gefängnis als Besprechungsort angegeben worden sei, und ich mich daran halten möchte, lehnte ich das Angebot dankend ab. Der Staatsanwalt fand sich damit ab, und wir vereinbarten, daß er uns am nächsten Vormittag im „Hotel“ abholen würde.

In dieser sehr primitiven Beherbergungsstätte war für meinen Mitarbeiter und mich ein gemeinsames Zimmer vorbereitet worden. Als besondere Aufmerksamkeit für die seltenen ausländischen Gäste war hoch an der Wand ein Radiogerät angebracht worden, aus dem, nicht gerade wohlklingend, pausenlos das Sendeprogramm ertönte. Wir fanden keine Möglichkeit, den Apparat abzuschalten und baten daher vor einem abendlichen Spaziergang in die Stadt den Portier darum. Als wir nach einiger Zeit zurückkamen, begrüßte uns beim Betreten des Zimmers wieder lautstarke Musik. Es war nichts unternommen worden. Der Portier war durch einen Nachtwächter abgelöst worden, der glaubhaft versicherte, nicht zu wissen, wie und wo man die Stimme aus dem Äther zum Schweigen bringen könne, er wolle aber einen Techniker herbeirufen. Dieser erschien aber erst nach Mitternacht, so daß uns der Radiogenuß noch für Stunden erhalten blieb. Von Schlafen konnte aber bei mir ohnehin keine Rede sein. Kaum hatten wir uns ins Bett gelegt, als ungezählte Wanzen über mich herfielen. Für diese Tierchen besaß ich von jeher eine ungewöhnliche Anziehungskraft. Wäre auch nur eine einzige vorhanden gewesen, sie hätte bestimmt den Weg zu mir gefunden. Mein Zimmergenosse wurde viel weniger heimgesucht. Schon um 5 Uhr verließ ich daher mein ungestaltetes Lager und suchte in der Morgenluft Erholung von der widerwärtigen Nacht.

Shitomir, einst blühende Hauptstadt Wolhyniens, machte jetzt einen trübseligen Eindruck. Durch mündliche Berichte von Zeitgenossen und aus der Litera-

tur war mir bekannt, daß dort früher ein reiches kulturelles und reges wirtschaftliches Leben pulsiert hatte. Dabei ergänzten sich in fruchtbarer Weise die Beiträge ukrainischer, russischer, deutscher, polnischer und jüdischer Bevölkerungsteile. Nationale und sonstige Gegensätze traten in diesem *russischen* Grenzgebiet weniger in Erscheinung als im übrigen Zarenreich und wurden mit Toleranz überbrückt. Einst gab es in Shitomir öffentliche Gebäude, stattliche Wohnhäuser und gepflegte Villen. Seine Gaststätten und Ladengeschäfte mit einem reichhaltigen Warenangebot waren im ganzen Gouvernement Wolhynien bekannt.

Shitomir hatte eine wohlhabende Bürgerschaft, die der Stadt das äußere Gepräge gab. Jetzt aber bot sie das Bild erschütternder Armut. Das Auge fiel auf abgeklärte, elende Menschen, auf verkommene Häuser, für deren Erhaltung seit Beginn des Ersten Weltkrieges nur wenig oder gar nichts getan wurde, auf mit Löchern übersäte Straßen. An Stelle von Geschäften sah man nur Verteilungsstellen, an denen Frauen, Männer und Kinder in langen Schlangen nach Lebensmitteln anstanden. Es wurde überdeutlich, daß Shitomir im Zentrum des westukrainischen Hungergebiets lag, in dem die Not im Juli ihren Höhepunkt erreicht hatte. Aber es gab auch etwas Wohltuendes: Das waren die gut erhaltenen Parkanlagen. Shitomir muß einen vorzüglichen Stadtgärtner gehabt haben, der es in dieser hektischen Zeit wahrscheinlich nicht leicht gehabt haben muß, sich auf seinem Aufgabengebiet durchzusetzen.

Am nächsten Vormittag holte uns der Staatsanwalt gegen 11 Uhr ab. In der Haftanstalt waren der Zellenbau und die Büros der Verwaltung, darunter auch das Zimmer des Direktors, zwar im gleichen Gebäude, aber so voneinander getrennt, untergebracht, daß ein Blick in das Gefängnisinnere nicht möglich war. An der Tür des Verwaltungsflurs wurden wir gebeten, weiße Kittel überzuziehen, um die Gefahr von Krankheitsübertragungen von draußen zu vermeiden. Da es zahlreiche Fälle von Typhus und Fleckfieber gab, wäre eine solche Vorsichtsmaßnahme, konsequent durchgeführt, ohne Frage sehr vernünftig gewesen. In Wirklichkeit handelte es sich hier aber um ein miserabel inszeniertes Theater, das vor und mit uns aufgeführt wurde. Mein Mitarbeiter und ich waren nämlich die einzigen, welche die „Ärztmäntel“ gehorsam anlegten. Weder der mit uns „von außen“ gekommene Staatsanwalt, noch zwei Personen, die gleich nach uns von der Straße durch die Flurtür gegangen und dann in einem Zimmer verschwunden waren, wurden dazu veranlaßt. Auch die Leute vom Gefängnispersonal, die bei unserer Ankunft und beim Fortgehen geschäftig mit Akten auf dem Flur hin- und herliefen, trugen keine Kittel, ebensowenig der Direktor in seinem Dienstzimmer.

Es war schwerlich anzunehmen, daß er und die meisten Angestellten an diesem Tage nicht „von außen“ in das Gefängnis gekommen waren. Grotesker konnte man sich nicht gebärden: Man tat so, als ob ausgerechnet der Deutsche Konsul und sein Begleiter, die in Bezug auf Hygiene und Ernährung unter den vergleichsweise besten Bedingungen leben durften, die Träger von Krankheitsserregern, wie

etwa der „Kleiderlaus“ bei Fleckfieber, sein könnten, während allen anderen, die zweifellos viel größeren Ansteckungsgefahren ausgesetzt waren, ohne weiteres „Keimfreiheit“ unterstellt wurde. Eine weitere Überraschung kam, als wir im Zimmer des sehr höflichen Direktors auf die Vorführung des Häftlings warteten. Plötzlich intonierte eine Kapelle auf dem Gefängnishof fröhliche Weisen. Auf unsere Frage, was das bedeute, erklärte der Direktor, die Gefangenen hätten „selbstverständlich“ ihr eigenes Orchester und dürften zur Unterhaltung ihrer Mitgefangenen mehrmals wöchentlich konzertieren. So human sei der Strafvollzug in der Sowjetunion! Leider konnten wir die Musikanten vom Fenster aus nicht sehen; eine Mauer verdeckte sie. Es war mir klar, daß hier das zweite Bild der Show abgezogen wurde. Daß mein Mitarbeiter ebenso dachte, ließ er durch seine Mienen erkennen.

Die Bestätigung für die Richtigkeit unseres Verdachts hatten wir wenige Minuten später, nachdem unser Schutzbefehlener in das Zimmer geführt worden war. Dieser sagte nämlich auf meine Bemerkung, daß solche Konzerte doch sicher eine willkommene Abwechslung für die Gefangenen seien, er erlebe das heute zum ersten Mal. Wahrscheinlich spiele die Kapelle zu Ehren des Konsuls. Wie ich später erfahren habe, hat in Shitomir damals überhaupt kein Gefangenenorchester bestanden. Die Musikkapelle war vielmehr zu meinem Besuch aus der Stadt in das Gefängnis gebracht worden. Tatsächlich waren im Juli 1933 die Ernährungsbedingungen für die Häftlinge — und nicht viel anders auch für ihre Aufsichtsorgane — so unsagbar schwierig, daß wohl niemandem danach zumute war, Orchester zu organisieren und darin zu spielen.

Besuchserlaubnisse für die Konsuln wurden grundsätzlich an die Bedingung geknüpft, daß nicht über den Straffall, die Untersuchung, das Urteil und ähnliches gesprochen werden durfte. Dazu gehörten auch die allgemeinen Verhältnisse im Gefängnis. Ich mußte mich also darauf beschränken, mich nur nach dem Gesundheitszustand des Gefangenen, seinen privaten Wünschen, wirtschaftlichen Angelegenheiten und dergleichen zu erkundigen. Darüber hinaus konnte der Häftling Beschwerden über seine *persönliche* Behandlung äußern und Gesuche um eine vorzeitige Haftentlassung zur Weitergabe an die Sowjetregierung übergeben oder auch mündlich vorbringen. Bei der Unterhaltung waren der Gefängnisdirektor und der Staatsanwalt anwesend. Beide behaupteten, Deutsch zu verstehen und hielten deshalb einen Dolmetscher für entbehrlich. Allerdings habe ich aus ihrem Munde kein Wort Deutsch gehört und bin auch nicht ganz sicher, ob sie der Unterhaltung folgen konnten. Diese Zweifel schien auch mein Häftling E. zu haben; jedenfalls erzählte er einiges, was für die Überwacher leicht ein Grund für ein Eingreifen hätte sein können.

Der Gefangene war ordentlich gekleidet, rasiert und hatte gut geschnittene Haare; er machte physisch, von der Gefängnisblässe abgesehen, keinen elenden und auch moralisch keinen gedrückten Eindruck. Er erzählte ziemlich detailliert, aber etwas nuschelnd und für einen Ausländer dabei nicht leicht verständlich,

daß er die Kleidungsstücke heute erhalten habe und auch wieder abgeben müsse. Auf meinen Besuch sei er in den letzten Wochen vorbereitet worden. Er habe Zutritt zur Saubereinigung und ein Mehr an Seife und Zahnpulver sowie mehrfach Baderlaubnis erhalten, sei ferner wiederholt vom Arzt untersucht worden und hätte sich über die vorgeschriebene Zeit hinaus in der frischen Luft bewegen dürfen. Seine Behandlung sei — von den letzten Wochen der Aufmöbelung abgesehen — nicht besser und schlechter als die der sowjetischen Gefangenen. Er habe keinen Grund zu speziellen Klagen. Bisweilen leide er an Atembeschwerden, gegen die er Medikamente erhalte. Mit seiner Familie stehe er in Verbindung, bäte mich aber, ihr über meinen Besuch zu berichten und sie zu unterstützen. Ich konnte ihm versichern, daß dies bereits laufend geschehe, jetzt würde ich seiner Frau, einer Kolchosarbeiterin, wunschgemäß schreiben. Sein dringendster Wunsch sei eine baldige Haftentlassung mit anschließender Ausreise nach Deutschland. Für meinen Besuch zeigte er sich sehr dankbar. Das war, ganz kurz zusammengefaßt, der Inhalt eines Gesprächs von 40 Minuten. Der Direktor und der Staatsanwalt hatten sich mit keinem Wort eingeschaltet. Jetzt sagte ich ihnen auf russisch, daß mir die Atembeschwerden E's Sorge machten und ich um eine stationäre Behandlung bäte. Der Direktor erwiderte, er wolle mit dem Gefängnisarzt sprechen und die Hinzuziehung eines Spezialisten veranlassen. Bei dem Staatsanwalt erkundigte ich mich nach der Möglichkeit einer vorzeitigen Haftentlassung. Er empfahl mir einen Antrag bei der Regierung, er werde bei einer Anfrage keine Einwände erheben. Mit dem Gefangenen sprachen der Direktor und Staatsanwalt freundlich und anscheinend wohlwollend; sie zeigten Interesse für seine physischen Beschwerden. Sie waren damit einverstanden, daß ich E. ein Paket mit Lebensmitteln und Zigaretten überreichte, nachdem ich versichert hatte, daß es keinen Alkohol enthalte. Etwa drei Monate später wurde E. mit zwei Jahren Straferlaß auf Antrag der Botschaft entlassen und mit seiner Familie nach Deutschland ausgewiesen. Vor seiner Ausreise besuchte er mich in Kiew und versicherte auf meine Frage, daß ihm aus unserer Unterhaltung keine Unannehmlichkeiten erwachsen seien, er hätte auch den vollen Inhalt meines Paketes erhalten. Die zusätzliche Verpflegung und besondere „hygienische“ Betreuung seien allerdings am nächsten Tage eingestellt worden.

Nachdem uns der Staatsanwalt in das „Hotel“ zurückgebracht hatte, und wir wieder allein waren, holten wir zunächst einmal tief Luft. Mit meinem Mitarbeiter war ich mir darin einig, daß die mit „weißen Kitteln“ und „Gefangenenorchester“ vorgespelte Komödie in ihrer Primitivität eher erheitern gewirkt, als daß sie einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen hätte. Vielleicht hätten wir darüber, daß man uns anscheinend für so dumm und naiv gehalten hat, auf diesen Schwindel hereinzufallen, entrüstet sein sollen. Wir waren es aber nicht, sondern nahmen dieses nicht alltägliche Erlebnis — einem Gogol hätte es Stoff für eine zeitkritische Satire liefern können — nur noch komisch. Dies fiel uns umso leichter, als ja der Zweck der Shitomir-Exkursion, nämlich uns nach dem reichsdeutschen Häftling E. zu erkundigen und unser Interesse für ihn zu demonstrieren, erreicht war.

Zudem hatten wir ihn in einem Zustand vorgefunden, der günstiger war, als angesichts der allgemeinen Situation befürchtet werden mußte, was natürlich nicht zuletzt auf die Ankündigung meines Besuches zurückzuführen war.

Versetzung nach Berlin

Seit dem Frühjahr 1935 war mir bekannt, daß ich auf Grund der schon seit Jahren feststehenden Planung der Personalabteilung im Spätherbst in die Zentrale einberufen werden würde. Dort sollte ich den Legationsrat Werner von Tippelskirch, der seinerseits Botschaftsrat in Moskau würde, als Referenten für die Sowjetunion ablösen. Zum Eingewöhnen hatte ich Tippelskirch schon im September während seines Urlaubs für einige Wochen vertreten. Am 11. November verließ die Familie, einschließlich unserer Lotte und Evas, endgültig die ukrainische Hauptstadt. Für uns war es ein sehr schwerer Abschied. Sicher ist Kiew nicht mein politisch wichtigster, auch nicht mein interessantester, oder gar mein angenehmster Posten gewesen, aber für meine Frau und mich war er der menschlich befriedigendste. Aus der Situation, in die wir hineinkamen, ergab sich die Notwendigkeit und, dank der Unterstützung insbesondere durch die Kirchen und das Auswärtige Amt, auch die Möglichkeit, vielen Menschen unmittelbar zu helfen. Das galt besonders auch für meine Frau. Die Mitglieder des Konsulats und die reichsdeutsche Kolonie empfanden wir als große Familie, der vorzustehen wir durch unser Amt berufen waren.

Im Kadettenkorps, in das ich als 10-jähriger eingetreten war, hatte man mich dazu erzo-gen, unter anderem auch in militärischen Kategorien denken zu lernen. Als aktiver Offizier im Ersten Weltkrieg und in der Reichswehr brachte das der Beruf mit sich, und als alter Mann tue ich es bisweilen auch noch heute. So neige ich denn dazu, meine Aufgabe in Kiew mit derjenigen zu vergleichen, die mir in den Kriegsjahren 1916 — 1918 als Batterieführer gestellt war. So jung ich damals war, trug ich die Verantwortung für das Wohl und Wehe von 150 Soldaten. Die rein militärische Seite betraf sie nur zu einem Teil; ebenso wichtig war die unmittelbare persönliche Betreuung der mir anvertrauten Menschen, die zumeist älter waren als ich. Im Krieg waren die Bedingungen für das Leben der unter Zwang stehenden Menschen außergewöhnlich. Das war auch für unsere Kiewer Gemeinschaft der Fall und bewirkte ein Zusammengehörigkeitsgefühl ganz eigener Art, das Bindungen schuf, die sich über alle Zeitläufe hinweg als unzerstörbar erwiesen haben. Meine Aufgaben als „Batterieführer“ und „Konsul“ haben mich innerlich stets in besonderem Maße gepackt. Sie beherrschten Abschnitte meines beruflichen Lebens, die ich in meinen Erinnerungen am wenigsten missen möchte.